

## Forum Opferhilfe

Magazin des WEISSEN RINGS



BEDROHT, BESPUCKT, GESCHLAGEN

## Retter in Not

## **Inhaltsverzeichnis**

#### Im Fokus: Retter in Not

S. 4 Wenn Rettungskräfte selbst Hilfe benötigen Übergriffe auf Helfer sind mittlerweile alltäglich und gehen längst nicht nur von gesellschaftlichen Minderheiten oder Randgruppen aus. Eine Analyse.

#### S. 12 Ein Routineeinsatz, der mit einer Katastrophe endet

Der Anschlag von Ratingen

#### S. 14 Angriffslage: unklar

Gewalt gegen Einsatzkräfte: Wie groß ist das Problem? Was sagen die Zahlen, was lässt sich seriös belegen?

#### Opferentschädigung

#### S. 17 Historischer Tiefpunkt

Im vergangenen Jahr lehnten die Ämter fast jeden zweiten Entschädigungsantrag von Gewaltopfern ab.

#### S. 18 Zwischen Euphorie und Frustration

Gudrun Stifter hat selbst erfahren müssen, wie der Staat Gewaltopfer allein lässt. Sie will das nicht hinnehmen. Der WEISSE RING hat die Aktivistin ein halbes Jahr begleitet.

#### #TrueCrimeReport

#### S. 26 Die Reaktionen

Rückmeldungen zum True-Crime-Report des WEISSEN RINGS

#### S. 31 Zehn Minuten zum Fürchten

Fast 20 Jahre nach dem Mord an einer Frau zeigt das ZDF einen True-Crime-Film über den Fall. Die schockierten Angehörigen fragen: Darf der Sender das?

#### Menschen

#### S. 36 Sultanas Traum von einer besseren Welt

Die Geschichte einer jungen Frau, die leidenschaftlich gegen alltäglichen Rassismus in Deutschland kämpft.

#### S. 43 Menschenverachtende Gewalt gegen die Schwächsten

Hilfe für Opfer rassistischer und rechter Angriffe

#### S. 44 Ein erkämpftes Leben

Sie deckte Medikamentenversuche in deutschen Kinderheimen auf: Sylvia Wagner hat aus ihren Erlebnissen und Ergebnissen einen Roman gemacht.

#### Rubriken

S. 25 Kurz notiert

S. 50 Danke

S. 52 Impressum

#### **Im Innern**

#### **Ehrensache:**

Das Heft im Heft







## Liebe Leserinnen und Leser,



Foto: Angelika Stehle

wenn Menschen in Not geraten, hängt ihr Leben oft an der buchstäblichen ersten Hilfe. Das gilt für Unfallopfer wie für Verbrechensopfer: Es gibt für sie nichts Dringlicheres, als dass Rettungsdienst, Polizei oder Feuerwehr schnell zum Einsatzort kommen und dort ungehindert ihre Arbeit machen können.

Eigentlich ist das gesellschaftlicher Grundkonsens ... oder?

Seit einiger Zeit, spätestens seit den Silvesterkrawallen in Berlin und dem Anschlag in Ratingen, sieht es so aus, als würde dieser Konsens zunehmend aufgekündigt. Einsatzkräfte aller Art berichten von Beleidigungen, Bedrohungen, Gewalt. Von Gewalt, die "in Alltagssituationen ausbricht" und von "scheinbar ganz normalen Leuten" ausgeht, wie unsere Redaktion berichtet. Ich habe das Gefühl, da verändert sich etwas in unserer Gesellschaft, dem wir unbedingt entgegenwirken müssen.

"Retter in Not" heißt die Titelgeschichte dieser Ausgabe unseres Magazins "Forum Opferhilfe". Die Redaktion des WEISSEN RINGS wollte herausfinden: Haben die Angriffe auf Einsatzkräfte tatsächlich zugenommen? Was bedeutet das für die Opfer, für die Retter selbst, für die Gesellschaft, für unsere Demokratie? Was kann der Staat dagegen tun, wenn Hass, Hetze und Gewalt auf so einen sensiblen gesellschaftlichen Bereich übergreifen? Was müssen wir alle dagegen tun? Die Ergebnisse der Recherche können Sie auf 13 Seiten in diesem Heft lesen.

Große Wellen hat übrigens das Titelthema unseres vorherigen Magazins geschlagen: True Crime, "wahre Verbrechen". Wir berichteten kritisch über den Boom von True Crime und dessen teilweise krankmachenden Folgen für die Opfer "wahrer Verbrechen". In dieser Ausgabe bilden wir eine Auswahl der Reaktionen auf unsere Veröffentlichung ab. Und wir erzählen aktuell vom Ärger einer Familie, die fast 20 Jahre nach dem Mord an einer nahen Angehörigen unvorbereitet "ihren Fall" im Programm des ZDF wiederfand. Die Schwester der Toten sagte unserem Reporter: "Ich wusste gar nicht, wie mir geschieht!"

Wenn wir als WEISSER RING, Deutschlands größter Hilfsorganisation für Kriminalitätsopfer, kritisch über solche Dinge berichten, tun wir das nicht, um Ihnen die gute Laune zu vermiesen. Wir möchten als staatlich unabhängige Organisation Missstände sichtbar machen und gleichzeitig versuchen, Wege zu möglichen Verbesserungen aufzuzeigen. Der WEISSE RING hat den Anspruch, die Stimme der Opfer zu sein. Unser Wunsch an Sie lautet: Hören Sie den Opfern zu – unser Magazin kann Ihnen dabei helfen.

Ihre Bianca Biwer Bundesgeschäftsführerin des WEISSEN RINGS



Illustration: Alexander Lehn

# Wenn Rettungskräfte selbst Hilfe benötigen

Nach spektakulären und gewalttätigen Angriffen auf Rettungskräfte wie in der Silvesternacht in Berlin und im Mai in einem Hochhaus im nordrheinwestfälischen Ratingen folgen schnell aufgeregte öffentliche Debatten. Genauso schnell ist das Thema danach wieder aus den Schlagzeilen verschwunden. Ein Blick in die Praxis zeigt: Übergriffe auf Helfer sind mittlerweile alltäglich und gehen längst nicht nur von gesellschaftlichen Minderheiten oder Randgruppen aus. Wie sollte unsere Gesellschaft darauf reagieren? Eine Analyse.

Ein Rettungswagen mit Blaulicht, der unter dem Beschuss mit Pyrotechnik langsam durch eine Berliner Straße rollt.

Die Besatzung eines Feuerwehrwagens, die Randalierer per Lautsprecher auffordert, ihre Angriffe mit Feuerwerkskörpern einzustellen. Und die dann den Rückzug antritt, weil unbeirrt weiter auf sie gefeuert wird. Diese Bilder aus der Silvesternacht haben Deutschland schockiert und empört. Der Berliner Feuerwehrmann Baris Coban, Vater von drei Kindern, hat im WDR den Hass geschildert, der ihm und seinen Kollegen entgegenschlug: "Steine und Flaschen flogen in Unmengen auf uns – und Knaller, Böller. Einige Jugendliche sind aus der Menge herausgerannt, um mit Schreckschusswaffen in Gesichtshöhe auf uns zu schießen."

In den Tagen nach Silvester waren Angriffe auf Rettungskräfte das große Thema für Politik und Medien. Hitzig wurde über den Migrationshintergrund von Tätern gestritten. Die CDU fragte im Berliner Abgeordnetenhaus die Vornamen der Verdächtigen ab. Dafür gab es breite öffentliche Kritik, die in der parlamentarischen Anfrage eine rassistische Stigmatisierung von Migrantinnen und Migranten erkannte.

#### Eine "Inszenierung" von Gewalt

Professor Andreas Zick, Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Uni Bielefeld, hat die Exzesse der Silvesternacht in einem ZDF-Interview mit einer gefährlichen Gruppendynamik bei den jungen Tätern erklärt: "Die Gewalt, die wir gesehen haben, ist für sie ein Erlebnis." Gewaltanwendung stärke in solchen Situationen die Gruppenzugehörigkeit. Hinzu käme, dass Polizei und Rettungsdienste als Feindbilder angesehen würden. Weil diese in der Wahrnehmung der Täter einen Staat verkörpern, in dem sie selbst nur eine Außenseiterrolle einnehmen. In einer solchen Dynamik würden bei gewalttätigen Gruppen Aggression und Gewalt situativ zur Norm, die das Handeln bestimmt. Der Konfliktforscher betont, dass nicht nur die Straftäter selbst zur Eskalation beitrugen. Vielmehr wirkten auch jene als Verstärker, die Randalierer anfeuern oder gewaltsame Videos in den sozialen Medien verbreiten. Zick erkannte in den Silvesterkrawallen eine regelrechte "Inszenierung" von Gewalt.

Wie so oft nach spektakulären Gewaltausbrüchen dominierte sowohl bezüglich der Ursachenforschung als auch bei der Frage nach notwendigen Konsequenzen die Suche nach schnellen Antworten und Lösungen. Zwar wies Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) zunächst Forderungen nach Gesetzesverschärfungen zurück: "Gott sei Dank sind die Strafvorschriften in den letzten Jahren verschärft worden, aber das muss jetzt auch angewendet werden." Gleichwohl prüfte ihre Behörde intern, ob das "gezielte Locken in einen Hinterhalt" als besonders gefährlicher Angriff auf Polizei und gesetzlich gleichgestelltes Rettungspersonal gewertet werden solle. In einem internen Papier wird angeregt, die Paragraphen 113, 114 und 115 des Strafgesetzbuches entsprechend zu erweitern. Da beträgt der Strafrahmen für besonders schwere Delikte gegen Einsatzkräfte bereits sechs Monate bis fünf Jahre, wenn etwa eine Gewalttat gegen Polizeibeamte oder Notärztinnen mit einer Waffe oder gemeinschaftlich begangen wird. Dieser Katalog sollte ergänzt werden, heißt es in dem Papier.

"Einige Jugendliche sind aus der Menge herausgerannt, um mit Schreckschusswaffen in Gesichtshöhe auf uns zu schießen."

Baris Coban, Berliner Feuerwehrmann

Die Diskussion dürfte nach dem erschütternden Anschlag von Ratingen in Nordrhein-Westfalen, bei dem im Mai zahlreiche Kräfte von Polizei und Feuerwehr durch eine Explosion in einem Hochhaus zum Teil lebensgefährlich verletzt wurden und im künstlichen Koma versorgt werden mussten, neuen Auftrieb erhalten. Ein 57-Jähriger steht im Verdacht, die Explosion gezielt herbeigeführt und Einsatzkräfte mit einer brennenden Flüssigkeit angegriffen zu haben (siehe Seite 12/13). Doch als Beleg für gesetzlichen Korrekturbedarf eignet sich diese furchtbare Attacke gerade nicht. Denn die zuständige Staatsanwaltschaft Düsseldorf hat gegen den Tatverdächtigen Haftbefehl wegen versuchten Mordes in neun Fällen erlassen. Versuchter Mord kann in schweren Fällen mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft werden. Ein zusätzlicher Straftatbestand wird insofern nicht benötigt, um heimtückische Angriffe auf Leib und Leben von Rettungskräften hart bestrafen zu können.

Pläne für eine Gesetzesverschärfung zielen also auf einen – wenn auch besonders verurteilenswerten – Ausnahmefall. In den öffentlichen Debatten bleiben eine gründliche Analyse von Art und Ausmaß der Gewalt gegen Rettungskräfte sowie wirksame Strategien dagegen immer wieder in Ansätzen stecken.

#### Zunahme der Fallzahlen

In welchen Situationen sind Feuerwehrleute oder Rettungssanitäterinnen eigentlich Anfeindungen und Angriffen ausgesetzt? Wie können jene, die anderen Menschen professionell helfen und täglich die eigene Gesundheit riskieren, um Leben zu retten, effektiv besser geschützt werden? Diese entscheidenden Fragen sind weiter offen. Wer mit erfahrenen Profis spricht und die Ergebnisse von empirischen Untersuchungen einbezieht, gewinnt ein differenziertes Bild. Richtig ist demnach: Rettungskräfte werden in ihrem Arbeitsalltag beleidigt, bedroht, bespuckt, geschlagen oder getreten. Die einfache Antwort, das Problem auf Migrationsbiografien oder einzelne soziale Brennpunkte abzuschieben, geht an den Tatsachen vorbei. Hier einige Beispiele für Gewalterfahrungen im Rettungsdienst:

- Im Februar wurde ein Rettungssanitäter, der sich an einem Sonntagabend in der Düsseldorfer Altstadt gerade um eine hilfebedürftige Person kümmerte, von einem unbeteiligten 34 Jahre alten Mann mit Schlägen und Tritten angegriffen. Neben dem Sanitäter wurden auch eine hinzugerufene Polizeibeamtin und deren Kollege von dem aggressiven Angreifer verletzt.
- Ebenfalls im Februar hat das Amtsgericht Wernigerode im Harz einen 22-Jährigen zu einer Bewährungsstrafe von neun Monaten und der Zahlung von Schmerzensgeld verurteilt. Im Dezember hatte der junge Mann einen Notarzt angegriffen und verletzt, als dieser gerade seine Mutter versorgte. Der Sohn griff den Notarzt an, weil ihm offenbar die Behandlung zu lange dauerte.
- Im Januar griffen zwei Jugendliche, 16 und 19 Jahre alt, während eines Einsatzes an der Endstation der Wuppertaler Schwebebahn eine Rettungssanitäterin an und verletzten diese mit Schlägen und Tritten so schwer, dass sie im Krankenhaus behandelt werden musste. Die örtliche Feuerwehr erklärte die Aggressivität der jungen Täter mit dem Hinweis auf möglichen Alkoholkonsum. Ein Anrufer hatte den Notruf gewählt, weil es zwei jungen Leuten in der Schwebebahn erkennbar schlecht ging und diese Hilfe benötigten.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik registrierte bei Angriffen auf Rettungsdienste (ohne Feuerwehr) allein zwischen 2018 und 2021 eine alarmierende Zunahme der Fallzahlen von 726 auf 1.241. Eindeutige Befunde zu den Ursachen des Anstiegs der Fallzahlen können derzeit weder Studien noch Profis aus der Praxis liefern. Wer Experten befragt, erfährt aber zumindest von einigen Anhaltspunkten, die, ohne den Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, dabei helfen, die Lage besser zu verstehen.

Max Eggeling hat selbst mehrere Jahre lang als Rettungssanitäter gearbeitet. Aktuell schult er als selbstständiger Coach Rettungskräfte im Umgang mit Aggressionen im Einsatz. Außerdem ist er ehrenamtlich als Zugführer und Einsatzleiter bei der Freiwilligen Feuerwehr in Lüneburg tätig. "Um das Problem der Gewalt gegen Rettungskräfte zu diskutieren, ist Silvester in Berlin oder Hamburg das denkbar schlechteste Beispiel", sagt Eggeling. Die begangenen Straftaten müssten nun konsequent verfolgt werden. Silvester sei jedoch ein "absoluter Ausreißer", eine Ausnahme von der Regel, die davon ablenkt, was sich im Arbeitsalltag der Rettungskräfte abspielt. Wo es meistens nicht um verabredeten Krawall geht, sondern um scheinbar banale Begegnungen, die gefährlich eskalieren. "Man sollte stattdessen darauf schauen, wie man diese Situationen verändern kann", rät Eggeling.

> Die Polizeiliche Kriminalstatistik registrierte bei Angriffen auf Rettungsdienste (ohne Feuerwehr) allein zwischen 2018 und 2021 eine alarmierende Zunahme der Fallzahlen.



**726** 

#### "Leute in Extremsituationen"

Während seiner Tätigkeit im Rettungsdienst fing Eggeling mit dem Kampfsport an, weil er das Gefühl hatte, sich besser schützen zu müssen. Bei einem Einsatz schleuderte ein Mann ein Fahrrad auf seinen Kollegen. Der musste mit einem gebrochenen Bein in die Klinik. Zwar wurde Eggeling selbst nie zusammengeschlagen, aber beleidigt und bedroht, einmal auch festgehalten und zu Boden gerissen. Mit seinem heutigen Wissen als Coach sagt Eggeling: "Wir müssen uns klarmachen: Da treffen wir auf Leute in Extremsituationen." Schließlich rechnet morgens niemand damit, dass der eigene Vater abends einen Herzinfarkt erleidet: "In solchen Momenten ist die Zündschnur bei Betroffenen kürzer. Da können dann auch ansonsten friedliche Leute aggressiv reagieren." Es sei durchaus nachvollziehbar, dass besorgte Angehörige mitunter nicht verstehen, warum man ohne Blaulicht zum Krankenhaus fährt oder die Erstversorgung vermeintlich so lange dauert. Die Erfahrung hat Eggeling gelehrt: Viele Familien sind überhaupt nicht auf die Möglichkeit krisenhafter Ereignisse eingestellt. "Wenn dann ein Notfall eintritt, löst das eine Überforderung aus, die in Aggression und Gewalt umschlagen kann." Die Gefahr lauert demnach in vermeintlichen Routineeinsätzen.

Die Feuerwehr-Unfallkasse (FUK) in Niedersachsen hat vor zwei Jahren eine Umfrage unter den Freiwilligen Feuerwehren des Bundeslandes veröffentlicht, 2.500 Aktive haben daran teilgenommen. Ein Befund: Jeder Dritte hat schon Gewalt erfahren, sei es verbal oder körperlich. Eine aktuelle Folgeuntersuchung kommt zu ähnlichen Ergebnissen. Durchaus überraschend:

"Auffällig ist, dass Gewalt in den allermeisten Fällen in Alltagssituationen ausbricht."

Thomas Wittschurky, FUK-Direktor Niedersachsen

85 Prozent waren Einzeltäter. "Auffällig ist, dass Gewalt in den allermeisten Fällen in Alltagssituationen ausbricht", sagt der niedersächsische FUK-Direktor Thomas Wittschurky. Typischerweise passiere das bei Straßensperren. Da werde beleidigt und bedroht, ohne überhaupt den Grund für den Einsatz zu kennen. "Die Gewalt geht also von scheinbar ganz normalen Leuten aus", sagt Wittschurky. Das Spektrum reiche von Drohungen über den berühmten Mittelfinger bis zu sexuellen Belästigungen: "Einige Betroffene haben auch über drastische Gesundheitsschäden durch Verletzungen berichtet." Zu körperlicher Gewalt komme es meistens bei einer Straßensperre oder der Brandbekämpfung, so Wittschurky. Oftmals eskalieren Konflikte, wenn sich Menschen in ihrer Alltagsroutine gestört fühlen. Wenn sie nicht den gewohnten Weg zur Arbeit nehmen können oder ein Termin zu platzen droht. Offenkundig fällt es vielen schwer, persönliche Belange für wichtige öffentliche Interessen zurückzustellen. Leben zu retten hat Vorfahrt – dieser eigentlich selbstverständliche Grundkonsens wird offenbar immer häufiger infrage gestellt. Stattdessen wird an Einsatzorten gepöbelt, gespuckt und geschlagen.

Eine bundesweite empirische Untersuchung zum Thema hat das Deutsche Rote Kreuz (DRK) vorgelegt. Körperliche Gewalt erleben die allermeisten Rettungssanitäter oder Notärztinnen demnach seltener als ein- bis zweimal pro Monat, verbale Gewalt hingegen sehr viel häufiger. "Für uns war überraschend, dass die Gewalt in drei Viertel der Fälle von den Hilfsbedürftigen, also von Patienten selbst oder deren Angehörigen ausgeht", sagt Professor Peter Sefrin, Co-Autor der Studie und Spezialist für Notfallmedizin beim DRK. Weil ihnen die Versorgung nicht schnell genug geht oder der Patient kurz Schmerzen verspürt, wenn mit einem Einstich in die Haut ein Zugang zur Versorgung gelegt wird. Sefrin kritisiert eine übergroße Anspruchshaltung in der Gesellschaft. Im Notfall sollen Schmerzen augenblicklich gelindert oder besser noch beseitigt werden. Wenn nicht, gibt es Ärger.

Weitere wichtige Ergebnisse der nicht repräsentativen DRK-Studie: Angriffe passieren nicht nur in Großstädten, sondern auch in mittleren und in Kleinstädten. Und nicht nur an sozialen Brennpunkten, sondern auch in bürgerlichen Wohngegenden. Zu Übergriffen kommt es vor allem abends und nachts sowie an den Wochenenden. "Ganz oft spielen Alkohol und Drogen eine Rolle, wenn es zu Gewalt kommt", sagt Sefrin. "Wir konnten vor allem Jugendliche als Täter ausmachen, fast immer in Verbindung mit dem Konsum von Alkohol und Drogen." Auch in sogenannten gutbürgerlichen Stadtvierteln sind Täter, die Rettungskräfte attackieren, der Studie zufolge häufig alkoholisiert.

#### "Beleidigt, belästigt, bedroht"

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt die Studie "Gewalt gegen Rettungsdienstpersonal", die im Jahr 2022 im Bundesgesundheitsblatt veröffentlicht wurde. Demnach wurden pro Woche durchschnittlich 29 Prozent des befragten Rettungspersonals beleidigt, belästigt oder verbal bedroht. Acht Prozent waren körperlichen Angriffen ausgesetzt. Die meisten Angriffe wurden ebenfalls Patienten und deren Angehörigen zugerechnet. Zwei Drittel der angreifenden Personen waren nach dem Eindruck der Betroffenen während der Tat alkoholisiert. Die empirischen Befunde zeigen: Es gibt nicht den einen typischen Fall, aber eben doch markante Muster. Einzeltäter und Gruppengewalt – beide Phänomene setzen Rettungskräften zu.

Notfallmediziner Sefrin benennt Risikofaktoren: "Die Zunahme von Gruppengewalt gegen Rettungskräfte ist ganz und gar nicht auf Silvester beschränkt. Auch Großveranstaltungen sind gefährliche Orte." Da bilden sich Gruppen, die miteinander in Streit geraten, immer auch unter dem Einfluss von Alkohol und Drogen. "Das Gewaltpotenzial rund um Volksfeste oder Sportveranstaltungen ist hoch", sagt Sefrin. In der Vergangenheit seien Gewalttäter fast aus-schließlich männlich gewesen. Mittlerweile greifen Sefrin zufolge aber auch Frauen zu massiver Gewalt, werfen Flaschen oder ziehen an den Haaren. Als eine weitere Gefahrenzone benennt er die Bahnhöfe in Großstädten, wo vor allem an den Wochenenden gewaltbereite Menschen aufeinandertreffen. Außerdem sei fast immer Alkohol im Spiel, wenn Jugendliche nachts auf der Straße unterwegs sind.



Illustration: Alexander Lehn

Deeskalationstrainer Eggeling kennt beide Situationen aus eigener Erfahrung: die Eskalation bei einem Routineeinsatz, aber auch dynamische Gruppengewalt. Im vergangenen Sommer wurde sein Löschzug zu einem Kellerbrand in Lüneburg gerufen. Vor der brennenden Gaststätte stand eine große Menschenmenge auf der Straße. "Als ich, zuerst allein, am Einsatzort ankam, stand eine Gruppe von etwa zehn Leuten um mich rum und hat dann gegen den Einsatzwagen geschlagen. Da konnte es nur eine richtige Entscheidung geben: Rückzug", sagt Eggeling. In solchen Momenten könnten auch professionelle Feuerwehrleute allein nichts ausrichten: "Da geht Eigenschutz vor." Dann ist es die Aufgabe der Polizei, Straftäter zu stoppen und Gewalttaten zu ermitteln. Allerdings, so Notfallmediziner Sefrin, verzichten Rettungskräfte nach Angriffen häufig auf eine Anzeige, weil viele der Zeitaufwand abschrecke. Oder weil sie davon ausgingen, dass es ohnehin nicht zu einer Verurteilung kommt. "Nur bei ganz massiver Gewalt wird überhaupt eine Tat angezeigt. Das ist die Praxis", so Sefrin. Daher sei "von einer ganz hohen Dunkelziffer auszugehen".

Experten halten härtere Strafen, die immer wieder gefordert werden, für ungeeignet, um die Gewalt zu stoppen. Die Autorinnen und Autoren der Studie "Gewalt gegen Rettungsdienstpersonal" um die Soziologin Friederike Leuschner von der Kriminologischen Zentralstelle in Wiesbaden analysieren, dass die bereits erfolgten Erhöhungen des Strafrahmens für Angriffe auf Einsatzkräfte "in der Praxis nicht relevant" seien. Die entsprechenden Delikte, deren schärfere Sanktionierung speziell die Berufsgruppen Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste schützen soll, seien nämlich bereits durch andere Straftatbestände abgedeckt, deren Strafrahmen höher ist. So liegt die Höchststrafe für versuchten Mord - siehe den Fall in Ratingen - bei einer lebenslangen Haftstrafe. Gefährliche Körperverletzung kann mit bis zu zehn Jahren Haft geahndet werden. Massive Gewalt gegen Rettungspersonal kann also nach geltendem Strafrecht effektiv verfolgt werden. Zudem fehlt Leuschner zufolge ein wissenschaftlicher Nachweis, ob Strafverschärfungen überhaupt eine abschreckende Wirkung erzielen. Durch eine Gesetzesänderung im Jahr 2017 wurden Rettungskräfte mit der Polizei gleichgestellt. Seither sind auch nach Angriffen auf eine Rettungssanitäterin oder einen Feuerwehrmann Ermittlungen wegen tätlichen Angriffs bei einer Dienst- oder Vollstreckungshandlung möglich. Dadurch können wie beschrieben schon jetzt schwere Gewalttaten, die von einer Gruppe oder mit einer Waffe verübt werden, mit bis zu fünf Jahren Haft geahndet werden. Doch das sind absolute Ausnahmen. Da viele Taten wie beschrieben unter Alkoholeinfluss erfolgen, werden Strafen in der Praxis ohnehin sehr viel eher gemindert als ausgereizt.

"Weder allgemeine Appelle noch Gesetzesverschärfungen werden das Problem lösen", sagt Notfallmediziner Sefrin. "Die gesetzlichen Regelungen sind absolut ausreichend, sollten aber auch konsequent angewendet werden." Wie bei vielen anderen Delikten dauert es auch bei Angriffen gegen Rettungskräfte mitunter lange, bis es zu einem Gerichtsprozess kommt – wenn überhaupt. Um Gewalt zu verhindern, bringe eine weitere Strafverschärfung gar nichts, ergänzt Eggeling. In seinen Seminaren schult er auch Feuerwehren in Deeskalation. Mit seinem praktischen Ansatz sorgt er bei Schulungen regelmäßig für Empörung unter den Kollegen. Einigen gilt er sogar als Nestbeschmutzer.

Denn Eggeling setzt bei seinem Deeskalationstraining nicht bei den Tätern an, sondern bei eigenen Handlungsoptionen. "Erst mal ist schwer zu verstehen, dass man als Opfer etwas ändern soll", erklärt Eggeling. Aber aus der systemischen Psychologie sei bekannt, dass man das Verhalten anderer nur indirekt beeinflussen kann nämlich durch sein eigenes Verhalten. Nur so lässt sich ein Konflikt entschärfen, wenn sich Ärger und Wut hochschaukeln. Der Coach sensibilisiert die Teilnehmenden seiner Seminare dafür, frühzeitig zu erkennen, wo und wie Gewalt entsteht. Er rät Einsatzkräften, immer auch die Umgebung im Blick zu haben, wo Angehörige und Schaulustige stehen: "Je früher ich das Potenzial zur Eskalation erkenne, desto größere Chancen bestehen, dass es nicht zum Äußersten kommt." Wenn jemand beispielsweise alle Ansagen ignoriere und trotzdem versuche, Absperrungen zu überwinden, empfiehlt Eggeling, unverzüglich die Polizei einzuschalten.

In seinen Kursen lernen die Kollegen, dass es im Einsatz durchaus Handlungsspielräume gibt, die sie anfangs nicht erkennen. "Wenn ich selbst aggressiv an einer Absperrung auftrete, werde ich eben nicht deeskalieren, sondern im Gegenteil schaukelt es sich dann hoch", erklärt Eggeling. In jedem Löschzug gebe es immer auch Kollegen, die schnell hochfahren. "Wichtig ist, sich klarzumachen: Wir sind die Profis und müssen angemessen damit umgehen, wenn Menschen in Extremsituationen überreagieren und aggressiv werden." Viele Situationen lassen sich mit kleinen Korrekturen in der eigenen Ansprache entschärfen. An Straßenabsperrungen, wo regelmäßig Frust in Gewalt umschlägt, sollte nicht einfach gesagt werden: Hier ist gesperrt. Besser ist es zu erklären: Die Ortsdurchfahrt ist zwar wegen eines Einsatzes gesperrt, aber es gibt eine Umleitung. Die dauert zwar länger, führt aber sicher zum Ziel.



**Deeskalationstrainer Maximilian Eggerling bei einer Übung mit Feuerwehrkräften** · Foto: Sebastian Heinatz

Hilfreich sei es, sich als Rettungskraft zu fragen: Was kann ich den Leuten in einer Stresssituation anbieten? "Wir müssen uns immer klarmachen, warum es zur Gewalt kommt", sagt Eggeling. Der Dialyse-Patient, der regelmäßig nach ihnen geschlagen habe, weil er schwer an Alzheimer erkrankt war, konnte sein Verhalten ebenso wenig steuern wie der Drogenabhängige im kalten Entzug. "Es ist unsinnig, bei diesen Patientengruppen moralische Kriterien anzulegen oder nach härteren Strafen zu rufen", sagt Eggeling. Damit seine Kollegen nicht panisch reagieren, wenn es trotz aller Bemühungen um Deeskalation doch zu Angriffen kommt, bringt Eggeling ihnen auch Befreiungs- und Ausweichtechniken zum Selbstschutz bei. In Umfragen äußern Betroffene immer wieder den Wunsch nach solchen Schulungen. Denn die Folgen von Gewalterfahrungen wirken auch ohne sichtbare Verletzungen lange nach: mit Schlaflosigkeit oder Flashbacks, bei denen traumatische Erlebnisse in Gedanken immer wieder quälend durchlebt werden. Trotz der großen Nachfrage wird Deeskalationsmanagement längst noch nicht flächendeckend für Rettungskräfte angeboten. Hier kann Prävention konkret ansetzen.

Aber es braucht auch Aufklärung in der Bevölkerung. Immer wieder kommt es vor, dass Eltern ihren Kindern das Feuerwehrfahrzeug zeigen möchten, während ein Brand gelöscht wird. Kitas und Schulen können vermitteln, dass Rettungseinsätze kein Familienspektakel sind. Darüber hinaus braucht es auch Aufklärung darüber, wer nach einem Notruf eigentlich zum Einsatzort eilt. Viele in seiner Region, so Zugführer Eggeling, wüssten gar nicht, dass es in Lüneburg keine Berufsfeuerwehr gibt. Der Kollege, der aktuell einen Brand bekämpft, hat womöglich gerade eben noch als Klempner ein defektes Rohr ausgewechselt. "In Deutschland sind über 90 Prozent der Feuerwehrleute ehrenamtlich tätig", sagt Eggeling. "Das sind alles Profis, aber keine hauptamtlich Angestellten. Das weiß kaum jemand." Angefeindet werden also ganz häufig ausgerechnet diejenigen, die ihre Freizeit dafür opfern, um anderen zu helfen. Die Kommunen sind gefragt, sehr viel besser darüber zu informieren und auf diese Weise größeres Verständnis zu schaffen.

## "Ganz oft spielen Alkohol und Drogen eine Rolle, wenn es zu Gewalt kommt."

Professor Peter Sefrin, Spezialist für Notfallmedizin beim DRK

Aus seinen Erfahrungen bei der Feuerwehr regt Eggeling eine weitere Maßnahme an, von der er sich eine deutlich größere Akzeptanz für Rettungskräfte in der Bevölkerung erhofft. Er selbst hatte bei Einsätzen in der lokalen Heavy-Metal-Disco nie Probleme, weil er da viele Leute kennt. Und bei Notrufen in Stadtteilen mit einem hohen Migrationsanteil war er immer froh, wenn der türkischstämmige Kollege dabei war: "Der hat eine ganz andere Ansprache und einen besseren Zugang zu den Anwohnern gehabt." In der Region Lüneburg habe die Feuerwehr sowohl Geflüchtete als auch viele Frauen aufgenommen. Das wirke sich spürbar positiv aus und sei ein gutes Vorbild. Eggeling ist davon überzeugt: "Je breiter wir bei den Rettungskräften aufgestellt sind, umso besser."

Michael Kraske



## Ein Routineeinsatz, der mit einer Katastrophe endet

Der Anschlag von Ratingen

Die Katastrophe beginnt mit einem Routineeinsatz. Es ist der 11. Mai 2023, 9 Uhr 49. Polizei und Feuerwehr werden im nordrhein-westfälischen Ratingen zu einem Hochhaus gerufen. Nachbarn sorgen sich um eine betagte Mieterin, deren Briefkasten überquillt, weil er offenkundig nicht mehr geleert wird. Die Einsatzkräfte brechen die Tür auf, um ein Menschenleben zu retten. Die Befürchtung: eine mutmaßlich hilflose Person hinter verschlossener Tür, wie es offiziell heißt.

Was dann passierte, hat der an jenem Tag zuständige Einsatzleiter der Polizei Düsseldorf, Dietmar Henning, geschildert. Demnach hat beim Öffnen der Wohnungstür im zehnten Obergeschoss mutmaßlich ein 57-Jähriger eine Explosion ausgelöst und brennende Flüssigkeit auf die Helfer geschleudert. Diese hätten sich nach der Attacke brennend und "schwerst verletzt" aus dem Haus retten können.

11. Mai 2023, 9 Uhr 49: Zu diesem Zeitpunkt werden Rettungskräfte in Ratingen alarmiert, Einsatzort ist ein Hochhaus. Zahlreiche Helfer und Helferinnen werden Opfer einer Explosion, die mutmaßlich von einem 57-Jährigen zu verantworten ist. Foto: David Young/dpa

Die vorläufige Bilanz des heimtückischen Angriffs: Neun schwer bis lebensbedrohlich Verletzte von Polizei und Feuerwehr, von denen einige im künstlichen Koma versorgt werden mussten. Zudem zahlreiche leicht verletzte Einsatzkräfte. Etliche Personen mussten mit Rettungshubschraubern in Kliniken in der Umgebung gebracht werden. Eine Polizeisprecherin erklärte, umfassende Hilfsangebote für betroffene Kolleginnen und Kollegen bereitzustellen: "Sie können sicher sein, dass wir diese Menschen damit nicht allein lassen." Die Solidarität ist groß: Bis Ende August werden laut Deutscher Presseagentur (dpa) 700.000 Euro für die neun Schwerverletzten gespendet.

Mithilfe von Spezialkräften gelang es der Polizei, den Tatverdächtigen, der zuvor offenbar die Wohnung vollständig in Brand gesetzt und sich selbst mit einer Flüssigkeit übergossen hatte, trotz heftiger Gegenwehr zu überwältigen. Die Polizei fand in dem Hochhaus zwei Leichen, darunter auch die Mutter des mutmaßlichen Attentäters in der Tatwohnung. Gegen den Mann wurde ein Haftbefehl wegen versuchten Mordes in neun Fällen erlassen.

Landesinnenminister Herbert Reul (CDU) zeigte sich nach dem Anschlag auf diejenigen, die gekommen waren, um Leben zu retten, ebenso erschüttert wie Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD). Nach Angaben von Heike Schultz, Kriminaldirektorin der Düsseldorfer Polizei, wurden bei der Durchsuchung des Kellers in dem Ratinger Hochhaus eine Schreckschusswaffe sowie mehrere Messer und Dolche gefunden. Die Ermittler gehen aufgrund des Ablaufs davon aus, dass die Tat geplant war. Heimtücke meint das bewusste Ausnutzen der Arg- und Wehrlosigkeit von Opfern, im Strafrecht ist sie eines jener schwerwiegenden Merkmale, die Ermittlungen wegen versuchten Mordes begründen.

"Zeit Online" hat berichtet, dass der Verdächtige auf Facebook aktiv war. Dort soll er Verschwörungserzählungen veröffentlicht und sich gegen das Impfen sowie gegen Klimaaktivisten geäußert haben. In einem Video sei davon die Rede, dass "alle Regierungen" unmoralisch seien "und kriminelle Institutionen". Auf Anfrage bestätigte Laura Neumann von der zuständigen Staatsanwaltschaft Düsseldorf Hinweise, wonach "der Beschuldigte möglicherweise Verschwörungstheorien zugeneigt sein könnte". Dies legt ebenfalls ein vertraulicher Bericht der Landesregierung für den Innenausschuss des Landtags nahe, von dem die dpa Ende August berichtete. Ob dies jedoch für die Tat relevant ist, wird weiter ermittelt.

Medienberichten zufolge könnte der mutmaßliche Attentäter als sogenannter Prepper Vorräte für einen erwarteten Krisenfall angelegt haben. Staatsanwältin Neumann bestätigt, dass "eine große Menge an Lebensmitteln, Kerzen und Hygieneartikeln" gefunden wurde. Die Ermittler gehen nun der Frage nach, wofür die Vorräte angelegt wurden.

Gegen den Beschuldigten lag zuvor ein Vollstreckungshaftbefehl vor, so Neumann. Nach einer Verurteilung wegen Körperverletzung habe der Mann die verhängte Geldstrafe nicht gezahlt. Daher sei eine Ersatzfreiheitsstrafe erlassen worden. Ein Bezirksbeamter habe einige Tage vor der Attacke versucht, den Haftbefehl zu vollstrecken. Nach bisherigen Erkenntnissen der Ermittler wussten die Polizeibeamten vor dem Angriff im Hochhaus von dieser Vorgeschichte.

Ob und wie die Tat geplant war, muss noch geklärt werden. Bei Redaktionsschluss schwieg der Verdächtige weiterhin, ein psychiatrisches Gutachten stand laut dpa noch aus. Über das Motiv ist bislang nichts bekannt.

#### Michael Kraske



## Angriffslage: unklar

Gewalt gegen Einsatzkräfte – wie groß ist das Problem, was lässt sich seriös belegen? Auf der Suche nach Antworten auf diese Fragen hat die Redaktion des WEISSEN RINGS alle Innenministerien der Bundesländer und das Bundesinnenministerium befragt, Statistiken und Studien gesichtet und selbst Daten erhoben. Die wichtigsten Erkenntnisse aus dieser Bestandsaufnahme:

- → Das Phänomen erfährt zunehmend Öffentlichkeit: Die Polizei meldet immer mehr Vorfälle per Pressemitteilung, Tageszeitungen berichten regelmäßig über die Gewalt gegen Einsatzkräfte.
- → Die Gewalt gegen Retterinnen und Retter nimmt statistisch zu: Die amtlichen Daten zeigen seit 2019 einen Anstieg der Angriffe von etwa einem Drittel auf rund 39.000. Zu Dunkelfeld und Anzeigeverhalten fehlt wissenschaftliche Forschung.
- Die T\u00e4tergruppe kann eingrenzt werden: H\u00e4ufig wird sie beschrieben als m\u00e4nnlich, mit deutscher Staatsangeh\u00f6rigkeit, alkoholisiert.
- Die Opfer vor allem im Ehrenamt bleiben unsichtbar: Es ist nicht bekannt, wie oft Freiwillige betroffen sind. Unerforscht ist auch, welchen Belastungen die Betroffenen ausgesetzt sind.
- → Die fehlenden Standards sind ein Problem: Definitionsvielfalt beim Gewaltbegriff und voneinander abweichende Sichtweisen der Politik auf das Phänomen behindern die Untersuchung der Gewalt gegen Einsatzkräfte.

#### Die Aufmerksamkeit

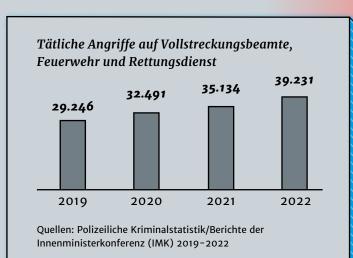
Die mediale Aufmerksamkeit für Gewalt gegen Einsatzkräfte ist groß. Diese Wahrnehmung belegt eine Untersuchung des WEISSEN RINGS: Knapp jede dritte deutsche Lokalzeitung hatte am Stichtag 14. Juli regionale oder überregionale Meldungen zum Thema auf ihrer Internetseite. Die Informationen solcher Meldungen stammen meist aus Pressemitteilungen der Polizei, deren Zahl sich seit 2013 mehr als verzehnfacht hat (siehe Grafik Seite 15). Parallel dazu ist die Anzahl der "Tätlichen Angriffe" kontinuierlich gestiegen (siehe Grafik auf dieser Seite). Im "Katalog Opferspezifik" werden seit 2011 gesondert Opfer aus den Reihen der Einsatzkräfte erfasst – wenn es "einen kausalen

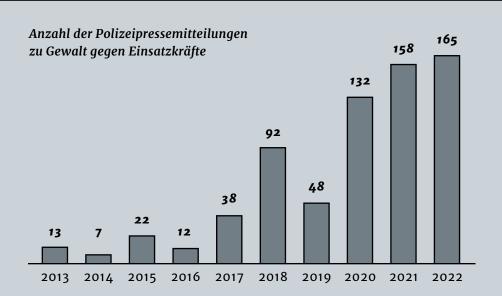
Zusammenhang mit der Tat" gibt, wie das Bundes-kriminalamt mitteilt. Dadurch sollen Angriffe gegen Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste besser abgebildet werden. In der Kategorie "Beruf/Tätigkeit: Vollstreckungsbeamte und Rettungsdienste" werden jedoch recht verschiedene Personen und Tätigkeiten zusammengebracht, unterteilt in drei Gruppen: Vollstreckungsbeamte, die etwa bei Polizei, Zoll und in Gefängnissen arbeiten, Rettungsdienstkräfte (aufgeschlüsselt in "Feuerwehr" und "sonstige Rettungsdienste") und "Vollstreckungsbeamten gleichstehende Personen", wie zum Beispiel Jagdaufseher.

#### Die Gewalt

Eine bundeseinheitliche Definition von Gewalt gegen Einsatzkräfte für die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) existiert nicht, so betonen es Brandenburg und Niedersachsen in ihren Rückmeldungen an die Redaktion. Bis auf Bremen und Thüringen antworteten alle angefragten Behörden. Fakt ist: Auf Grundlage uneinheitlicher Begrifflichkeiten lassen sich keine seriösen Vergleiche vornehmen.

Dieses Dilemma betrifft auch wissenschaftliche Studien: Oftmals unterscheidet sich, was unter Gewalt fällt. In einer Onlinebefragung eines Forschungsteams um die Kriminologin Fredericke Leuschner, deren Ergebnisse Anfang 2023 veröffentlicht wurden, wurde beispielsweise gefragt nach "Gewalt gegen Sachen", "Diebstahl von Ausrüstung" oder "Behinderung der Arbeit". Auch wenn solche Vorkommnisse nicht immer strafrechtlich relevant und kein Teil der amtlichen Statistiken sind, können sie von Betroffenen als belastend wahrgenommen werden. Inwiefern das für Opfer eine Rolle spielt, ist bislang unerforscht.





Die Redaktion hat alle Pressemitteilungen analysiert, die Polizeibehörden in den vergangenen zehn Jahren auf der Seite www.presseportal.de veröffentlicht haben. Die Meldungen wurden von einem eigens geschriebenen Computerprogramm (Bot) heruntergeladen und auf 30 Stichworte und Wortkombinationen überprüft. Mitteilungen, die etwa "Gewalt gegen Polizeibeamte" oder "Rettungskräfte angegriffen" enthielten, wurden in die Statistik aufgenommen. Doppelte Wertungen wurden durch Kontrolle der Internetadresse der Meldungen vermieden. Die Auswertung zeigt einen starken Anstieg der Veröffentlichungen.

Solche Polizeimitteilungen sind oft Auslöser für Medienberichte. Eine weitere Untersuchung am Stichtag 14. Juli ergab, dass 98 von 305 Lokal- und Regionalzeitungen Artikel zum Thema auf ihrer Webseite veröffentlicht hatten. 23 davon behandelten überregional beachtete oder internationale Ereignisse wie in Ratingen oder die gewaltsamen Proteste in Frankreich, 75 waren lokaler Natur.

Die Datenlieferungen aus den Ländern fielen unterschiedlich aus: Manchmal wurde die Anzahl der Straftaten angegeben, manchmal die Anzahl der Opfer. Da aber mehrere Opfer von einer Straftat betroffen sein können, lassen sich die Angaben nicht gegenüberstellen. Das Saarland moniert: "Es fehlen (…) exakte, regional übergreifende Zahlen über Anzahl und Art der Gewaltattacken sowie deren Auswirkungen gegenüber Mitarbeitern des Rettungsdienstes."

Tenor der Bundesländer: Bei den Angriffen gegen Einsatzkräfte handelt es sich eher um körperliche Angriffe. Aber wie oft konkret physische oder psychische Gewalt vorkommt, war nicht zu erfahren. Das hessische Ministerium informiert, dass eine Unterscheidung nicht in allen Fällen valide bestimmt werden könne: "Ein Beispiel hierfür sind die Straftatbestände der Bedrohung und Nötigung. Diese können sowohl verbal als auch körperlich erfolgen." Nordrhein-Westfalen ergänzt, dass Beleidigungen in der PKS nicht unter den Opferdelikten einsortiert würden: "Eine Ausweisung der verbalen Gewalt kann somit nicht vollumfänglich

erfolgen." Eine nachträgliche Auswertung auf die vom WEISSEN RING erbetene Auskunft hin sei nicht leistbar, heißt es etwa aus Hamburg und Niedersachsen.

#### Die Perspektive

Zwar verurteilt die Behörde in Bayern Angriffe gegen Feuerwehr und Rettungsdienst, sie stellt diese aber relativierend den Einsatzzahlen gegenüber und kommt zu dem Schluss: "im Verhältnis ein sehr geringer Anteil an Straftaten". Mecklenburg-Vorpommern formuliert den Unterschied zwischen den Helfenden wie folgt: "Insbesondere Polizisten geraten mit einem anderen Auftrag in solche Situationen als beispielsweise Feuerwehr- oder sonstige Rettungskräfte. Das heißt beispielsweise, ein Polizist, der einen betrunkenen Randalierer zur Räson ruft, ist einer anderen Gefährdung ausgesetzt als Feuerwehrleute, die einen Brand löschen, oder Sanitäter, die ein Unfallopfer behandeln." In Berlin wird das Thema offenbar ernster genommen: Man verweist hier auf Schutzmaßnahmen wie "Bodycams und Fahrzeugkameras auch bei der Berliner Feuerwehr". Man wolle bei der Innenministerkonferenz zudem eine

"härtere rechtliche Linie" bei Taten wie Widerstandshandlungen und tätlichen Angriffen anregen, bei der ein Aussetzen einer Freiheitsstrafe zur Bewährung ausgeschlossen ist.

#### Das Anzeigeverhalten

Die PKS zählt nur die Straftaten, von denen die Polizei weiß. Wie viele Taten im sogenannten Dunkelfeld liegen und nicht angezeigt werden, ist unklar. Ob der Anstieg in der PKS mit einer tatsächlichen Zunahme der Gewalt zusammenhängt oder ob lediglich mehr Anzeigen erstatten wurden, bleibt offen. In Nordrhein-Westfalen hält man es für wahrscheinlich, dass "die auch durch die mediale Berichterstattung bedingte, zunehmende Missbilligung von Gewalt in der Bevölkerung und unter den Rettungskräften zu einer höheren Anzeigebereitschaft geführt hat und es somit zu einer Verlagerung des Phänomens vom Dunkel- ins Hellfeld gekommen ist."

Die Polizei ist die mit Abstand am stärksten betroffene Berufsgruppe. Ihre Mitglieder haben per Legalitätsprinzip eine Anzeigepflicht, worauf Hamburg und Sachsen hinweisen. Der gewohnte Umgang mit Strafanzeigen beeinflusse das eigene Anzeigeverhalten, schreibt Niedersachsen. Die hessische Behörde widerspricht: Ein "höheres Anzeigeverhalten" der Polizei sei nicht belegbar. Demgegenüber müssen Feuerwehrleute und Mitarbeitende des Rettungsdiensts von sich aus Anzeige erstatten wollen. Eine Befragung unter selbigen, die in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2017 durchgeführt wurde, zeigte allerdings beispielhaft: 81 Prozent der Angriffsopfer unter den Befragten hatten die Tat nicht angezeigt.

#### Die Ursachen

An Einsatzorten, an denen die Stimmungslage ohnehin aggressiv aufgeladen ist, sind gewalttätige Angriffe wahrscheinlich, darüber herrscht weitgehender Konsens unter den Ministerien. Mehr zum Warum und in welchen Situationen Helferinnen und Helfer angegriffen werden, ist nicht zu erfahren. "Das Phänomen ist in seiner Entstehung und Ausprägung komplex", teilt die Behörde in Brandenburg mit. Zwar könnten die Polizei-Statistiken Umstände und Entwicklungen allgemein beschreiben, "kriminologisch-soziologische Ursachen" ließen sich daraus allerdings nicht ableiten.

Das Saarland befindet: "Während die Polizei als Repräsentant des Staates mit der Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols gesehen werden könnte, ist die Ausdehnung von Gewalt gegen andere Helfende nicht primär nachvollziehbar." Letztere würden mitunter "als Feindbild" betrachtet werden. "Sinkende Autorität durch gewisse Teile der Gesellschaft", "gesamtgesellschaftliche Ursachen" und wenig Einflussmöglichkeit von Einsatzkräften darauf: So mutmaßen Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen über den Ursprung der Gewalt.

Sehr konstruktive Vorschläge macht das Saarland: Auch nichtpolizeiliche Rettungskräfte sollten konsequent in "Deeskalation, Kommunikation und Selbstschutz" geschult und aufgefordert werden, Gewalt konsequent zu melden. Das bedinge auch eine "verbindliche Erfassung beim Arbeitgeber/Dienstherrn" sowie ein standardisiertes Meldeverfahren. Weiterhin seien "interne und externe Unterstützungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen" für die Organisationen hilfreich.

#### Die Täter

Die Ursachen der Angriffe sind unterbeleuchtet, trifft das auch auf die Tatverdächtigen zu? Nicht alle Länder haben entsprechende Antworten geliefert, aus denen sich eine allgemeingültige Regel ableiten ließe. Zudem bilden die Angaben der Ministerien nur ab, wer verdächtig ist, aber nicht, wer tatsächlich verurteilt wird. In den vorliegenden Rückmeldungen lässt sich jedoch eine Tendenz erkennen, um welche Personengruppe es sich bei den Angreifern häufig handelt. Sie kann grob umrissen werden mit den Stichworten männlich, deutsche Staatsangehörigkeit, alkoholisiert.

Welche Auswirkungen hat es, wenn diese Menschen Helfenden mit Gewalt begegnen?

#### **Das Ehrenamt**

Das Ehrenamt bleibt in der amtlichen Statistik unsichtbar: Die gelieferten Daten schlüsseln nicht auf, ob hauptoder ehrenamtliche Helfer und Helferinnen betroffen waren, obwohl Freiwillige einen großen Beitrag leisten bei Rettungen. Zur Einordnung: Laut Deutschem Feuerwehrverband waren Ende 2020 insgesamt 1.006.638 Menschen in freiwilligen Feuerwehren aktiv, damit engagieren sich knapp 75 Prozent der Wehrleute in ihrer Freizeit. Auch Rettungsdienste arbeiten mit Ehrenamtlichen, so hatte etwa das Deutsche Rote Kreuz 2022 rund 193.000 hauptamtlich Mitarbeitende – und 442.000 ehrenamtliche.

#### **Das Fazit**

Die Bestandsaufnahme macht deutlich: Es gibt sichtbare, zählbare Hinweise auf einen Anstieg der Gewalt gegen Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst. Ein umfassendes Bild zur Lage der Betroffenen lässt sich jedoch nicht zusammensetzen, dazu fehlen seriöse Vergleichsmöglichkeiten auf Grundlage statistischer Standards und wissenschaftliche Befunde. Was beim Blick auf Zahlen und Daten definitiv zu kurz kommt: den Fokus auf die Opfer zu richten und die potenziellen gesellschaftlichen Folgen insbesondere für ehrenamtliches Engagement in Deutschland.

Nina Lenhardt und Marius Meyer

## Historischer Tiefpunkt

#### Opferentschädigung: Ämter lehnen fast jeden zweiten Antrag ab

Die staatliche Hilfe für Gewaltopfer hat im vergangenen Jahr einen historischen Tiefpunkt erreicht. Die Versorgungsämter lehnten 47,3 Prozent aller Anträge auf Unterstützung nach dem Opferentschädigungsgesetz ab, noch mehr als im Minus-Rekordjahr 2021 (46,6 Prozent). Auch die Antragsquote ist so schlecht wie noch nie: Sie liegt nur noch bei 7,6 Prozent im Vergleich zu den erfassten Gewalttaten in der Polizeilichen Kriminalstatistik (15.021 Anträge, 197.202 Taten). Im Vorjahr waren es noch 9,1 Prozent, was auch schon der zweitniedrigste Wert seit Erfassung der Zahlen war.

"Es ist ein Trauerspiel", sagt Bianca Biwer, Bundesgeschäftsführerin des WEISSEN RINGS, Deutschlands größter Hilfsorganisation für Kriminalitätsopfer. "Jedes Jahr veröffentlichen wir die aktuellen Zahlen zur Opferentschädigung, jedes Jahr mahnen wir bei Politik in Bund und Ländern Verbesserungen an – und trotzdem müssen wir im Folgejahr regelmäßig neue Negativrekorde vermelden." Der Staat lasse jedes Jahr Tausende Menschen hilflos zurück, die unverschuldet in Not geraten seien.

Wenn die Behörden wie im vergangenen Jahr fast 50 Prozent der Anträge abgelehnt haben, dann bedeutet das im Umkehrschluss nicht, dass die andere Hälfte der Opfer Hilfe bekommen hat: Nur gut ein Viertel der Entschädigungsanträge (26,2 Prozent) wurde von den Ämtern genehmigt – auch das ist ein Tiefstand. Einzig im Jahr 2019 lag die Anerkennungsquote noch niedriger. Die übrigen Antragsteller blieben ohne Hilfe: 26,5 Prozent der Anträge bekamen den Stempel "erledigt aus sonstigen Gründen". Sonstige Gründe können zum Beispiel der Tod des Antragstellers sein, die Weitergabe des Falls in ein anderes Bundesland oder die Rücknahme des Antrags durch den Betroffenen.

Die Zahl der Erledigungen aus sonstigen Gründen hat in den vergangenen Jahren stetig zugenommen. Der WEISSE RING geht davon aus, dass sich hinter dieser Zahl zu einem großen Teil Anträge verbergen, die von den Opfern zurückgezogen werden. "Wir wissen aus unseren Recherchen, dass zahlreiche Betroffene durch jahrelange Verfahren, Begutachtungen und die damit verbundenen psychischen und finanziellen Belastungen zermürbt sind", sagt Bundesgeschäftsführerin Biwer. Eine bundesweit einheitliche Erfassung über die Rücknahmegründe gibt es bislang nicht.

Die Analyse der Zahlen aus dem vergangenen Jahr stützt die Erkenntnisse zur Umsetzung des OEG, die die Redaktion des WEISSEN RINGS durch eine umfassende Recherche gewonnen und 2022 als #OEGreport im Magazin "Forum Opferhilfe" und im Internet veröffentlicht hat. Dazu gehören auch die zum Teil sehr großen Unterschiede in der Entscheidungspraxis der Bundesländer: Die Ablehnungsquote reichte im vergangenen Jahr von 36,6 Prozent in Niedersachsen bis zu 63,6 Prozent in Schleswig-Holstein, das im Bundesvergleich auf dem letzten Platz landete.

Zum 1. Januar 2024 wird die Opferentschädigung im Sozialgesetzbuch XIV neu geregelt, was zahlreiche Verbesserungen für Betroffene zur Folge haben soll. Der WEISSE RING hat sich mehr als zehn Jahre lang für diese Novellierung des Gesetzes eingesetzt. "Die Verantwortung dafür, dass die neuen Reglungen auch tatsächlich die gewünschte Wirkung entfalten können, liegt nun bei den Landesparlamenten und Landesregierungen", mahnt Bianca Biwer. "Gesetzliche Verbesserungen helfen nur, wenn sie bei den Opfern auch ankommen."

#### Karsten Krogmann

#### Opferentschädigung in Deutschland

Mit dem 1976 verabschiedeten Opferentschädigungsgesetz (OEG) verpflichtet sich der Staat, Opfer von Gewalttaten, wie etwa Körperverletzung, häusliche Gewalt oder sexueller Missbrauch, zu unterstützen. Sie sollen vor gesundheitlichen und wirtschaftlichen Nachteilen durch die Tat geschützt werden, der Staat soll laut Gesetz zum Beispiel Kosten für medizinische Behandlungen oder Rentenzahlungen übernehmen.



Mehr zum Thema OEG
www.forum-opferhilfe.de/OEG

# Zwischen Euphorie und Frustration

Gudrun Stifter hat selbst erfahren müssen, wie der Staat Gewaltopfer allein lässt. Die Münchenerin nimmt das nicht hin – sie kämpft in ganz Deutschland für eine bessere Umsetzung des Opferentschädigungsgesetzes (OEG). Um das zu erreichen, hat sie gemeinsam mit anderen in sämtlichen Bundesländern Petitionen eingereicht. Die Redaktion des WEISSEN RINGS hat die junge Frau mehr als ein halbes Jahr begleitet und dabei erlebt, wie sie sich auf der politischen Bühne immer weiter professionalisierte und erste Erfolge feierte, aber auch immer wieder Rückschläge hinnehmen musste.

#### Januar 2023, Bremen:

Es ist längst dunkel, vor dem Haus der Bremischen Bürgerschaft herrscht an diesem Freitagabend eisige Kälte, aber Gudrun Stifter scheint das alles gar nicht wahrzunehmen. Sie lächelt nicht, sie lacht, die Anspannung des Tages ist ihr sichtlich von den Schultern gefallen. 60 Minuten dauerte ihr Termin vor dem hiesigen Petitionsausschuss, viermal so lange wie eigentlich geplant nahm sich die Runde Zeit für das Anliegen der jungen Frau aus München: das Opferentschädigungsgesetz, kurz OEG, gerechter zu machen.

Voller Hoffnung war sie nach Bremen gefahren, sieben Seiten hatte sie in der Nacht noch geschrieben und kaum ein paar Stunden geschlafen. Gudrun Stifter wollte gut vorbereitet sein, es war schließlich das erste Mal, dass sie vor Politikern und Politikerinnen im Ausschuss sprechen konnte. Um diese dafür zu gewinnen, die Umsetzung eines Bundesgesetzes in dem kleinen hanseatischen Bundesland zu verbessern.

Gudrun Stifter ist keine Politikerin, keine Juristin, keine Lobbyistin. Sie ist ein einzelnes Gewaltopfer und sie ist eine Aktivistin, die sich nicht nur in Bremen eigeninitiativ mit ihrer "Petition L20–567" für die Rechte von Betroffenen einsetzt – sondern mit Petitionen in ganz Deutschland. "Wenn ich es nicht mache, macht es keiner", sagt sie.

#### Rückblick, Sommer 2021, München:

Es gibt Menschen, deren Leben wie am Reißbrett gezeichnet verläuft: Karriere, Kinder, ein eigenes Haus, alle Träume erfüllend.

Gudrun Stifters Leben gehört nicht dazu.

Ihr Leben ist über Jahre hinweg immer wieder geprägt von Gewalt, als Zeugin, als Opfer. Traumata statt Träume. So wie an diesem Sommerabend im August 2021, als sie



Gudrun Stifter setzt sich bundesweit für eine Verbesserung der Opferentschädigung ein · Foto: Christian J. Ahlers

zufällig einem flüchtigen Bekannten begegnet, der die damals 27-Jährige mehrfach vergewaltigt. Heimlich gelingt es Stifter, WhatsApp-Nachrichten an ihre Mitbewohner zu schreiben; die müssten doch noch wach sein? Niemand reagiert. Irgendwann kann sie selbst den Notruf wählen, die Polizei befreit sie aus der Gewalt des Täters. Als dieser Monate später zu einer Freiheitsstrafe von sieben Jahren verurteilt wird, hat Gudrun Stifter fast alles verloren: ihre Ausbildung, ihr Zuhause, Freunde. Die Mitbewohner schmissen sie aus der WG, "weil die nichts mit der Kriminalpolizei zu tun haben wollten", sagt sie. Zwischenzeitlich ist sie obdachlos, lässt sich aus Verzweiflung selbst in eine Klinik einweisen, kommt später bei Bekannten und einem Freund unter.

Obendrein erhält Stifter eine Rechnung von ihrer Krankenkasse über mehrere Hundert Euro: Sie müsse auch als Opfer die Laborkosten für alle Tests auf sexuell übertragbare Krankheiten selbst tragen. Ebenso für die



In Bremen spricht die junge Frau erstmals in einem Petitionsausschuss · Foto: Nina Lenhardt

"Pille danach", um eine durch die Tat möglicherweise verursachte Schwangerschaft zu verhindern.

Sie ertrage einiges, sagt Stifter, "aber Ungerechtigkeit nicht".

Sie recherchiert nächtelang, schreibt Briefe an die Krankenkasse und reicht eine Petition im bayerischen Landtag ein: Der Staat solle diese Kosten übernehmen und nicht auch noch den Opfern aufbürden. Ihre Hartnäckigkeit zahlt sich aus, mittlerweile beschäftigt sich der Bundestag mit dem Antrag, Zeitungen und das Fernsehen berichten über ihren Fall. Schließlich zahlt die Krankenkasse, teilt aber mit, dass es sich um eine "Einzelfallentscheidung" handele.

#### "Ich ertrage einiges, aber Ungerechtigkeit nicht."

**Gudrun Stifter** 

#### Sommer und Herbst 2022, München:

Gudrun Stifter hat nach der Tat in ihrem Bundesland einen Antrag auf Opferentschädigung gestellt und merkt schnell: "Da ist ein dickes Fell nötig." Als die Redaktion des WEISSEN RINGS im Juni 2022 den "OEG-Report" veröffentlicht, ist das für sie eine Initialzündung "zum richtigen Zeitpunkt", wie sie später sagt.

Der Report belegt: Wer in Deutschland von einer Gewalttat betroffen ist, muss oft jahrelang um die Anerkennung seines Leids kämpfen. Die Recherche zeigt auch, dass der Staat bei der Umsetzung des eigentlich gut gemachten Opferentschädigungsgesetzes oftmals scheitert. Mehr noch: dass die Betroffenen die häufig jahrelangen Verfahren als retraumatisierend und zermürbend erleben. Nicht wenige geben irgendwann auf, zu belastend ist die Auseinandersetzung mit Behörden.

Stifter findet ihre Erfahrungen im "OEG-Report" wieder, erfährt, dass sie nicht allein ist, dass es so viele andere gibt, denen es ähnlich geht. Sie will das, diese "himmelschreiende Ungerechtigkeit", nicht hinnehmen. Sie will zeigen, dass hinter jeder Zahl, hinter jedem abgelehnten OEG-Antrag ein Schicksal steht. Am besten könnte das gelingen mit Petitionen in allen Bundesländern, denn die sind verantwortlich für die Umsetzung des OEG in der Praxis.

Was treibt sie an? Sie habe ein empathisches Herz, antwortet die junge Frau, "ich bin tatsächlich ein sehr altruistischer Mensch".

Nächtelang quält sie, die sich selbst als Nachteule bezeichnet, sich also am Schreibtisch in ihrer Wohnung, in der sie mittlerweile lebt, durch Gesetzestexte, studiert statistische Auswertungen, tippt erste Bausteine für Petitionen in ihren Laptop, erstellt die Webseite petitionen-oeg.de und richtet Social-Media-Kanäle ein. Sie vernetzt sich virtuell mit anderen Betroffenen, tauscht sich mit Experten aus, darunter Jörg Michael Fegert, einem Psychotherapeuten und Hochschulprofessor, oder mit Münchener Landespolitikerinnen.

Sie erinnert sich, wie schockiert Vertreterinnen und Vertreter von FDP und Grünen gewesen seien, als sie ihnen das erste Mal über die Probleme bei der Umsetzung des OEG berichtete: "Die Missstände waren ihnen nicht bekannt." Stifter tat es gut, wahrgenommen zu werden, "dass jemand zugehört hat, dass meine Aussagen und die Fakten ernst genommen wurden. Dass mir geglaubt und ich unterstützt wurde. Das gab mir Auftrieb, weiterzumachen".

Gemeinsam mit ihren Mitstreiterinnen und Mitstreitern reicht Stifter schließlich Petitionen in allen deutschen Landtagen ein. Der Tag ist sorgfältig ausgewählt: Die Aktion startet am 2. Oktober, dem internationalen Tag der Gewaltlosigkeit. Und Mahatma Gandhis Geburtstag, wie Gudrun Stifter auf ihrer Homepage schreibt.

Die Reaktionen in Form von Einladungen zu Petitionsund Sozialausschüssen in mehreren Bundesländern lassen nicht lange auf sich warten. Stifter versucht, jeden der Termine wahrzunehmen, reist von frühmorgens bis spät in die Nacht quer durch die Republik.

Wie groß das alles werden würde, das habe sie damals "nie geahnt", wird sie rund ein Jahr später sagen. Und auch nicht, wie anstrengend das werden würde.

Für die junge Frau bricht nach dem Einreichen der Petitionen eine Zeit an, in der sie in wenigen Monaten fünf Ordner mit Petitionsvorlagen, Anträgen, Behörden-Antworten, Rechtfertigungen und Einladungen füllen wird. In der sie eine Homepage ständig aktualisieren wird, einen Instagram-Kanal befüllen und auf Community-Fragen in einer Facebook-Gruppe antworten wird. In der sie Medien Interviews geben, Mails an Wissenschaftler schreiben und Telefonate mit Politikerinnen führen wird.

Eine Zeit, in der Gudrun Stifter von einer Betroffenen zur Projektmanagerin, Pressesprecherin, Ansprechpartnerin und Fachreferentin in Personalunion werden wird. Und dabei zwischen Euphorie und Resignation pendeln wird.

Erste Station: Petitionsausschuss in Bremen. Gudrun Stifter trägt erstmals ihr Anliegen vor Politikerinnen und Politikern vor • Foto: Nina Lenhardt

#### Januar 2023, Bremen:

Als der Vorsitzende des Petitionsausschusses Claas Rohmeyer (CDU) erwähnt, dass Gudrun Stifter extra von München nach Bremen gereist ist, wird anerkennend auf die Tische geklopft. Es ist ein Freitagnachmittag, die Politikerinnen und Politiker sitzen hier ehrenamtlich, haben gerade eine lange Anhörung hinter sich, Tablets und Smartphones werden bedient, Unterlagen durchgeblättert, gelangweilt, ermüdet wirkt das zum Teil. Stifter, aufgeregt, aber sortiert, legt los: "Ich bin selbst Opfer von zwei Verbrechen geworden." Da halten die meisten inne, horchen auf, hören von da an aufmerksamer zu.

25 Minuten, so lange braucht die 29-Jährige, so lange darf sie auch sprechen. Danach nimmt der Leiter des Versorgungsamts Stellung. Ein Wahnsinnsthema sei das, "das sind dicke Bretter, die Sie da bohren". Er verstehe ihre Ansätze und teile die Kritik des WEISSEN RINGS, auf die sie Bezug nimmt. Es stimme: Das OEG sei bundesweit wenig bekannt, das sei die Ursache für die niedrige Antragsquote, "das kann nicht sein". Dann zählt er auf, was auf Bundesebene gerade passiere. "Die Verfahren sind belastend für die Opfer, auch wenn wir versuchen, sie sensibel zu gestalten." Der Gesetzgeber sehe vor, dass die Opfer eine Nachweispflicht haben, das sei die Ursache dafür, dass es wenige Anerkennungen und viele Rückzieher gebe. Es folgen Fragen der Ausschussmitglieder. Dann kündigt der Vorsitzende an, eine Stellungnahme des Landesopferschutzbeauftragten einzuholen.

Nach einer Stunde steht Gudrun Stifter also draußen in der Kälte. Der Ausschussvorsitzende kommt dazu, sagt, sie habe ihnen das Feld "sehr eindrucksvoll nahegebracht". Zwar sei im Mai Wahl und es werde dann eine neue Zusammensetzung im Ausschuss geben. Aber das Thema werde der parlamentarischen Arbeit erhalten bleiben, versichert er und unterstreicht: "Das ist eine große politische Herausforderung."

"Ich muss immer noch tief durchatmen." Stifter hatte mit Ablehnung gerechnet, jetzt ist sie "überwältigt". Davon, dass sie so lange das Wort hatte. Von der Zugewandtheit der Ausschussangehörigen. Vom verständnisvollen Auftreten des Amtsleiters. Von der Kontaktaufnahme von Mustafa Öztürk (Grüne), der ihr Anliegen auf Bundesebene heben will. Die Reise in den Norden hat sich gelohnt.



Der Landtag in München: In ihrem Bundesland erfahren Gudrun Stifter und vier Mitstreitende Ablehnung • Foto: Christian J. Ahlers

#### März 2023, München:

Während sich eine pechschwarze Wolkenwand über das prachtvolle Maximilianeum schiebt, den altehrwürdigen Sitz des Bayerischen Landtags, pfeift der Wind durch die Gänge im Südgebäude. In Saal S401, in dem der Sozialausschuss tagt, hat Gudrun Stifter auf der vordersten Bank im Zuschauerbereich Platz genommen. Anders als zwei Monate zuvor in Bremen, ist sie diesmal nicht allein gekommen. Neben ihr sitzen

... Anne C., die vergeblich Gerechtigkeit für ihren Sohn David beim Freistaat eingefordert hatte. David war ein Gewaltopfer, das nach langem Kampf um Anerkennung nach dem OEG "nicht mehr konnte", wie seine Mutter sagt, und sich das Leben nahm.

... Monica Gomes, die nach eigenen Worten ständige Retraumatisierungen erleidet durch die Schriftwechsel mit dem Amt, das ihren OEG-Antrag prüft. Das Öffnen des Briefkastens ist für sie längst unerträglich geworden.

... Wolfgang, Monicas Lebensgefährte, der vor Sitzungsbeginn noch DIN A4 große Zettel verteilt, mit der Überschrift: "Das OEG-Verfahren: ein deutscher Skandal."

... Frau A., die jahrelang mit den Behörden um die Anerkennung ihres OEG-Antrags kämpfen musste. Verhandelt wird an diesem Donnerstagmorgen der Antrag "Drucksache 18/26435: Wirksamkeit für das Opferentschädigungsgesetz (OEG) erhöhen: Betroffenen endlich gerecht werden". Auf drei Seiten haben Landtagsabgeordnete von FDP, Grünen und SPD – im Bund stellen die Parteien die Regierung, in Bayern die Opposition – die Forderungen von Gudrun Stifter aufgegriffen, haben bei der Ausarbeitung des Antrags eng mit ihr zusammengearbeitet. Für Stifter ist das eine zuvor "unvorstellbare, große Ehre".

Nur: Wirklich gerecht wird die Diskussion dem Anliegen der Betroffenen nicht, ist sich das Quintett aus der ersten Reihe später einig. Über die, um die es in dieser Geschichte geht, sei zwar gesprochen worden, aber nicht mit ihnen. "Das hat mich, ehrlich gesagt, sehr traurig gemacht", sagt Monica Gomes. Sie habe sich wie Luft gefühlt, "obwohl die Abgeordneten einen natürlich gesehen haben".

Auch Gudrun Stifter macht kein Geheimnis daraus, wie gern sie beim verbalen Schlagabtausch mit CSU, Freien Wählern und AfD mitgemischt und ihr Anliegen persönlich präsentiert hätte. So wie in Bremen. Weil sie weiß, dass Politikerinnen und Politiker Opfern eher zuhören als der Opposition. Dabei hatten die Abgeordneten Julika Sandt (FDP) und Kerstin Celina (Grüne) alle Punkte vorgetragen, die Stifter selbst in ihren Petitionen nennt.

Die Politikerinnen erzählen die Geschichten von Betroffenen aus ganz Deutschland. Menschen wie Alexei Kreis, der nach einer Schlägerei vor einer Diskothek zum Pflegefall wurde und dessen Familie Jahre auf Anerkennung des OEG-Antrags warten musste, oder Matthias Corssen, der von einem Krankenpfleger fast totgespritzt wurde und dem es mit der Bürokratie anschließend ähnlich erging. Es werden Statistiken und Recherchen des WEISSEN RINGS zitiert, die die sehr unterschiedliche Praxis bei der Umsetzung des OEG in den Bundesländern offenbaren. Die Abgeordneten untermauern damit ihre Forderungen, die auch in Stifters Petitionen stehen:

- **1.** Schaffung einer externen und unabhängigen Monitoringstelle für die Umsetzung des OEG und des Sozialgesetzbuches (SGB) XIV.
- **2.** Schaffung einer unabhängigen Beschwerdestelle für Gewaltopfer und Angehörige von Opfern von Mordsowie Tötungsdelikten.
- **3.** Start einer Informations und Aufklärungskampagne über die Ansprüche und Leistungen nach dem OEG und SGB XIV.

CSU, Freie Wähler und AfD beeindrucken die Schilderungen und Zahlen nicht. Sie argumentieren trocken dagegen: Im SGB XIV, das 2024 das OEG ablösen wird, sei eine bundesweite Evaluierung ja schon vorgesehen. Außerdem gebe es bereits ein ausreichendes, umfassendes Hilfsnetzwerk für Betroffene und der bisherige Rechtsweg sei ausreichend.

"Wir hätten dies in wenigen Sätzen widerlegen können", sagt Gudrun Stifter. Die Diskussion sei für sie "nahezu unerträglich" gewesen. Nicht nur, weil einige Politikerinnen und Politiker "abgelenkt" gewirkt hätten. Die "negativen Erfahrungen, die Schwierigkeiten mit dem Rechtssystem, die erlittenen Schäden und so weiter" seien ihnen, den Betroffenen, abgesprochen worden. "Sie haben sich nicht mit den Petitionen und Hintergründen befasst, oder damit, dass das Gesetz in der Umsetzung scheitert. Sie verstehen es nicht. Und sie befassen sich damit nicht. Das macht mich wütend", sagt Stifter. Kurz lächelt sie verlegen.

Im nächsten Moment schaut sie wieder ernst: Eine Vertreterin des Staatsministeriums hatte als weiteres Gegenargument angeführt, eine Beschwerdestelle sei ja auch belastend für Gewaltopfer. "Das finde ich unglaublich: Wenn wir das nicht wollen würden, würden wir es ja nicht fordern." Für Stifter ist das nichts anderes als "Gaslighting", eine Form gezielter Manipulation, mit der eine andere Person derart verunsichert wird, dass sie an ihrer eigenen Wahrnehmung zu zweifeln beginnt.

Dass der Antrag von FDP, SPD und Grünen ebenso wie die unter Ausschluss der Öffentlichkeit besprochenen Einzelpetitionen schließlich abgelehnt werden, überrascht die Petenten nicht. Enttäuscht sind sie trotzdem.



In München dürfen die Betroffenen nur zuhören, wie über sie und nicht mit ihnen gesprochen wird · Foto: Christian J. Ahlers

#### April 2023, Dresden:

"Guten Tag, Gudrun Stifter mein Name", stellt sich die Frau mit dem blonden Pferdeschwanz vor, lächelt, ist aber merklich aufgeregt. "Ich bin die Initiatorin einer deutschlandweiten Petitionsaktion von Gewaltopfern."

Wenn Politikerinnen und Politiker öffentlich auftreten, etwa bei Bürgerdialogen oder Fachveranstaltungen, können sie nicht oder zumindest nur schwer ausweichen. Das erfährt auch Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) an diesem ersten Samstag im April, an dem er sich bei einer 24-Stunden-Diskussion des Vereins "Fortschritt, Vision, Diskurs" Fragen zum Thema Inklusion stellen lässt.

Stifter weiß, dass der Landeschef erst ein paar Monate zuvor bei einer Podiumsdiskussion des WEISSEN RINGS vor rund 300 Menschen versprochen hatte, das Thema OEG in Sachsen zu evaluieren und bundesweit auf die Tagesordnung der Ministerpräsidentenkonferenz im Jahr 2024 zu setzen. Sie will, dass Kretschmer dieses Versprechen nicht vergisst und auch wirklich Wort hält. Dafür ist sie von München in die sächsische Landeshauptstadt gereist – für eine Minute und 44 Sekunden Redezeit.

Sie befasse sich mit "Inklusion in einem etwas weiteren Bereich", sagt sie augenzwinkernd, eben dem OEG, und trägt ihre Forderungen vor. Unterstützung erhalte sie unter anderem vom Dachverband der Opferschutzorganisationen in Europa, Victim Support Europe (VSE). Der sei ebenfalls der Ansicht, dass auch mit der Reform des Gesetzes im Jahr 2024 die "qualitative und quantitative Evaluation nicht ausreichen werde".

Die 29-Jährige streicht sich durch das Haar, sie wirkt nervös, löst immer wieder die Hände voneinander, um sie kurz darauf wieder ineinander zu legen. "Was haben Sie explizit geplant, um die Evaluation zu ermöglichen und gegebenenfalls auch die Partizipation von Betroffenen und Experten wie Anwälten, Ärzten …?" Kretschmer lässt Stifter nicht ausreden, unterbricht sie mit seiner wenig konkreten Antwort. Er habe erst letztens wieder mit dem sächsischen Landesvorsitzenden des WEISSEN RINGS über das OEG gesprochen. Er habe ja versprochen, dass Sachsen sich dort anders aufstellen werde, Beweislastumkehr und so, man wolle da schon etwas erreichen, sagt der Politiker. Und: "Ich teilte die Interessen und die Haltung, die Sie vermitteln, und glaube, dass man da vieles besser machen kann."

"Vielen Dank", sagt Gudrun Stifter und strahlt.



Gudrun Stifter in Bremen: Die vielen und langen Reisen quer durch die Republik werden nach mehr als einem halben Jahr Spuren hinterlassen haben · Foto: Nina Lenhardt

#### Juni 2023, München:

Gudrun Stifter weiß, was jetzt kommt.

Es ist kurz vor Mitternacht und der Bayerische Landtag nur noch gut zur Hälfte gefüllt, als die Debatte um den 13. Tagesordnungspunkt beginnt und Stifter, die auf den Rängen oberhalb des Plenums sitzt, ein "Déjà-vu" erlebt: Dieselben Rednerinnen und Redner tauschen dieselben Argumente zur Wirksamkeit des Opferentschädigungsgesetzes aus, wie schon Monate zuvor ein paar Meter weiter im Saal S401 im Südgebäude. Die FDP konnte den Antrag trotz Ablehnung im Sozialausschuss in den Landtag einbringen.

Aber auch diese Abstimmung endet so wie die im März: Die Mehrheit ist dagegen.

Noch im Plenum nimmt die Grünen-Politikerin Kerstin Celina ein Selfie auf und postet es auf Instagram, schreibt dazu trotzig: "Dann ändern wir es halt im Bund. Danke Ampel, schon im Voraus."

Die Uhr zeigt 5 nach 12 an. "Wie passend", kommentiert Stifter. Was sie meint: Aus Sicht der Betroffenen ist es allerhöchste Zeit, dass sich etwas ändert.

#### Juli 2023, Magdeburg:

"Noch mehr als eine Stunde Zeit", stellt Stifter an einem Mittwoch um kurz vor 10 Uhr fest, als sie auf den grauen Magdeburger Bahnhofsvorplatz tritt. "So viel Zeit habe ich sonst nie", sagt sie und lacht. Sie sieht erschöpft aus. Seit kurz nach vier Uhr in der Früh ist die junge Frau schon unterwegs, viel geschlafen hatte sie schon die Nacht zuvor nicht. Anders als vor einem halben Jahr in Bremen, muss sie den heutigen Termin in der Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts aber nicht mehr vorbereiten, sie weiß genau, was sie sagen wird.

Um 11:20 Uhr soll sie sich beim Landtag anmelden, der Weg führt durch die Altstadt, vorbei am Faunenbrunnen, hin zur exzentrischen "Green Citadel" von Friedensreich Hundertwasser. Ein paar Schritte weiter liegt das weniger spektakuläre, aber doch eindrucksvolle Landtagsgebäude, das früher einmal als Sitz einer Ingenieursschule fungierte.

Drinnen tauscht Stifter ihren Personalausweis gegen einen gelben Tagesausweis und postet das obligatorische Selfie vor den Landesflaggen auf Instagram, so wie sie es in jeder Landeshauptstadt macht, um ihre Follower in den Sozialen Medien mitzunehmen.

"Wir hatten hier schon ähnliche Anträge", sagt die Vorsitzende des Petitionsausschusses ein paar Minuten später. Sie meint die OEG-Petitionen von Stifters Mitstreiterinnen und Mitstreitern, die wenige Monate zuvor am selben Ort besprochen und zur juristischen Prüfung weitergegeben wurden. Da die Einordnung des Rechtsausschusses noch aussteht, schlägt eine Angehörige des Ausschusses vor, die heutige Besprechung zu verschieben.

Gudrun Stifter sitzt schräg rechts hinter der Frau, hat die Beine übereinandergeschlagen und presst die Hände ineinander. Ist es schon vorbei, bevor es überhaupt begonnen hat? Und dafür der ganze Aufwand, das frühe Aufstehen, die lange und teure Fahrt, wo ihre finanzielle Situation eh schon schwierig ist? "Nein", entscheidet die Vorsitzende und bittet Stifter in das Plenum.

Also legt die Aktivistin los. Sie referiert über die Probleme in OEG-Verfahren, zitiert routiniert Gesetze, belegt ihre Ausführungen aus dem Gedächtnis mit Zahlen und Studien. Einen Spickzettel wie in Bremen benötigt sie nicht mehr. Aus der einzelnen Betroffenen Gudrun Stifter aus Süddeutschland ohne Erfahrung auf dem politischen Parkett, die im Januar sagte, es koste sie Überwindung, in der Öffentlichkeit zu stehen, ist in den vergangenen Monaten eine erfahrene Kämpferin für die Belange von Gewaltopfern geworden.

Dass hier ein Opfer Opferinteressen vertreten kann, wirkt: Anders als im März in München hören die Ausschussangehörigen aufmerksam zu, stellen Nachfragen.

Auch wenn die Abstimmung über den Antrag dann doch verschoben wird, bis die Empfehlung des Rechtsausschusses vorliegt, ist Stifter zufrieden. Gerade, als sie den Stuhl nach hinten rückt, um aufzustehen, dreht sich die Vorsitzende zu ihr und fragt neugierig. "Sie sind ja auch in anderen Bundesländern aktiv. Wie war da denn so die Resonanz?"

Gudrun Stifter schmunzelt und antwortet: "Sehr unterschiedlich!"

#### August 2023, München:

Manchmal sitze sie nachts vor dem Laptop und könne einfach nichts mehr schreiben, sagt Gudrun Stifter. Die letzten Monate seien sehr anstrengend gewesen. Und dann sind da noch die Ablehnungen ihrer Petitionen, in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Hamburg und Bayern. In anderen Ländern wie Bremen oder Sachsen-Anhalt steht die Entscheidung noch aus. Frustrierend sei das, sagt die Münchenerin.

Neulich hat Stifter bei Facebook eine Nachricht erhalten: Ihr Engagement hat die Angehörigen eines Mordopfers ermutigt, ihre Probleme mit dem OEG öffentlich zu machen. Stifter zieht Kraft aus Nachrichten wie diesen.

Die benötigt sie auch. Hier unterstützt sie die Uniklinik Ulm bei der Auswertung einer wissenschaftlichen Umfrage zu Gewaltopfern, dort plant sie den Schritt in Richtung Bundesebene. Und, und, und. Es bleibt noch viel zu tun für Gudrun Stifter.

Christian J. Ahlers und Nina Lenhardt

Transparenzhinweis: Die Kosten für Gudrun Stifters Reisen nach Bremen und zur VSE-Konferenz nach Berlin hat der WEISSE RING übernommen. Der Verein hat ihr auch Unterstützung für ihr Vorhaben auf Bundesebene zugesagt.

## Kurz notiert

#### Katholische Kirche muss hohes Schmerzensgeld zahlen

Das katholische Erzbistum Köln ist zur Zahlung von 300.000 Euro Schmerzensgeld an ein Missbrauchsopfer verurteilt worden. Der Betroffene, ein früherer Messdiener, war in den 1970ern mehr als 300 Mal von einem inzwischen verstorbenen Priester vergewaltigt und auf andere Weise sexuell missbraucht worden. Das Opfer ordnete das Urteil ein als "Meilenstein für die Betroffenen", deren Leid damit anerkannt werde.

Der Kirchenrechtler Thomas Schüller sieht in der Entscheidung eine "Zäsur in der deutschen Justizgeschichte". Erstmals werde die katholische Kirche durch ein staatliches Gericht zur Zahlung einer auch in der Höhe außergewöhnlichen Summe verurteilt. "Daran werden sich zukünftig auch andere Gerichte zumindest orientieren", sagte der Experte.

Das Erzbistum Köln teilte mit, es übernehme institutionelle Mitverantwortung. Deshalb habe Erzbischof Rainer Maria Woelki entschieden, in dem Fall keine Verjährung geltend zu machen. Auch wurde die Darstellung des Betroffenen nicht bestritten.

#### EU tritt Istanbul-Konvention bei

Die Europäische Union ist der sogenannten Istanbul-Konvention beigetreten. Das Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt war 2011 vom Europarat ausgearbeitet worden. Der Europarat, der kein Organ der EU ist, wacht über die Einhaltung der Menschenrechte in seinen 46 Mitgliedsstaaten.

Bis Juni 2023 wurde der Vertrag von 38 Vertragsparteien ratifiziert (37 Staaten und die Europäische Union). Er wurde von allen EU-Mitgliedsstaaten unterzeichnet und in 21 davon ratifiziert, darunter beispielsweise Deutschland, wo er am 1. Februar 2018 in Kraft trat.

#### Mehr Anzeigen wegen häuslicher Gewalt

Im Jahr 2022 hat es eine deutliche Zunahme bei den Anzeigen wegen häuslicher Gewalt gegeben. Laut Lagebild von Innenministerium, Familienministerium und Bundeskriminalamt erfolgten insgesamt 240.547 Anzeigen – eine Zunahme um 8,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. 65,6 Prozent der Opfer (157.818 Personen) waren von Partnerschaftsgewalt betroffen, 34,4 Prozent (82.729) von innerfamiliärer Gewalt.

Die tatsächliche Anzahl der Fälle von häuslicher Gewalt dürfte deutlich höher ausfallen. Die vom Bundeskriminalamt geleitete Studie "Lebenssituation, Sicherheit und Belastung im Alltag" (LeSuBiA) soll nun das sogenannte Dunkelfeld ausleuchten. Erste Ergebnisse werden für 2025 erwartet.

#### Presserat spricht Rügen aus

Bei den vom Deutschen Presserat in diesem Jahr bislang ausgesprochenen Rügen standen mehrfach die Belange von Opfern im Mittelpunkt. Insbesondere wurden detaillierte Beschreibungen von sexuellem Missbrauch beanstandet.

So erhielt beispielsweise der "Nordkurier" eine Rüge, da die Schilderung von Einzelheiten über das öffentliche Interesse hinausgehe und "das Opfer noch einmal auf entwürdigende Weise" darstelle. Die "Sächsische Zeitung" wurde wegen einer Berichterstattung über einen Gerichtsprozess gerügt, die der Rat als "unangemessen sensationell" einstufte, sie "mache die Betroffenen zum zweiten Mal zum Opfer". Auch der "Münchner Merkur" erhielt eine Rüge wegen der Beschrei-

bung von Verletzungen im Intimbereich eines Kindes. Die Folgen für das Opfer seien außer Acht gelassen worden, zudem seien Kind und Familie für einen erweiterten Personenkreis erkennbar geworden. Die Grenzen zur Sensationsberichterstattung und den Opferschutz sah der Presserat in der Online-Ausgabe der "Saarbrücker Zeitung" verletzt. Dort waren Screenshots veröffentlicht worden, auf denen ein Angriff auf eine 13-Jährige zu sehen war.

Der Deutsche Presserat ist die Freiwillige Selbstkontrolle der Printmedien und deren Online-Auftritte in Deutschland. Anhand von Beschwerden überprüft er die Einhaltung ethischer Regeln im Journalismus, die im Pressekodex festgehalten sind.

## #TrueCrimeReport: Die Reaktionen

Der #TrueCrimeReport, den die Redaktion des WEISSEN RINGS im Juni 2023 veröffentlicht hat, hat unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen. Aus den Medien gab es viel Zuspruch: Viele Journalistinnen und Journalisten haben das Thema aufgegriffen und reflektiert. In den Sozialen Medien gab es ebenfalls viele Diskussionsbeiträge. Wir veröffentlichen hier eine Auswahl der Rückmeldungen zum Thema True Crime.



#### KRITISCH GEGENÜBER TRUE CRIME

"Für Betroffene empfinde ich die Monetarisierung ihres Schicksals als höchst fragwürdig. Sieht man auch gut am Umgang mit (Klarname von der Redaktion entfernt), da wird fleißig Kasse gemacht und sie als Betroffene überhaupt nicht gehört. Nicht anders verhält es sich mit den Formaten, die True Crime etabliert haben. Wenn Betroffene wenigstens informiert werden würden, aber so steht aus meiner Sicht reines wirtschaftliches Interesse im Vordergrund, auf dem Rücken der Betroffenen. Gleichzeitig empfinde ich so manches Format als Täterglorifizierung. Auch das hat einen fahlen Beigeschmack."

"Sehr interessanter und wichtiger Beitrag. Ich habe auch über mehrere Jahre ZEIT Verbrechen gehört, bis ich mir Gedanken darüber gemacht habe, wem eine Plattform gegeben wird und auf welche Kosten dies erfolgt. Sehr häufig wird groß und breit über den Täter berichtet, während die Opfer und Angehörigen nicht selten eine Nebenrolle spielen. Und je brutaler und schauriger das Vergehen / Verbrechen ist, desto besser. Profitieren tun davon vor allem die Podcast-Hosts. Daher halte ich mich von True Crime fern und frage mich vielmehr, was es über mich aussagt, dass ich solche Geschichten beim Einschlafen hören möchte."

"Ich nenne es legale Verbrechen an Survivors. Und psychische Körperverletzung."

"Als Betroffene sehe ich die True-Crime-Berichterstattung auch sehr kritisch. Ob und wie Betroffene an die Öffentlichkeit gehen, darf jede\*r selbst entscheiden. Auch ich entscheide, ob ich mir das anschauen möchte. Trotzdem herrscht in mir das ungute Gefühl vor, dass es weniger um die Unterstützung und den Beistand für Betroffene geht, als um die "coole, spannende, prickelnde Sensation", die für Einschaltquoten sorgt."

"Kenne es. Denke, ich habe mein Trauma gut unter Kontrolle, und sobald ein Thema in die Richtung meiner Traumata geht, merke ich, wie zerbrechlich mich das ganze macht. Auch bei mir ist es nicht abgeschlossen. Ich habe aufgrund dessen eine komplexe posttraumatische Belastungsstörung."

"Seit wann gibt es diese Regelungen zur Berichterstattung?! Als ich vor 20 Jahren den Todesfall meines Vaters in einer Prime-Time-Sendung auf Pro7 sah, hatte uns niemand zuvor informiert oder gefragt, ob sie Bilder zeigen dürfen. ② Ich habe mich damals sehr über die mangelnde Sensibilität der Medien geärgert und tue es bis heute. Die Medienmacher und Konsumenten finden die Formate auch nur solange gut, bis sie irgendwann mal selbst Teil der Story sind."





Der WEISSE RING –
das sind die Menschen,
die sich für ihn einsetzen.
In dieser Ausgabe der
"Ehrensache" lernen
Sie ehrenamtliche
Mitarbeiterinnen und
Mitarbeiter aus Niedersachsen, Sachsen und
Hessen kennen.

**Inhalt** 

Goslar

**S.** 2

Meißen

S. 6

Gießen

S. 8

VSE-Konferenz in Berlin

S. 10

Aus den Ländern

S. 14

Engagement auf Instagram

S. 16

## Der Tausendsassa

r kann einfach nicht anders. Günter Koschig hat den Mann, der aus dem Goslarer Lokal tritt, torkelnd den Außenbereich durchquert und mit dem Autoschlüssel in der Hand die Parkplätze ansteuert, gleich mit scharfem Blick ins Visier genommen. Koschig sitzt an einem Tisch am Ausgang, legt Messer und Gabel weg, springt auf und fängt den Betrunkenen ab. Er setzt ihn auf eine Bank, Koschigs Tochter kommt dazu, sie sprechen mit dem Restaurantpersonal, rufen einen Freund des Mannes an und warten, bis dieser den Betrunkenen schließlich abholt.

Dass das halb verspeiste Essen auf seinem Teller längst kalt geworden ist, ist Koschig nicht mal die kleinste Bemerkung wert, beschwerdelos nimmt er das Besteck wieder in die Hände. Als wäre nichts geschehen, als wäre sein Verhalten das normalste auf der Welt. Auch Gäste an anderen Tischen hatten aufgeblickt und den offensichtlich stark alkoholisierten Mann beobachtet. Aber niemand machte Anstalten, ihm in den Weg zu treten und ihn davon abzuhalten, in sein Auto zu steigen und loszufahren. Regt sich Koschig wenigstens darüber auf, über mangelnde Zivilcourage? Fehlanzeige.

Der Leiter der Außenstelle im niedersächsischen Goslar nutzt seine Energie lieber, um sein Lieblingsthema an anderer Stelle voranzubringen. Wenn man so mag, könnte man sagen: Günter Koschig ist die Verkörperung von Zivilcourage. 2010 initiierte er die "Goslarer Zivilcourage Kampagne (GZK)", den Anlass dazu gab der Tod Dominik Brunners nach einer gewalttätigen Auseinandersetzung an einem Münchener S-Bahnhof im Jahr zuvor. Im Polizeidienst war Koschig Berater für Kriminalprävention, beim WEISSEN RING gehört er seit 1996 dem Fachbeirat Kriminalprävention an, das besondere Engagement in Richtung Zivilcourage war naheliegend. Das Ziel aus Koschigs Sicht: Handlungskompetenzen anbieten, die nicht überfordern.

Zusammen mit Projektpartnern wirbt der WEISSE RING hier im Harz und überall, wo es Koschig hin verschlägt, seitdem für ein Mut machendes Miteinander. Erklärvideos, Lesungen des Autors Fadi Saad in Schulen und Vorträge gehören zum Programm und auch die Ehrung von "Alltagshelden". Zum Beispiel den jungen Mann, den Koschig ein paar Stunden vor dem Vorfall im Lokal ausgezeichnet hat. Der hatte zwei Einbrecher beobachtet und dafür gesorgt, dass die Polizei das Duo festnehmen konnte. Koschig meint: "Diese Ehrungen sind das Wichtigste, weil sie den Menschen Mut machen, nicht wegzusehen, sondern die 110 zu wählen und den Opfern zu helfen."

Es reicht Koschig, wenn Veranstaltungen, die er organisiert, gut besucht werden. Nicht nur, aber vor allem, wenn er Kinder und Jugendliche mit seinen Aktionen erreichen kann, "da geht mir das Herz auf". Ihnen will er die Zivilcourage-Regeln nahebringen: Beobachte die Situation genau! Fordere andere zum Mithelfen auf! Präge dir Tätermerkmale ein! Wähle den Notruf 110! Kümmere dich um das Opfer! Bleib als Zeuge am Tatort! Gefährde dich nicht selbst! "Die jungen Leute sind unsere Zukunft. Wir müssen uns darum kümmern, dass sie Vertrauen in die Polizei haben und Empathie für die Opfer", meint Koschig.

Für "seine" Sache, das Werben für Zivilcourage, hat der 68-Jährige genau 116 Unterstützer und Unterstützerinnen gewinnen können, die für GZK-Postkarten und -Plakate posiert haben. Darunter sind zahlreiche Promis, die Liste reicht von Scorpions-Sänger Klaus Meine bis zur Boxweltmeisterin Regina Halmich. Solche "Magneten" sind wichtig: "Wenn wir mit Regina Halmich in eine Schule gehen und über Zivilcourage sprechen, wirkt das anders, als wenn man dort nur das Strafgesetzbuch vorträgt", erläutert er, und dabei rutschen die freundlichen Augenbrauen ein Stück nach oben über den Brillenrand hinaus, so wie immer, wenn er ins Erzählen kommt und seinen Ausführungen Nachdruck verleihen möchte. Natürlich, der ehemalige Polizist ist durchaus stolz auf die Kontakte in die Promi-Welt. Aber Koschig ist niemand, der sich überschätzt, der Name des WEISSEN RINGS sei der Türöffner gewesen für die Ansprache von bekannten Personen.

Der Erfolg bei den Promis kommt allerdings nicht von ungefähr. Koschig sieht sich als "Netzwerker",



Foto: Christian J. Ahlers

#### "Ich habe das Gefühl, hier in meinem Wirkungsbereich etwas erreichen zu können."

Günter Koschig

der sich Leute sucht, die ähnlich ticken. Er sagt: "Ich habe ein gewisses Sendungsbewusstsein, andere zu motivieren." Günter Koschig ist auch das, was seine Frau Angelika "dickfellig" nennt, manch einer könne das als aufdringlich empfinden, andere wiederum als sympathisch. Der 68-Jährige sagt: "Man kann sich auch einen Korb einfangen, aber dann macht man weiter." Man müsse resilient sein, wenn es mal nicht klappt.

Einer der langjährigsten GZK-Unterstützer ist der Schauspieler und ehemalige Mr. Universum Ralf Moeller. 1996 hat Koschig ihn das erste Mal getroffen, bei der Eröffnung des "Planet Hollywood" in Berlin. Koschig hielt den Kontakt über die Jahre aufrecht, vor mehr als zehn Jahren überzeugte er den Star und dessen Management und traf Moeller im Hamburger Hotel "Atlantik" zum GZK-Fotoshooting. "Er war total cool drauf", erinnert sich der Außenstellenleiter beim Gespräch im August. Gerade am Vortag erst hat er mit dem in Los Angeles lebenden Moeller telefoniert. Die beiden Männer verbindet neben dem gesellschaftlichen Engagement indes auch ein weiteres Thema: Bodybuilding.

Beim Bodybuilding hat Günter Koschig seine Frau kennengelernt, in einem Anbau am Haus in einem Goslarer Stadtteil finden allerlei Fitnessgeräte, Sportutensilien und ein großflächiger Spiegel Platz. Wie Koschig bei all den Terminen und Verpflichtungen für den Verein und seine Kampagne noch Zeit fürs Training hier findet, ist ein kleines Rätsel. Fakt ist aber: Der Mann hält sich fit.

Koschig ist ein Macher, immer in Bewegung, ein Tausendsassa, er meint es ernst. Schnallt sich einen Gleitschirm um, um auf eine Baumpflanzaktion aufmerksam zu machen, zieht sich ein Super-Mario-Kostüm an und

erklärt aus der Ukraine geflüchteten Kindern, wie man sich in einem Notfall am besten verhält. Sammelt Sachspenden für die Menschen in der Ukraine, bemüht sich um die Integration von Geflüchteten im Badmintonverein, dessen Vorsitzender er ist. Und nebenbei ist Koschig auch noch Stand-Up-Paddeling-Instructor, er bringt anderen den Trendsport bei.

Das alles nimmt Zeit in Anspruch. Zeit, die auch von der Familienzeit abgeht. Seine Frau und die beiden Töchter waren oft dabei, wenn Koschig im Namen des WEISSEN RINGS unterwegs war, kilometerweit durch ganz Deutschland fuhr für ein weiteres Fotoshooting, eine weitere Veranstaltung. Sie gehören dazu, sie tragen Koschigs Engagement mit, sie halten zusammen, sie sind auch aufrichtig miteinander. Beim Abendessen in dem Restaurant mit Frau, die ebenfalls ehrenamtliche Mitarbeiterin ist, und einer der zwei Töchter hört man in den Zwischentönen, dass es auch Entbehrungen sind, die dieses Ehrenamt und die Außenstellenleitung mit sich bringen, die nicht leichtfertig abzutun sind.

Das Heim der Familie Koschig erscheint im Lichte der Umtriebigkeit Günter Koschigs als eine kleine Oase. Es gibt zwar ein Büro mit Schreibtischen für die Vereinsarbeit, an den Wänden Erinnerungsfotocollagen von Treffen mit Promis, Andenken, Auszeichnungen stehen neben allerlei Trophäen, in denen sich das Engagement für den WEISSEN RING und die Zivilcourage-Kampagne manifestiert. Auch im Rest des Hauses gibt es noch an der einen oder anderen Stelle eindeutige Spuren, wie den WEISSER-RING-Kugelschreiber neben der Spüle. Von der großen Sonnenterrasse aus fällt der Blick dann jedoch in einen hübsch angelegten, gepflegten Garten, eine Holzbrücke biegt sich über einen kleinen Teich. Man hätte es nicht unbedingt erwartet, dieses idyllische Refugium ist das von Günter Koschig, ein Ort der Ruhe. Der wird "leider zu selten genutzt", aber wenn, dann kann Koschig hier runterkommen. Das "Problem" aus seiner Sicht: "Dabei kommen mir immer wieder neue Ideen."

Zurück im Trubel, wenn Koschig durch die Goslarer Innenstadt läuft, grüßt er nach links und rechts, mit der Oberbürgermeisterin ist er per Du, dann ist er selbst ein bisschen wie ein Promi. Er habe einen tollen Beruf gehabt und immer gute Impulse bekommen, das sei nicht selbstverständlich, er sieht sich in einer privilegierten Lage. "Ich will der Gesellschaft etwas zurückgeben und nicht in einer Einbahnstraße fahren", sagt der 68-Jährige. Er

fühlt sich sichtlich wohl, bei dem was und wie er es tut: "Ich habe das Gefühl, hier in meinem Wirkungsbereich etwas erreichen zu können." Er wisse, dass er hier, im Harz, nicht das Leid der Welt lindern könne. Aber kleine Schritte können etwas bewirken, davon ist Koschig überzeugt. Und er lebt vor, wie Zivilcourage im Kleinen funktioniert, wie das ganz praktisch aussehen kann, eigentlich für jeden umsetzbar, sollte man meinen: indem man sein Essen einfach mal kalt werden lässt, um für andere da zu sein.

#### Nina Lenhardt

Foto: Nina Lenhardt



#### Die Geerdete

enn bei Familie Erler früher der Gong durchs Haus tönte, kamen sie alle angelaufen: Ehemann, drei Söhne und eine Tochter, hungrig aufs Abendessen und auf Gespräche. Am großen Tisch wurde lebhaft geredet, es gab viel Pro und Contra und wurde auch mal turbulent. Inge Erler liebte es, mittendrin zu sein. Die Verschiedenheit ihrer Kinder zu erleben und die reifenden Persönlichkeiten zu begleiten, "sie auch mal aushalten und ihnen trotzen zu müssen", sagt sie. Wenn sie erzählt und dabei strahlt, spürt man, wie voll ihr Herz ist bei der Erinnerung.

"Chaos-Königin" sei sie damals oft genannt worden. "Und manchen Freunden war der Trubel auch zu viel." Inge Erler wurde es selten zu viel. Oft saß sie abends noch auf Bettkanten, sprach mit jedem Kind, bis sie selbst todmüde war. Leichte Jahre waren das nicht mit dieser Bande, "aber prägende", sagt sie. "Deshalb kann ich das, was ich heute tue. Menschen intensiv zuhören, Lotsin sein."

Seit mehr als 25 Jahren hilft Erler Menschen in Not. Von 1996 bis 2015 hauptberuflich als Sozialarbeiterin bei der Diakonie in Meißen. Seit Ende 2015 als Gründerin und Leiterin der Außenstelle Meißen des WEISSEN RINGS in Sachsen. 72 Jahre alt ist sie mittlerweile, und eigentlich hatte sie sich den Ruhestand schon längst verdient. Als Sozialarbeiterin hatte sie zwei Mal miterlebt, wie die Elbe über die Ufer trat und viele Menschen um ihr Zuhause, um Hab und Gut brachte. Sie hatte geholfen und getröstet. Sie hatte Gewaltopfer beraten, die schwer traumatisiert waren und Angst hatten, ihre Wohnung zu verlassen. Sie hatte sich um Frauen gekümmert, die sexuellen Missbrauch erfahren hatten. Erler hatte zugehört, nachgedacht, Hilfe vermittelt. Sie war gut vernetzt mit Kriseninterventionsteams, psychosozialen Diensten, Anwältinnen und Anwälten und anderen Engagierten. Als sie schließlich in Rente ging, hielt sie es genau einen Monat lang aus, nichts zu tun. "Ich wusste ja, was hier in der Gegend los ist. Und was fehlte." Was fehlte, war eine Anlaufstelle für Opfer von Kriminalität. Den WEISSEN RING kannte sie bereits, ihr Vorschlag zum Aufbau einer Außenstelle wurde in Mainz gleich begrüßt.

Wer heute Erlers Hilfe braucht, ruft sie an oder kann sie an zwei Tagen pro Monat in einem Büro in der Meißener Beratungsstelle der Verbraucherzentrale aufsuchen. Anfangs, als es das Büro noch nicht gab, saß sie mit Hilfesuchenden in Cafés. "Das war keine gute Umgebung", sagt sie, "denn oft fließen ja Tränen in diesen Gesprächen." Hat sie auch mal mitgeweint? "Ja", sagt Erler, "selbst wenn das nicht ganz professionell ist. Aber manche Geschichten sind einfach zu hart." Ein Schutzraum sei enorm wichtig, viele Opfer verspürten große Scham und Schuldgefühle. "Sie denken, sie sind selbst schuld an dem, was ihnen angetan wurde – weil sie sind, wie sie sind." Erler schüttelt den Kopf und fährt sich durch das dichte, silbergraue Haar. "Kein Opfer ist selbst schuld!"

Ihre erste Berufswahl war die soziale Arbeit nicht. Sie studierte Werkstoffwissenschaften und arbeitete als Ingenieurin im nahegelegenen Stahl- und Walzwerk Riesa, einem Volkseigenen Betrieb (VEB), wo sie in der



Foto: Hiltrud Bontrup

Forschungsabteilung an der Rezeptur für die Kufen von Profi-Rodelschlitten tüftelte. "Die besonders hart zu machen, dafür habe ich gebrannt", sagt Erler. Dass die Rodler aus der DDR bei Wettkämpfen so gut abschnitten, macht sie heute noch stolz. Nach der Wende aber wurde der Betrieb geschlossen. Erler musste neu beginnen, studierte mit Anfang 40 noch einmal, Sozialarbeit. Das Handfeste, Pragmatische hat sie mitgenommen in ihr neues Aufgabenfeld.

Ihr anderes Lieblingsmaterial, neben dem Stahl, ist Erde. Der Boden in dem sächsischen Dörfchen Staucha, in dem sie heute ihr Gemüse zieht, ist derselbe, auf dem sie ihre ersten Schritte ging. Erler war eine Hausgeburt, als

## "Kein Opfer ist selbst schuld!"

Inge Erler

drittes Kind 1951 zur Welt gekommen. Das Haus war im Krieg zerschossen worden, ihre Mutter und Tante hatten es wieder aufgebaut. Der Vater kam erst 1950 zurück, nachdem ihn die Sowjetische Militäradministration fünf Jahre im Speziallager Buchenwald interniert hatte. Versorgungsoffizier in der Wehrmacht sei er gewesen, sagt Erler, da gebe es nichts zu beschönigen. Zum Elternhaus gehörte etwas Ackerland und auch ein Pferd, das die Rote Armee beim Einmarsch zurückgelassen hatte, mit blutigen Hufen. Erlers Familie pflegte es gesund und Jahre später spannten sie und ihr Vater das Tier vor den Pflug und zogen Furchen in den Boden. "Wie gut das roch!" Sie schließt die Augen. "Erdung", das Wort benutzt sie gerne, wenn sie erzählt, wie sie an ihrem Dörfchen Staucha hängt, in dem sie ihr ganzes Leben verbracht hat. Wie sie in ihrem Zuhause auftankt, das nur wenige Schritte von ihrem Elternhaus entfernt liegt. Ganz besonders viel Erdung verspürt sie im Garten, beim Säen und Ernten und wenn die Kinder zu Besuch kommen.

Die wohnen alle in der Region und bringen heute ihre eigenen Kinder mit. Zehn Enkel gibt es mittlerweile. Höhepunkt des Großfamilienlebens sind seit 2008 die jährlichen Ausflüge an den Hölzernen See bei Königs-Wusterhausen in Brandenburg, für den sich alle Urlaub nehmen. Dann mieten sie ein Haus in einem "KiEZ", einem Kinder- und Erholungszentrum mit einfacher Einrichtung und Verpflegung, gehen baden, spielen Ball oder Wikingerschach und machen abends ihr eigenes Kulturprogramm mit Musik und Aufführungen. Und natürlich sitzen wieder alle an einem großen Tisch und Erler fühlt sich fast wieder wie früher, als Chaos-Königin. "Das ist mein Reichtum", sagt Erler. Sie weiß, wie glücklich sie sich schätzen darf mit dieser Familie, und von der Kraft, die sie daraus schöpft, gibt sie gerne etwas ab.

Nachfrage ist da. Erler schaut mit Sorge auf die Jugend, die oft naiv mit Social Media umgeht, freizügige Selfies versendet, als Täter oder Opfer verstrickt ist in Cybermobbing und die Häme von Chatgruppen. Das Bedürfnis nach schnellen Likes sei groß, sagt sie, wirkliches Interesse aneinander und Geborgenheit dagegen seltener zu finden. Aufklärung ist deshalb ihr großes Anliegen.

2025 will sie aufhören mit der Arbeit im Verein. Bis dahin aber will Erler die Angebote in Meißen noch entscheidend verändern: den heute kleinen Anteil der Prävention auf 50 Prozent steigern. Zum Beispiel, indem sie mit ihrem Team Geld für Filmvorführungen sammelt, die Kinder und Jugendliche sensibilisieren sollen. "Ben X" steht als Erstes auf dem Programm, ein Spielfilm über Cybermobbing, Gaming und Vereinsamung. Mit solchen Formaten, weiß Erler, erreicht sie die Teenager besser als bei belehrenden Vorträgen in Klassenzimmern.

Mit beiden Füßen auf dem Boden, im Kopf und im Herzen vernetzt über Generationen und mit der gesamten Region: Inge Erler weiß genau, was in der Welt vorgeht, im Guten wie im Schlechten – selbst ohne ihr Dorf je verlassen zu haben.

#### Hiltrud Bontrup

### Die Archivarin

wei Leitz-Ordner voll mit Zeitungsartikeln über die Aktivitäten der Gießener Außenstelle des WEISSEN RINGS und eine Ehrennadel – das ist die vorläufige Bilanz eines ehrenamtlichen Dienstes, der nun beinahe ein Vierteljahrhundert andauert. Karin Skib, schulterlanges braunes Haar, roter Pullover, Brille, schicke Kordelkette, ist schon ein bisschen stolz auf das, was sie bisher als Außenstellenleiterin erreicht hat. Aber zu stolz will die 64-Jährige auch nicht wirken, denn irgendwie ist der Einsatz für das Ehrenamt für sie auch selbstverständlich, hört man heraus: "Mein erster Berufswunsch in früher Jugend war es, Richterin zu werden, ich hatte schon früh einen großen Gerechtigkeitssinn", erzählt sie.

Skib absolvierte schließlich eine Ausbildung zur Industriekauffrau. Später arbeitete sie bei einer Wäschereitechnik-Firma in der Auftragsabwicklung und erwarb dabei eine Fähigkeit, die ihr auch für ihre Tätigkeit im Verein hilft: Multitasking, also die Fähigkeit, viele Dinge zu erfassen und gleichzeitig zu tun. Ende der 90er-Jahre erblindete ein Kollege, der sehr viel Kundenwissen hatte und auf den das Unternehmen nicht verzichten wollte. Skib wurde sozusagen sein Auge und seine Hand: "Damit er möglichst lange bei uns bleiben konnte, habe ich ihm die Post vorgelesen und die Hand bei Unterschriften geführt", erzählt sie. Durch ihren eigenen Job und die zusätzliche Betreuung des Kollegen hatte Skib keine andere Wahl als sich gut zu organisieren. Denn neben ihrem "Zweitjob" musste sie auch den kleinen Sohn versorgen und den Haushalt gebacken kriegen.

Karin Skib gehört zu den Menschen, denen man nicht lange erklären muss, was sie zu tun haben oder wo Arbeit anfällt. Als Außenstellenleiterin beim WEISSEN RING ist sie seit dem Jahr 2001 Seelsorgerin, Antragsbearbeiterin und Eventmanagerin in Personalunion. Eine Anpackerin. "Nur reden hilft nicht, man muss auch etwas tun", ist Skibs Motto.

Als sie das erste Mal ein Treffen in Gießen besuchte, waren die anderen Ehrenamtlichen schon deutlich älter und als der Leiter seinen Dienst quittierte, ergriff Skib die Initiative. "Ich wollte nicht, dass das Angebot in Gießen verschwindet." Sie übernahm das Amt. Nicht nur reden, machen.

Nachdem Karin Skib ihren Beruf aufgegeben hatte, entwickelte sich das Ehrenamt schnell zu einem neuen Vollzeitjob. In der ersten Zeit las sich Skib manchmal bis nachts in die Fälle ein. Wenn es sein musste, stand sie mitten in der Nacht auf, um die Frau eines amerikanischen Soldaten zur damaligen Rhein-Main Air Base der US Air Force in Frankfurt zu fahren. Dort nahmen sie ein vom Vater entführtes Kind in Empfang. Und wenn es sein musste, setzte sie sich in ein Flugzeug, um ein anderes Opfer zu einer TV-Aufzeichnung nach München zu begleiten, wo es über seinen Fall sprechen wollte – obwohl sie Flugzngst hat.

Skib weiß, was sie zu tun hat und warum: "Es bringt ja nichts 'Oh Gott, oh Gott, das ist ja schlimm' zu sagen." Man müsse den Opfern helfen und dazu brauche es eine hohe Belastbarkeit. Und ob: Das erste Jahr in der neuen Funktion war ein besonderes: Niemals vor und nach 2001 hatte es in Gießen drei Mordfälle in einem Jahr gegeben. Skib hörte Eltern und Angehörigen stundenlang zu, begleitete sie zu Gerichtsprozessen und half auch sonst, wo sie konnte.

#### "Nur reden hilft nicht, man muss auch etwas tun."

Karin Skib

Ihre Kontakte in die hessische Politik nutzt Skib im Sinne des Vereins. Sie erzählt, wie sie zum Beispiel einmal mit hochrangigen Amtsträgern über das Opferentschädigungsgesetz (OEG), das die staatliche Entschädigung von Gewaltopfern regelt, gesprochen habe und wie dabei eine Lücke im Gesetz auffiel. "Zunächst hatten Angehörige von Tötungsopfern oder auch Augenzeugen noch keinen Anspruch auf OEG-Leistungen", erklärt Skib. Später gab es eine Anpassung, nach der sogenannte Schockschäden anerkannt werden.

Neben Empathie, Belastbarkeit und Zeit nennt Skib auch Koordinierungsfähigkeit und ein geordnetes Privatleben als weitere Voraussetzungen für ihre Aufgaben. Überhaupt: vorausschauende Planung, Struktur und Effizienz, diese Begriffe passen gut zu ihr. Sie gehe nie mit leeren Händen in den Keller, sondern nehme immer gleich etwas mit runter, um den Gang optimal zu nutzen. "Durch Multitasking habe ich erst Zeit für andere Dinge", sagt Skib und klingt dabei schon fast wie eine Unternehmensberaterin.

Schlimme Gewalttaten, Mord oder Stalking beschäftigen sie oft über einen längeren Zeitraum. Aber eigentlich hört die Verantwortung nie so richtig auf, wenn man es genau nimmt. Denn wenn Karin Skib etwas verspricht, gibt es kein Verfallsdatum. Noch heute ist die Gießenerin sehr irritiert über ein Interview mit ihr in einer Lokalzeitung, das mit einer allzu reißerischen Überschrift in Bezug auf einen Mordfall erschien. Skib hatte den Fall nur am Rande erwähnt und sich damit an den Wunsch der Angehörigen gehalten, die Sache nicht immer wieder neu aufzuwärmen. "Und jetzt stellen Sie sich mal vor, die Leute schlagen die Zeitung auf und lesen diese Überschrift!" Für die Annahme, dass die Opfer mit ihrer Betreuung und Arbeit unzufrieden sind, gibt es jedoch keinen Hinweis. 2022 erhielt Karin Skib sogar den Ehrenbrief des Landes Hessen mit Ehrennadel. Mit der Auszeichnung würdigt das Bundesland soziales, ehrenamtliches Engagement in einem Verein. Mehr geht nicht.

In den vergangenen Jahren überließ die 64-Jährige die Opferarbeit immer mehr ihren Mitarbeitern, aber die Organisation der Außenstelle und Öffentlichkeitsarbeit für den Verein lassen bei ihr bis heute keine Langeweile aufkommen. Obwohl Skib einen Gang runtergeschaltet hat – so richtig loslassen, das fällt ihr schwer. Mittendrin ist sie auch deswegen, weil die Teamsitzungen seit Corona in einem ausgebauten Kellerraum ihres Hauses stattfinden, das Büro ist dafür zu klein. Die nächsten Spendenübergaben, Statistiken und Infostände wollen auch geplant sein. Seitdem sie kleine gesundheitliche Einschränkungen spürt, erlaubt sich Skib nun schon das eine oder andere Mal, vorsichtig ans Aufhören zu denken. Derzeit baut sie eine Stellvertreterin auf. Wie lange sie selbst noch an Bord sein wird, ist unsicher.



Foto: Jens Kemle

Sicher ist hingegen, dass die Noch-Außenstellenleiterin alle Unterlagen vernichten oder nach Mainz schicken muss, wenn sie irgendwann dem WEISSEN RING den Rücken kehrt. Ihre beiden Leitz-Ordner, die zu Hause auf dem Wohnzimmertisch liegen, müssen dem Datenschutz aber nicht gehorchen. Deshalb lag Karin Skib die Öffentlichkeitsarbeit von Anfang an so am Herzen: In den Ordnern sind rund 100 Zeitungsbeiträge – viele davon selbst verfasst – zusammengetragen, jeder einzelne fein säuberlich in einer Prospekthülle abgeheftet. "Die Artikel dokumentieren, was wir in den ganzen Jahren alles gemacht haben", erklärt Skib stolz. "Das ist dann mein ganz persönliches Archiv."

Jens Kemle

## Gelebter Opferschutz

## Opferschützer aus aller Welt diskutierten in Berlin

ei der Jahreskonferenz von Victim Support Europe (VSE) vom 7. bis 9. Juni in Berlin trafen sich Opferschützer und Opferschützerinnen, um über das Thema "Schutz der Grundfreiheiten – gelebter Opferschutz" zu diskutieren. Mit mehr als 300 Teilnehmenden war es die bisher größte VSE-Tagung.

Bei der diesjährigen Konferenz standen die ganz großen Themen unserer Zeit im Mittelpunkt: Demokratien stehen zunehmend unter Beschuss durch Populisten und Extremisten, Fanatiker greifen die freiheitlichen Grundwerte an, Hunderttausende Menschen sind zu Opfern von Krieg und Vertreibung geworden. Vor dem Hintergrund solcher globalen Herausforderungen diskutierten renommierte Expertinnen und Experten aus der ganzen Welt, darunter Fachleute vom FBI, dem Europäischen Jüdischen Kongress oder der deutschen Körber-Stiftung. In Vorträgen und Podiumsdiskussionen sprachen sie über Themen wie Hassverbrechen, Angriffe auf Politiker oder den Schutz von LGBTQ+-Asylsuchenden aus der Ukraine und Russland.

Petra Klein, VSE-Vize-Präsidentin und stellvertretende Bundesvorsitzende des deutschen Gastgebers WEISSER RING, sagte: "Die Konferenz hat gezeigt, dass die Mindeststandards für Opferrechte einer Überarbeitung bedürfen, da immer noch sehr wenige Betroffene den Weg zur Polizei finden." Sie betont: "Ich fand es ganz wichtig, dass sich am zweiten Konferenztag Polizei und Opferhilfsorganisationen über Opferrechte austauschen konnten, damit Opfer im Strafverfahren unterstützt und begleitet werden und so ihre Rechte wahrnehmen können." Klein sieht hier seitens der Politik noch großen Handlungsbedarf.

Die VSE-Konferenz ist eine der größten und wichtigsten Veranstaltungen im Bereich der Opferhilfe weltweit. Veranstalter der Tagung war wie immer Victim Support Europe (VSE), Gastgeber in Berlin war der WEISSE RING.



Petra Klein · Foto: Christian J. Ahlers

## Wie lässt sich Demokratie verteidigen?



Katharina Wall · Foto: Höhne/Körber-Stiftung

# Politiker und Politikerinnen als Opfer von Übergriffen und Hassrede

in leitendes Thema der VSE-Konferenz war die Frage, wie sich Demokratie verteidigen lässt – und was das für Opfer bedeutet. Anhand diverser Beispiele wurde deutlich: Menschen, die sich für die Demokratie einsetzen, sind oft besonders gefährdet.

Das konnte auch Katharina Wall von der Körber-Stiftung bestätigen: Bei der Panel-Diskussion zum Thema "Fundamentale Freiheiten und die Zukunft von Europas Opferschutz" stellte sie eine repräsentative Umfrage vor, die die Körber-Stiftung 2021 unter insgesamt 1.641 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern im gesamten Bundesgebiet durchführen ließ. Das Ergebnis ist alarmierend: 57 Prozent der Befragten seien im Rahmen ihrer Tätigkeit schon mindestens einmal Anfeindungen oder Übergriffen ausgesetzt gewesen. In größeren Städten mit mehr als 20.000 Einwohnern seien sogar 75 Prozent betroffen. 81 Prozent der Befragten haben angegeben, dass die deutsche Gesellschaft ihrer Meinung nach zunehmend verrohe.

"Die Menschen wissen nicht, wie sie sich in den sozialen Medien verhalten sollen, und wir können in den Kommentarbereichen der sozialen Medien sehen, dass es keine Diskussionskultur mit gegenseitigem Respekt gibt", betonte Katharina Wall. In der Diskussionsrunde berichtete sie, dass sich viele der Lokalpolitikerinnen und –politiker fragen würden: Warum soll ich das noch tun, wenn ich Hass-Mails bekomme, mein Auto beschädigt wird oder ich im Restaurant angeschrien werde? Zumal viele der kommunalen Amtsträger ehrenamtlich arbeiten

und nicht bezahlt werden. "Manchmal haben die Politiker und Politikerinnen das Gefühl, dass Hass zu ihrer Stellenbeschreibung gehört. Das sollte natürlich nicht der Fall sein", sagte Wall.

In Berlin machte Katharina Wall deutlich, dass der Schutz von Betroffenen mit dem Schutz der Demokratie eng zusammenhängt. Denn ein Drittel der bei der Studie Befragten gab an, sich aus Sorge vor Beleidigungen oder Angriffen zu bestimmten politischen Themen seltener zu äußern. Das, so Wall, sei sehr beunruhigend und eine Gefahr für unser demokratisches System.

Um kommunale Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger, die Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Angriffen wurden, zu unterstützen und sie zu stärken, hat die Körber-Stiftung das Online-Portal "Stark im Amt" ins Leben gerufen. Auf der Website finden Betroffene Informationen und Hilfestellungen unter anderem dazu, wie man Fälle zur Anzeige bringt, wo man psychologische Hilfe bekommt und wie man sich in den sozialen Medien schützen kann. Die Körber-Stiftung hat hierzu ein deutschlandweites Netzwerk aus Behörden, Stiftungen und Einrichtungen aufgebaut, die Kommunalpolitikern helfen. Teil des Netzwerks ist auch der WEISSE RING.

Auf dem Podium wandte sich Katharina Wall noch mit einem Appell an die Politik: Die unterschiedlichen Bundesländer seien in Sachen Amtsträgerschutz noch sehr unterschiedlich aufgestellt, da müsse sich dringend etwas bewegen. Die Körber-Stiftung wolle daher den Austausch zwischen den Bundesländern stärken und dazu beitragen, dass die Politik zukünftig noch mehr unternimmt, um Betroffene in der Kommunalpolitik zu unterstützen.

#### Laura Hohmann

## VSE-Konferenz: Meinungen und Wortmeldungen

"Die Frage der Unterstützung von Terroropfern darf keine Frage des Budgets sein."

ASTRID PASSIN, SPRECHERIN DER ÜBER-LEBENDEN UND OPFER DES ANSCHLAGS AUF DEM BERLINER BREITSCHEIDPLATZ 2016



Jochen Kopelke · Foto: Christian J. Ahlers

"Strafverfahren dauern (in Deutschland) unfassbar lang, es findet regelmäßig eine zweite Viktimisierung statt. [...] Da gilt es Schutzmechanismen einzuführen."

#### JOCHEN KOPELKE,

BUNDESVORSITZENDER DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI (GDP)



Anna-Lena von Hodenberg · Foto: Christian J. Ahlers

"Wir müssen da sein, wo die Jugendlichen unterwegs sind. [...] Wir brauchen digitale Sozialarbeit!"

AHMAD MANSOUR,

GRÜNDER DER DEUTSCHEN INITIATIVE MIND PREVENTION



Ahmad Mansour · Foto: Christian J. Ahlers

"Die Demokratie ist nicht selbstverständlich, sie muss verteidigt werden. [...] Fundamentale Rechte müssen in der EU geschützt werden."

RICHARD SONNENSCHEIN,

DIREKTOR DER JUSTIZPOLITIK DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

"Falschinformationen verbreiten sich im Netz sieben Mal schneller als Sachinformationen. Das ist gefährlich für Individuen, aber auch für unsere Gesellschaft und Demokratie als Ganzes. Der digitale Raum muss requliert werden."

ANNA-LENA VON HODENBERG,

GESCHÄFTSFÜHRERIN DER DEUTSCHEN NGO HATEAID



Tom De Bruyne · Foto: Christian J. Ahlers

"Der Hauptunterschied zwischen Kriminalitätsopfern und Kriegsopfern liegt darin, dass wir im Fall von Kriegsopfern nicht nur auf der individuellen Ebene arbeiten können, sondern auch das kollektive Trauma angehen müssen."

#### HILA SHVORON,

STELLVERTRETENDE GESCHÄFTSFÜHRERIN DER ISRAELISCHEN NGO NATAL, DIE AUF KRIEGS- UND TERRORBEDINGTE TRAUMATA SPEZIALISIERT IST

"Menschenhandel ist nicht einfach zu verstehen, wir müssen den Menschen erklären, welche Art von Hilfe sie erhalten können."

#### TETIANA RUDENKO,

ORGANISATION FÜR SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA (OSZE)

"Es wird zu viel über Opfer geredet – und nicht mit Opfern."

ROSA JANSEN,
PRÄSIDENTIN VON VICTIM SUPPORT EUROPE

"Populismus hat einen schlechten Ruf, aufgrund des Populismus. [...] Mein Traum wäre es, eine Bewegung zu haben, die sich gegen den Populismus wendet. Einen Gegen-Populismus, der den Populismus mit seinen eigenen Waffen schlägt."

TOM DE BRUYNE, GRÜNDER DER NIEDERLÄNDISCHEN BEHAVIOURAL DESIGN ACADEMY

"Wir können die Rechte der Opfer nicht über Nacht stärken, das ist ein Prozess. Das ist eine ständige Arbeit, ein ständiger Kampf für die Rechte der Opfer."

KATARZYNA JANICKA-PAWLOWSKA, KOORDINATORIN FÜR OPFERRECHTE DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

"Bei Verhören muss respektvoll mit Opfern umgegangen werden. [...] Die Polizei muss das Opfer als solches anerkennen."

#### BEN BRADFORD,

PROFESSOR FÜR GLOBAL CITY POLICING AM UNIVERSITY COLLEGE LONDON

"Alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Hilfe-Hotlines für Opfer sollten in psychologischer Erster Hilfe geschult sein."

#### EA SUZANNE AKASHA,

FACHBERATERIN BEIM PSYCHOSOZIALEN ZENTRUM DER INTERNATIONALEN ROTKREUZ- UND ROTHALBMOND-BEWEGUNG



Rosa Jansen · Foto: Christian J. Ahlers

## 🤊 Hamburg

Gleich im doppelten Sinne laufend unterwegs für den WEISSEN RING ist die Junge Gruppe des Landesverbandes Hamburg. Die "Jungen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (JuMa)" verbinden Sport mit dem Einsatz für den guten Zweck. Beim "HafenCity Run" gingen sie in Poloshirts des Vereins an den Start und machten so auf der 4,5 Kilometer langen Strecke auf den WEISSEN RING aufmerksam. Zudem waren sie beim Benefizlauf "Laufend gegen Gewalt" über 7,5 Kilometer rund um die Außenalster aktiv. Der Erlös aus dem Kuchen- und Getränkeverkauf ging an die Frauenhaus-Bewohnerinnen und deren Kinder.



Foto: WEISSER RING

## 

Gleich sechs Schulen kommen in Rheinland-Pfalz in den Genuss eines ganz besonderen Unterrichtsformats. An die Stelle der üblichen Fächer rückt für jeweils einen ganzen Tag das Thema Gewaltprävention. Beteiligt an dem Programm, das durch eine Spende von 10.000 Euro durch drei Lions Clubs aus dem Westerwald ermöglicht wurde, ist auch die Außenstelle des WEISSEN RINGS im Kreis Altenkirchen. An der dortigen August-Sander-Schule feierte das Projekt "Prävention von Gewalt" mit allen fünften Klassen seine Premiere. Eine Fortsetzung ist für 2024 geplant.



Foto: Michael Hasel/WEISSER RING

## 🤊 Baden-Württemberg

Drei gemeinnützige Vereine machen inzwischen seit 2004 in der Rhein-Neckar-Region gemeinsame Sache. Der WEISSE RING sowie die Vereine Kommunale Kriminalprävention Rhein-Neckar und Sicheres Heidelberg überlassen dem Kriminaldauerdienst hygienische und neuwertige Kleidungsstücke. Diese werden unbürokratisch an Kriminalitätsopfer ausgegeben, die ihre getragene Kleidung als Beweismittel und Spurenträger abgeben müssen. Vertreter und Vertreterinnen der drei Vereine übergaben im Frühjahr dieses Jahres die neu angeschafften Kleidungsstücke an die Kriminalpolizeidirektion.



Foto: Polizeipräsidium Mannheim

### 🦁 Berlin



Foto: WEISSER RING

Der Landesverband Berlin war im Mai auf Initiative des Ehrenvorsitzenden Prof. Jörg Ziercke mit einem Stand beim 26. Europäischen Polizeikongress präsent. Die jährliche Veranstaltung bringt politische und polizeiliche Entscheidungsträger und -trägerinnen aus vielen Ländern zusammen. Der WEISSE RING informierte über seine Arbeit und freute sich ganz besonders über das große Interesse einer Delegation der chilenischen Polizei. Ricardo Yáñez, Generaldirektor der Carabineros de Chile, ließ sich ausführlich über die Strukturen und Hilfsangebote des Vereins aufklären.

### Hessen



Foto: Sven Beck

Kinder vor sexualisierter Gewalt schützen: Das ist das Ziel der Präventions- und Aufklärungskampagne "Brich dein Schweigen", an der Polizei und verschiedene Vereine beteiligt sind. Seit November 2022 ist auch der WEISSE RING offizieller Kooperationspartner, die Federführung in Hessen obliegt der Jungen Gruppe. Die Außenstelle Darmstadt engagierte sich im Juni bei einer Aktion gegen Cybergrooming, bei der im Kinopolis Schulklassen der Dokumentarfilm "Gefangen im Netz" gezeigt wurde. Anschließend gab es eine Podiumsdiskussion und Infos zu Hilfestellen.

## 🤊 Bayern



Ein Höhepunkt im Triathlon-Jahr ist die "Datev Challenge" in Roth. Hier gehen Tausende Sportler und Sportlerinnen über die Langdistanz an den Start. Parallel findet eine Messe, die Challenge Expo, statt. Hier präsentierte sich im Juni auch der WEISSE RING und stellte seine umfangreiche Vereinsarbeit vor. Viele Besucher und Besucherinnen aller Altersklassen nutzten die Gelegenheit, sich zu informieren und am Glücksrad Preise zu gewinnen. Die Außenstelle Roth/ Schwabach erhielt Unterstützung durch die Außenstellen Ansbach, Nürnberg, Cham, Weißenburg-Gunzenhausen und Kulmbach.

Foto: WEISSER RING



Hostin Anna Themen wie Stalking und gibt Tipps,

um dem Publikum einen

echten Mehrwert zu bieten.

In der Interaktion mit der Community kommen auch Kriminalitätsopfer zu Wort.

## Auf Instagram kommen die Opfer zu Wort

Soziale Medien spielen in der öffentlichen Wahrnehmung eine zunehmend wichtige Rolle. Der WEISSE RING verstärkt daher auf der Plattform Instagram deutlich seine Aktivitäten. Mit wachsendem Erfolg: Rund 17.500 User und Userinnen\* folgen dem Kanal bereits.

Um mit seinen Themen im Nachrichtenstrom sichtbar zu sein und bei Nutzern und Nutzerinnen Interesse an seiner Arbeit zu wecken, nutzt der Verein alle Möglichkeiten, die Instagram bietet: von Videos über Storytelling bis hin zu Umfragen und Kommunikation mit der Community.



www.instagram.com/weisser\_ring/

Große Recherchen wie der #TrueCrimeReport werden anschaulich auf sogenannte Social Cards komprimiert. Für die Themen auf dem Kanal interessieren sich vor allem Frauen zwischen 18 und 44 Jahren. Das Ziel: mehr Menschen aus der Zielgruppe zu erreichen und Standpunkte zu kommunizieren, um die Sichtbarkeit des WEISSEN RINGS zu erhöhen.





Die #Ehrensache stellt die Menschen vor, die sich auf ganz unterschiedliche Art und Weise für Opfer einsetzen.



"Ich beschäftige mich mit dieser Problematik tatsächlich relativ viel. Also nicht nur damit, in welcher Form True Crime retraumatisierend sein kann, sondern auch damit, bis wohin es gut ist, Verbrechen zu zeigen (für Aufklärung, Gewaltprävention, Tätersuche, Gedenken an die Opfer, …) und ab wo es kontraproduktiv ist – durch eben beispielsweise Retraumatisierung, Geldmacherei, aber auch die Gefahr, dass es zukünftige Täter motiviert, die solche Geschichten genießen etc. Nicht nur im Bereich True Crime, sondern auch in jeglichen anderen Formaten."

"Man entscheidet ja oft nicht aktiv, ob man etwas sieht, liest oder hört. Wir scrollen durch die sozialen Medien oder der Fernseher läuft, und plötzlich ploppt die eigene Geschichte oder die eines Angehörigen auf. Vielen Opfern und Angehörigen reicht das schon, um retraumatisiert zu werden. Und ich finde: Kriminalfälle und Gewaltverbrechen, die zum Tatzeitpunkt ja bereits medial präsent waren, haben in True-Crime-Formaten keinen Aufklärungscharakter mehr, sondern werden nur für das liebe Geld produziert. Viele dieser Fälle sind Jahre / Jahrzehnte alt. Wo liegt da das öffentliche Interesse, wenn die Fälle abgeschlossen sind?!"

"Ich fände es gut, wenn die Betroffenen, falls möglich, zumindest vorgewarnt würden…"

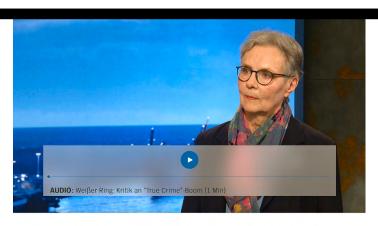
"Wenn die Faszination des Morbiden im Nachmittagsprogramm für Quote sorgen soll… Verstehe auch nicht, wenn Kriminalfälle sogar mit Tatortfotos dargestellt werden. Ich habe mir ab und an 'Autopsie' angeschaut, jetzt gibt es auch 'Medical Detectives'. […] Was es sonst noch gibt an Podcasts etc. – ich brauche es nicht!"

"Es sollte die zwingende Verpflichtung geben, die Angehörigen vorher zu fragen!"

"Habe es selbst mal erlebt, als ich mit einem Kumpel zusammen TV schaute. Er zappte rum, und auf einmal kam ein Beitrag, in dem es um Vergewaltigung ging und diese auch noch nachgestellt wurde... Ich war dann selbst getriggert."

"Eigentlich sollte man vorab gefragt werden, ob diese oder jene Szene nachgestellt werden darf fürs Fernsehen. Dachte eigentlich, dass dies gängige Praxis wäre, bevor etwas Derartiges gedreht und ausgestrahlt wird, vor allem wenn es sich um das eigene Kind/eigene Eltern handelt."

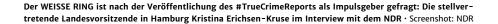




#### Weißer Ring: Kritik an Boom von "True Crime" in den Medien

Stand: 13.06.2023 17:49 Uhr

Die Geschichte wahrer Kriminalfälle - spannend erzählt und nach vielen Jahren neu aufbereitet: Das ist ein Verkaufsschlager in vielen Medien. In Hamburg übt der Opferschutzverband Weißer Ring jetzt Kritik an diesem Boom.



"Ekelhaft und pietätlos, wie sich die Macher solcher Podcasts an dem Leid der Opfer bereichern und deren Hörer sich an Schicksalen aufgeilen. Ich finde, sowas gehört verboten – zumindest, wenn die Inhalte nicht klar und deutlich vorher mit den Opfern / deren Hinterbliebenen abgesprochen werden. Zumal es sicherlich genug Gestörte gibt, die sich solche Podcasts und Co. anhören um nicht die gleichen Fehler zu machen wie die Täter, die gefasst wurden."

"Auch wenn viele Opfer ihre Einwilligung zur Veröffentlichung nicht mehr geben können, widerspricht das in meinen Augen dem Datenschutz. Ich bin selbst Opfer geworden und falle schon um, wenn mich Menschen ähnlich wie der Täter demütigend behandeln."

"Selbst nach schriftlicher Aufforderung, mich nicht persönlich zu kontaktieren, wird es trotzdem getan."



"Es sollte die zwingende Verpflichtung geben, die Angehörigen vorher zu fragen!"



Screenshot: WDR



Screenshot: Süddeutsche Zeitung



Screenshot: Evangelisch.de



Der #TrueCrimeReport ist zuerst im Magazin des WEISSEN RINGS erschienen und fand sich prompt auf Instagram wieder · Screenshot: Instagram



#### NEUTRAL GEGENÜBER TRUE CRIME

"Bei mir ist das so, ich liebe True Crime, auch Aktenzeichen XY. Wenn Fälle gezeigt werden, die meinem etwas ähnlich sind, dann denke ich natürlich auch wieder an meine Geschichte. Aber im Endeffekt habe ich mich freiwillig dazu entschieden, mir derartige Sachen anzuhören oder anzusehen. [...] Bei mir ist es so: An manchen Tagen traumatisiert es mich, und an anderen Tagen komme ich gut damit klar. [...] Aber wenn es einen aufs Neue traumatisiert, dann sind die Nebenwirkungen extrem heftig, das wünsche ich keinem."

"Bei True-Crime-Podcasts gibt es meiner Meinung nach sehr unterschiedliche Formen. Natürlich gibt es welche, die sich ein bisschen nach Kaffeekränzchen anfühlen, "Hast du schon gehört?! Wie schrecklich…', aber eben auch qualitativ hochwertige. Gerade bei Cold Cases finde ich es sinnvoll, immer wieder in verschiedenen Formaten darüber zu sprechen."

"Höre das oft zum Schlafen an. Und oft steht im Titel, worum es geht oder es wird anfangs gesagt – da kann man dann immer noch wegklicken. Kommt, finde ich, auch immer auf die Berichterstattung an: Will man aufklären oder will man Geld machen. Letzteres würde mich aber auch nicht triggern, eher würde ich es kritisieren. Der Vorschlag, dass man Betroffene informieren sollte, ist grundsätzlich eine gute Lösung.:)"



#### **POSITIV GEGENÜBER TRUE CRIME**

"True Crime hat mir als Opfer gezeigt, dass es schlimmere Schicksale gibt, auch wenn meins furchtbar ist! Und es klärt über die Grausamkeit von Tätern und ihre Motivation auf."

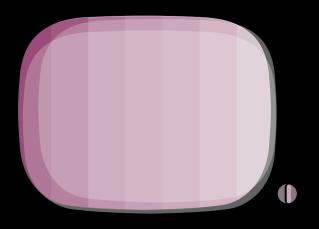
"Also, ich sehe solche Sendungen, weil mich die Spurensicherung und die Ermittlungsarbeit interessiert und fasziniert."

"Ich liebe True Crime! Konsumiere das seit 2016 jeden Tag! Wirklich jeden. Dieses Jahr durfte ich sogar meinen eigenen Fall in einem Podcast erzählen lassen. Wurde toll umgesetzt, war sehr sensibel und ein toller Kontakt. Aber mir ging direkt durch den Kopf: die Taten / die Tat kommt einfach nicht 'so rüber' mit allem Drum und Dran, den Emotionen, den Konsequenzen, den genauen Eindrücken, wenn jemand anderes darüber erzählt."

"Ich bin Betroffene, aber mich retraumatisieren solche Sendungen – egal ob Podcast oder Serie – nicht. Man muss für sich selbst entscheiden, ob man damit zurechtkommt. Die Entscheidung, sich so etwas anzuhören, liegt bei einem selbst. Was ich viel schlimmer finde, sind die täglichen Nachrichten über Mord, Totschlag oder Krieg. Dem kann man nicht wirklich entfliehen." "Also, ich sehe solche Sendungen, weil mich die Spurensicherung und die Ermittlungs-arbeit interessiert und fasziniert."



Screenshot: Deutschlandfunk



# Zehn Minuten zum Fürchten

Illustration: Alexander Lehn

Fast 20 Jahre nach dem Mord an einer Frau zeigt das ZDF einen True-Crime-Film über den Fall. Die überraschten Angehörigen sind empört und fragen: Darf der Sender das?

Eine Stadt in Deutschland, im Kern Mittelalter mit Kopfsteinpflaster und Wirtshäusern, drumherum Nachkriegsbeton mit Behörden und Supermärkten. Wenige Zehntausend Menschen leben hier, man kennt und sieht sich. Man redet miteinander, man redet übereinander.

Läuft im Fernsehen eine Sendung, in der es um die Stadt geht und um ihre Menschen, dann weiß bald jeder davon.

I.

"Unsere Geschichte? Im Fernsehen? Das kann nicht sein!"

Petra Meyer ist fassungslos, als die Anruferin aufgelegt hat. Fast 20 Jahre ist es nun her, dass ihre Schwester ermordet und der Ehemann als Mörder verurteilt wurde. Jetzt soll es im ZDF wieder einen Bericht über den Mord geben? Warum? Sie schaltet den Fernseher an, in der Mediathek findet sie schnell den Beitrag, von dem die Anruferin ihr berichtet hat.

Sie sieht zehn Minuten True Crime: ein "wahres Verbrechen", spannend aufbereitet mit dräuender Musik. Sie sieht Bilder vom Tatort. Von Blutspritzern auf der Treppe und auf Täterkleidung. Vom Fundort der Toten. Sie sieht einen ehemaligen Staatsanwalt, der im großen Sitzungssaal des Landgerichts daran erinnert, dass der Leichnam "blutverschmiert" gewesen sei. Petra Meyer sieht Fotos von ihrer Schwester, bei der Hochzeit und lachend an einem Sommertag. Sie sieht … ja, was eigentlich? Sind das tatsächlich die Hände ihrer toten Schwester, die der Täter verunstaltet hatte – womöglich, um die Identifizierung des Opfers zu erschweren? Es ist ein Foto aus der Ermittlungsakte, so stark verpixelt, dass nur Menschen mit Hintergrundwissen das Motiv erahnen können. Petra Meyer kann es.

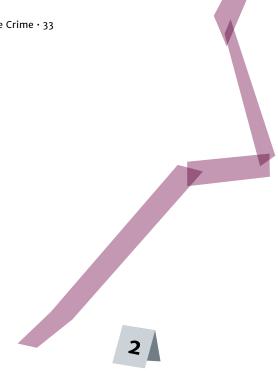
Sie fühlt sich, als würde ihr jemand den Boden unter den Füßen wegreißen. Sie zittert. Sie ruft ihre Mutter und ihren Bruder an.

"Unsere Geschichte? Im Fernsehen? Das kann nicht sein!" Vor wenigen Wochen erst hat die Familie erfahren, dass sich der Täter wieder auf freiem Fuß befindet; seine lebenslange Haftstrafe ist zur Bewährung ausgesetzt worden. Die Behörden hatten die Familie darüber nicht informiert. Aber in dieser Stadt spricht sich nicht nur eine Fernsehsendung schnell herum, sondern auch eine Mörderentlassung. Im Supermarkt will jemand den Täter gesehen haben, im Baumarkt, in der Innenstadt. Die Anwältin der Familie fragt bei den Behörden nach, die bestätigen die Freilassung. Die Mutter des Opfers bekommt fürchterliche Angst. Sie platziert eine Schaufel neben ihrer Haustür; sie will sich verteidigen können, sollte der Mörder ihrer Tochter sie angreifen wollen.

Geschieht ein schlimmes Verbrechen wie der Mord an Petra Meyers Schwester, dann bewegt das die Öffentlichkeit. Es gibt Schlagzeilen: wenn eine Frau verschwindet und gesucht wird, wenn ihr Leichnam gefunden wird, wenn ein Verdächtiger verhaftet wird, wenn ihm der Prozess gemacht wird, wenn er als Täter verurteilt wird. Nach dem Urteilsspruch verschwindet der Fall wieder aus der Öffentlichkeit. Nicht aber aus der Familie des Opfers.

Für die Familie des Opfers geht es nach dem Strafrecht oft weiter mit Zivilrecht und Sozialrecht. Vielleicht ist eine nahe Angehörige wegen einer Traumatisierung nicht mehr arbeitsfähig und benötigt Sozialleistungen. Vielleicht kann sie die Wohnung nicht halten und muss umziehen. Vielleicht hat sie einen Antrag auf Unterstützung nach dem Opferentschädigungsgesetz gestellt, mit seinen mitunter jahrelangen Verwaltungsakten, psychiatrischen Gutachten und hohen Ablehnungsquoten. Vielleicht folgt ein Sorgerechtsverfahren um die Kinder, weil eine Mutter gestorben ist und ein Vater im Gefängnis sitzt. Und da ist die Trauerarbeit, eine Mutter, eine Tochter, eine Schwester fehlt. Nur langsam kann so eine Familie das Verbrechen hinter sich lassen, sie muss Schritt um Schritt vorangehen. Mit viel Mühe führt sie fast 20 Jahre später vielleicht wieder ein fast normales Leben.

Dann zeigt das Fernsehen zehn Minuten "True Crime", und alles ist wieder da.



"Ich wusste gar nicht, wie mir geschieht. Mein Sohn wäre am liebsten in die Couch hineingekrochen."

Petra Meyer

Dies ist eine Geschichte, wie sie Verbrechensopfer immer wieder erleben. Anders als im Fernsehbeitrag fehlen hier identifizierbare Details. Die Stadt trägt keinen Namen, die ZDF-Sendung auch nicht, und Petra Meyer heißt nicht wirklich Petra Meyer. Die Familie möchte nicht erkennbar sein, sie möchte ihr fast normales Leben zurück. Sie möchte aber erzählen, wie es ihr mit dem ZDF-Beitrag ergangen ist. Und sie möchte, dass das ZDF den Beitrag aus der Mediathek nimmt. Deshalb schreiben wir hier ihre Geschichte auf.

Die Familie hat eine sehr engagierte Anwältin, sie betreut die Angehörigen seit dem Mord. Die Anwältin hat Belastendes und Traumatisierendes so gut es geht ferngehalten von der Familie.

"Ich habe gewusst, dass es solche Fotos wie von den Händen meiner Schwester gibt", sagt Petra Meyer, "aber ich habe sie nie gesehen." Jetzt sah sie die Fotos im Fernsehen. "Ich wusste gar nicht, wie mir geschieht."

In der Schule hörten ihre Kinder von dem Film, auch sie fanden ihn schnell in der Mediathek. "Natürlich hatten wir ihnen von dem Mord erzählt", sagt Petra Meyer, "das ist schließlich ein Teil unserer Familiengeschichte. Aber wir hatten die Details von ihnen ferngehalten." Jetzt sahen die Kinder die Details in dem Beitrag. "Mein Sohn wäre am liebsten in die Couch hineingekrochen", sagt sie.

Vielleicht noch schlimmer ist das Gerede. Die Stadt spricht jetzt wieder über den Mord. Über die Eheprobleme des Paares und dessen Finanzsorgen, über den rechtskräftig verurteilten Mörder. Man kennt sich in der Stadt, man sieht sich, man redet übereinander: Der Täter hat den Mord damals geleugnet, war er es womöglich doch nicht?

Petra Meyer ist so wütend. Sie fragt: Wie kann das alles sein? Warum darf der ehemalige Staatsanwalt so über unseren Fall sprechen? Weshalb erlaubt das Landgericht Dreharbeiten mit ihm im Sitzungssaal? Wieso darf das ZDF Fotos von Opfern und Angehörigen zeigen? Warum fragt uns keiner? Ist das nicht unsere Geschichte, die hier zur Unterhaltung des ZDF-Publikums spannend aufbereitet wird? Wir sind doch keine Promis!

Der WEISSE RING fragt beim Landgericht nach. Der Pressesprecher teilt mit, dass das Gericht den ZDF-Beitrag "weder veranlasst,

noch inhaltlich unterstützt" habe; auch sei das Gericht in die Produktion "weder inhaltlich eingebunden" gewesen, "noch konnte es hierauf inhaltlich Einfluss nehmen". Der ehemalige Staatsanwalt spreche "als Privatperson", die Dreharbeiten im großen Sitzungssaal habe die Gerichtsleitung "mangels erkennbarer entgegenstehender Interessen" genehmigt. Der Pressesprecher verweist auf Artikel 5 des Grundgesetzes: Pressefreiheit.

Das ZDF antwortet auf Nachfrage sehr ausführlich. "Bei spektakulären Straftaten kann auch nach langer Zeit noch ein öffentliches Informationsinteresse an den Taten als solchen bestehen", schreibt ein Sprecher der verantwortlichen ZDF-Redaktion. "Soweit möglich" versuchten die mit dem Beitrag befasste Produktionsfirma und die Redaktion, vor Umsetzung eines solchen Beitrags mit Angehörigen in Kontakt zu treten, "was nicht immer gelingt". Ob es in diesem Fall den Versuch gegeben hat, sagt der Sprecher nicht.

"Umso höher steht generell die Nichtidentifizierbarkeit etwaiger Opfer im Rahmen der Berichterstattung", erklärt er. Das Hochzeitsfoto und das Sommertag-Foto der Schwester sind verpixelt worden. Auch das Bild, das mutmaßlich die verunstalteten Hände der Toten zeigt, sei "technisch verfremdet" worden, "sodass der genaue Bildinhalt nicht erkennbar ist".

Das ZDF erklärt: "Das verwendete Foto- und Bildmaterial zum Fall wurde ausnahmslos von den Ermittlungsbehörden zur Verfügung gestellt. Eine Genehmigung der Staatsanwaltschaft zur Verwendung liegt vor."

Noch eine Nachfrage, diesmal bei der Staatsanwaltschaft. Eine Sprecherin erklärt, dass ihre Behörde "weder in den Beitrag involviert" gewesen sei, "noch war hier der Inhalt, der Umfang oder der Zeitpunkt der Ausstrahlung bekannt". Und sie schreibt noch etwas: "Seitens der Staatsanwaltschaft wurden die in dem Beitrag gezeigten Lichtbilder nicht dem ZDF zur Verfügung gestellt." Man habe die Ermittlungsakten "auf entsprechende Anfrage" lediglich dem ehemaligen Staatsanwalt übersandt, damit dieser sich auf seinen Auftritt als Experte in der geplanten Dokumentation vorbereiten könne.

Hinsichtlich der Genehmigung durch die Staatsanwaltschaft gibt es also einen Widerspruch. Unabhängig davon steht aber fest: Die Familie des Opfers hat keinerlei Genehmigung erteilt. Mit ihr hat niemand über die geplante Dokumentation gesprochen, das ZDF nicht, das Landgericht nicht, die Staatsanwaltschaft nicht.

Noch etwas steht fest: Ermittlungsbehörden arbeiten immer häufiger und durchaus offensiv mit Medien zusammen, das bestätigen True-Crime-Journalisten wie Staatsanwaltschaften. Sie tun das aus nachvollziehbaren Gründen. Man möchte "transparent über die Arbeit von Ermittlungsbehörden informieren", sagt eine Staatsanwältin. Auch das ZDF möchte "hintergründig über die Ermittlungsarbeit" berichten, so auch im Fall von Petra Meyers Schwester. "Inhaltlich sollte der Beitrag besonders beispielhaft verdeutlichen, welch' akribische, intensive und kräftezehrenden Anstrengungen nötig sein können, um mit einer wasserdichten Indizienkette einen nicht geständigen, reuelosen Täter dennoch zu überführen und seiner gerechten Strafe zuzuführen", erklärt der Sprecher des ZDF.

Braucht man dafür Fotos von der Hochzeit, vom Sommertag, von den Händen, vom Tatort und vom Fundort? Zwei rechtliche Fragen bleiben zudem unbeantwortet: Dürfen Ermittlungsbehörden oder -beamte solche Fotos weitergeben? Und dürfen Medien diese Fotos veröffentlichen?

Nach dem Urteilsspruch verschwindet der Fall wieder aus der Öffentlichkeit. Nicht aber aus der Familie des Opfers.



Prof. Dr. Christian Schertz ist einer der bekanntesten Medienanwälte in Deutschland, ein Fachmann für das Persönlich-

keitsrecht. Er vertrat und vertritt Prominente wie den Showmaster Günther Jauch und den Fußballer Christiano Ronaldo, er setzt sich für die Rechte von Betroffenen genauso ein wie für die von Beschuldigten. Nach den Machtmissbrauchs-Vorwürfen gegen Ex-"Bild"-Chef Julian Reichelt oder TV-Regisseur Dieter Wedel stand er an der Seite der mutmaßlichen Opfer, im Fall der Vorwürfe gegen die Band Rammstein vertritt seine Kanzlei Sänger Till Lindemann.

Auf die Frage, ob Ermittlungsbehörden in Fällen wie dem von Familie Meyer Bildmaterial an Medien weitergeben dürfen, antwortet er: "Nein. Denn da sind Rechte Dritter betroffen."

Ein einfaches Beispiel für eine Rechtsverletzung ist das Foto des Mordopfers vom Sommertag. Das Bild hat Petra Meyer gemacht, das Urheberrecht liegt bei ihr. Ohne dass sie ihr Einverständnis gegeben hat, darf grundsätzlich keine Ermittlungsbehörde die Veröffentlichung des Fotos für eine True-Crime-Dokumentation genehmigen und kein Fernsehsender das Foto zeigen. Petra Meyer stellte das Foto der Polizei für die Fahndung nach ihrer verschwundenen Schwester zur Verfügung. Für eine andere Verwendung gab sie ihr Einverständnis nicht.

Laut Schertz betreiben Ermittlungsbehörden nach Abschluss des Verfahrens mitunter eine Pressearbeit, die "problematisch" ist. Um private Fotos wie im Fall von Petra Meyer weiterzugeben, bräuchte es eine Ermächtigungsgrundlage. Für Schertz gibt es nur eine einzige: Fahndungszwecke, etwa die Suche nach einer vermissten Angehörigen. "Ist der Fall abgeschlossen, sehe ich keine Ermächtigungsgrundlage, aber auch sonst keine Berechtigung, Bildmaterial, an dem Rechte Dritter bestehen, an Medien abzugeben oder diesbezüglich Rechte einzuräumen", sagt er. Der Fall der toten Schwester ist seit fast 20 Jahren abgeschlossen.

True-Crime-Beiträge können weitere Rechte verletzten, das Recht am eigenen Bild zum Beispiel und das allgemeine Persönlichkeitsrecht. Das Recht am eigenen Bild erlischt zehn Jahre nach dem Tod, das allgemeine Persönlichkeitsrecht bereits mit dem Tod. Darüber hinaus sind aber Verstöße gegen den sogenannten postmortalen Achtungsanspruch möglich, der sich aus der in Artikel 1 des Grundgesetzes garantierten Menschenwürde ableitet.

Aber wie ist es, wenn Medien die Fotos von Opfern verpixeln und technisch verfremden, so wie es das ZDF im Fall von Petra Meyers Schwester getan hat? Der Sprecher der verantwortlichen Redaktion sagt: "Im Beitrag selbst wurde penibel darauf geachtet, dass keine identifizierende Berichterstattung stattfindet."

"Verpixeln ist zumeist ein Alibi", sagt hingegen Medienanwalt Schertz. "Solange eine Erkennbarkeit gegeben ist, und sei es auch nur für Angehörige, ist es trotzdem eine Verletzung des Rechts am eigenen Bild. Und allein durch die Benennung des Falls ist eine Erkennbarkeit auch bei gepixelten Bildern gegeben."

Der Film über Petra Meyers Schwester nennt den Namen der Stadt, den Vornamen von Opfer und Täter und den abgekürzten Nachnamen. Er zeigt das Wohnhaus der Familie und die Straße, an der es steht. In einer Stadt, in der man sich kennt und sieht und übereinander redet, wissen alle, um wen es geht.

Petra Meyer ist eine ruhige, höfliche Frau.
Wenn sie über den ZDF-Beitrag spricht,
rutscht ihr aber doch ein Kraftausdruck
heraus, sie schimpft: "Ich fühle mich verarscht!" Ihrer
Mutter gehe es schlecht, die Bilder suchten sie wieder
heim. Mit den Bildern seien auch die fast 20 Jahre alten
Fragen wieder da: Warum habe ich das alles nicht
kommen sehen? Warum habe ich nicht eingegriffen?
Warum konnte ich meine Tochter nicht retten?

Neulich hat Petra Meyer einen True-Crime-Beitrag im Fernsehen gesehen, es war ein vergleichbarer Fall, es ging um einen Mord. Sie nahm Kontakt zur betroffenen Familie auf. Die Angehörigen waren genauso empört und verletzt wie sie. Niemand hatte mit ihnen über den geplanten Film gesprochen.

"Wenn ich früher so einen Film gesehen habe, dann habe ich oft gedacht: Warum haben die Angehörigen das zugelassen? Jetzt weiß ich: Die haben gar nichts zugelassen, sie wussten nichts davon. Sie werden einfach nicht gefragt."

#### Karsten Krogmann



# Sultanas Traum von einer besseren Welt

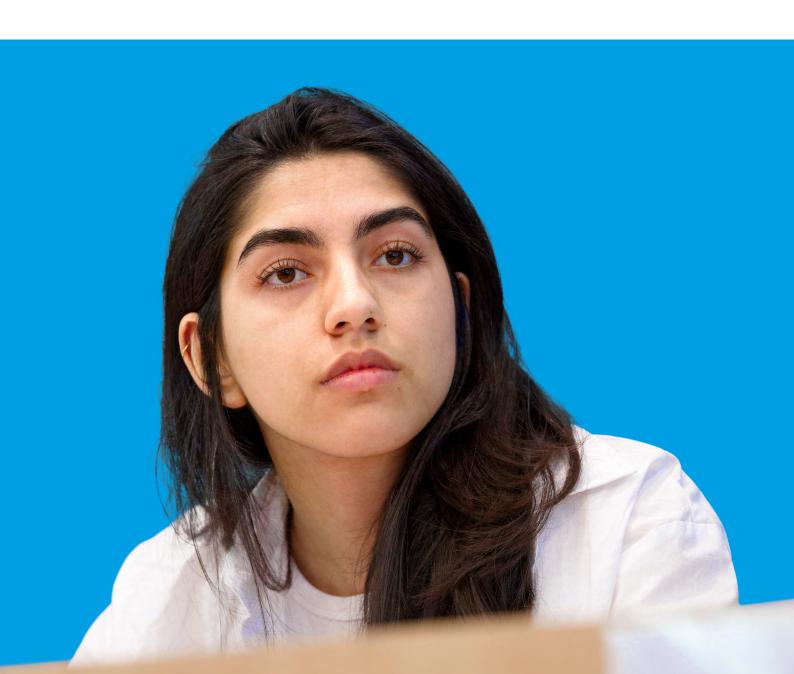
Als Kind floh Sultana Sediqi mit ihrer Familie vor dem Krieg in Afghanistan und landete in Erfurt. Sie lernte die Sprache, machte Abitur und ist zur Stimme für junge Leute mit einer Migrationsgeschichte geworden, die ansonsten oft unsichtbar und ungehört bleiben. Dies ist die Geschichte einer jungen Frau, die leidenschaftlich gegen alltäglichen Rassismus in Deutschland kämpft.

Als die Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt im Mai 2023 in Berlin ihre Jahresbilanz vorstellen, werden die Mitglieder der Bundespressekonferenz mit erschreckenden Zahlen konfrontiert. Bei rechten Gewalttaten gab es demnach im vergangenen Jahr einen Anstieg um 15 Prozent. Insgesamt wurden allein in den zehn Bundesländern, in denen es solche Beratungsstellen gibt, mehr als 2.000 Angriffe aus rechten, rassistischen und antisemitischen Motiven registriert. Das sind durchschnittlich mehr als fünf Angriffe pro Tag. Von der verbalen und körperlichen Gewalt waren 2.871 Menschen betroffen. Ein Detail erregt bei der Pressekonferenz besondere Aufmerksamkeit: Demnach gab es im Vergleich zum Vorjahr fast doppelt so viele Kinder und Jugendliche (522 nach 288 im Jahr 2021), die aus rassistischen Gründen angegriffen wurden.

Neben Robert Kusche vom Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) sitzt an diesem Tag eine junge Frau vor der Hauptstadt-Presse. Sie spricht mit fester, eindringlicher Stimme. Erklärt, dass Rassismus für Kinder und Jugendliche mit einer anderen Herkunft hierzulande allgegenwärtig ist. Dass viele dieser jungen Leute Anfeindungen und sogar Angriffe erleben. Die junge Frau heißt Sultana Sediqi. Der 19-Jährigen gelingt es, dass aus anonymen Zahlen menschliche Schicksale werden. Später wird sie berichten, wie aufgeregt sie war, vor die Kameras zu treten. Mit ihren klaren Worten schafft sie es an diesem Tag in die "Tagesschau".

"Ich möchte, dass wir den Rassisten nicht unseren Hass schenken und erst recht nicht unsere Angst."

Sultana Sediqi



Wenn Sultana öffentlich über unerträgliche Zustände spricht, dann tut sie das nie aus einer Opferrolle heraus. Man hört Wut, Leidenschaft, Stärke und Verletzlichkeit – aber immer auch eine junge Frau, die selbstbewusst Respekt, Rechte und Teilhabe für diejenigen einfordert, die als Geflüchtete oder Migranten nach Deutschland kamen. Seit einigen Jahren engagiert sie sich im Verein "Jugendliche ohne Grenzen" und gibt bei Demos, öffentlichen Podien und Workshops denen eine Stimme, die ansonsten kaum gehört und üblicherweise mit ihren Problemen und Bedürfnissen übersehen werden.

Sultana ging noch nicht lange zur Schule, als ihre Familie vor dem Krieg in Afghanistan flüchtete. Mit der Mutter, dem Vater und ihrer Schwester machte sie sich auf den Weg in die Türkei und nach Griechenland und landete schließlich in einem kleinen Ort in Thüringen: Breitenworbis. In einer Sammelunterkunft, die Sultana "Lager" nennt und die mittlerweile geschlossen ist. Fotos aus dem Internet zeigen ein schmuckloses Haus mit sterilen Fluren und kahlen Räumen. Sultana sitzt in einem Café in Erfurt. Sie hat sich bereit erklärt, der Redaktion des WEISSEN RINGS ihre Geschichte zu erzählen und jene schmerzhaften Erfahrungen zu teilen, die sie als Schülerin dazu brachten, sich für Menschenrechte und Teilhabe sowie gegen Hass und Ausgrenzung zu engagieren. Sie erinnert sich noch gut an ihre Kindheit in Breitenworbis. Daran, wie sie mit Mädchen und Jungen verschiedener Herkunft tagsüber draußen unterwegs war und sich mit ihnen über alle Sprachbarrieren hinweg eine eigene Fantasiewelt erträumte. Weil sie immer vorneweg lief, wurde sie von den anderen scherzhaft "der Boss" genannt. "Rückblickend war das meine beste Zeit in Deutschland", sagt sie. Einerseits.

"Über zwei Monate hatte ich einen gebrochenen Arm und niemand hat sich darum gekümmert."

Sultana Sediqi

Andererseits erinnert sie sich an Enge, Angst und permanente Unsicherheit. Jede Familie hatte nur ein Zimmer, das Bad mussten sie sich mit vielen Unbekannten teilen. "Ständig gab es Konflikte", sagt Sultana. Immer wieder kam es unter Männern zu Schlägereien. Nachts hörte sie Schreie von denen, die abgeschoben werden sollten. Auch eine ihrer Freundinnen wurde abgeholt. Lange seien sie in dem Wissen eingeschlafen: "Dich kann es als Nächste treffen." Die Security-Leute erlebte Sultana als willkürlich und desinteressiert. "Über zwei Monate hatte ich einen gebrochenen Arm und niemand hat sich darum gekümmert", sagt sie. Ein Geflüchteter sorgte schließlich dafür, dass doch noch ein Krankenwagen kam und ihr Arm medizinisch versorgt wurde. In ihrer Erinnerung waren es zwei lange und widersprüchliche Jahre in Breitenworbis. Sultana weiß noch, wie ihre Mutter irgendwann jubelnd durch das Haus lief und mit einem Briefumschlag wedelte. Darin die erlösende Nachricht mit dem Aufenthaltstitel für drei Jahre. Mittlerweile besitzt Sultana eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis, lebt mit ihrer Familie in einer kleinen Wohnung und hat die deutsche Staatsagehörigkeit beantragt. Auf einem Gymnasium hat sie Abitur gemacht und spricht besser Deutsch als viele, die hier geboren sind. Ein vorläufiges Ende, ja, aber es ist nicht alles gut.

Obwohl für Sultana vieles einfacher und besser geworden ist, seit sie mit ihrer Familie aus dem fernen Kriegsgebiet kam, hat sie doch einen ständigen Begleiter, der ihr hier das Leben schwer macht: Rassismus. Der sorge im Alltag für ein permanentes Gefühl der Unsicherheit, sagt sie. Beim Arzt, beim Friseur, in der Straßenbahn, wenn eine alte Frau ohne erkennbaren Grund aufsteht und sich von ihr wegsetzt. Als rechte Gruppen einen heißen Herbst ausriefen und auf Demos massiv gegen Geflüchtete mobilisiert wurde, bekam Sultana das in ihrem Umfeld zu spüren. Eine Mutter aus Afghanistan erzählte, der siebenjährige Sohn wache nachts weinend auf, weil die Grundschulkinder ihm klargemacht hätten: Du gehörst nicht hier hin! Eine andere afghanische Mutter vertraute ihr an, dass ihr 15-jähriger Sohn im Supermarkt bespuckt und geschlagen worden sei. Nach solchen Gesprächen fühlt Sultana eine große Ohnmacht.

Wie anfangs beschrieben, schrecken rassistische Täter nicht vor Gewalt gegen Kinder und Jugendliche zurück. Einige Beispiele, von denen viele unterhalb des öffentlichen Radars blieben:

- Eine ältere Frau attackierte in der Berliner S-Bahn zwischen den Stationen Hauptbahnhof und Friedrichstraße eine schwarze Mutter und deren Sohn. Die Angreiferin trat mehrfach auf die Füße des Kindes. Als die Mutter einschritt, wurde sie mit ihrem Sohn körperlich angegriffen. Ein umstehender Mann beleidigte die Opfer rassistisch. Weitere Mitfahrende solidarisierten sich mit der Täterin.
- → Eine unbekannte Frau im Alter von etwa 50 bis 60 Jahren schlug an einer Bushaltestelle im Berliner Stadtteil Dahlem ein dreijähriges Mädchen aus rassistischen Motiven unvermittelt mit der Handtasche ins Gesicht. Als die Mutter eingriff, wurde sie von der Angreiferin rassistisch beleidigt.
- → Ebenfalls in Berlin, im Senftenberger Ring, näherten sich eine Frau und ein Mann, die Fahrräder schoben, einer Gruppe spielender Kinder im Alter von 12 und 13 Jahren. Die Erwachsenen beschimpften die Kinder mit rassistischen Beleidigungen. Die Frau spuckte nach ihnen und traf zwei der Kinder. Die Täter entkamen, bevor die Polizei eintraf.
- → In Berlin-Lichtenberg ging eine Frau mit ihren Kindern zum Spielen in den gemeinschaftlich genutzten Garten des Mietshauses. Eine Nachbarin, die dort mit anderen grillte, beleidigte die Familie aufgrund ihrer Hautfarbe. Ein Mann aus der Grillrunde schüttete der fünfjährigen Tochter Bier über den Kopf.
- Das Amtsgericht Tiergarten verurteilte mehrere Erwachsene wegen gefährlicher Körperverletzung und Beleidigung zu Bewährungs- und Geldstrafen. Eine zur Tatzeit 17-jährige türkischstämmige Jugendliche war in einer Straßenbahn rassistisch beleidigt worden. Als Täter und Opfer ausstiegen, schlug eine der Angeklagten die minderjährige Abiturientin und zog sie an den Haaren. Das Opfer leidet seither unter Angst und Albträumen.
- → In Hoyerswerda (Sachsen) bewarfen zwei mittelalte weiße Männer aus einem Wohnblock heraus eine Gruppe von Jugendlichen mit einem Böller. Der Sprengkörper detonierte unmittelbar neben der Gruppe, die sich auf einer Reise im Rahmen eines Projekts für das Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft befand.

2871
waren im Jahr 2022 von körperlicher Gewalt aufgrund von rechten, rassistischen und

antisemitischen Motiven betroffen.

522

dieser Angriffe richteten sich gegen Kinder und Jugendliche.

→ Eine Schulklasse aus Berlin wurde in einer Ferienanlage in Brandenburg derart massiv rassistisch beleidigt und bedroht, dass sie die Klassenfahrt abbrach. Die Angreifer waren nach Angaben der Betroffenen teilweise vermummt und hatten offenbar versucht, in die Anlage zu gelangen.

Den auf rechte und rassistische Gewalt spezialisierten Opferberatungsstellen mit ihren niedrigschwelligen Angeboten, Chroniken und Pressemitteilungen ist es zu verdanken, dass derartige Angriffe gegen Minderjährige überhaupt dokumentiert und wahrgenommen werden (siehe Seite 27). Sultana Sediqi erschütterte eine solche Tat derart, dass sie sich traute, in die Öffentlichkeit zu treten. In einer Erfurter Straßenbahn hatte ein erwachsener Mann einen syrischen Jungen drangsaliert und brutal zusammengeschlagen. Nachdem sie das Video von der rassistisch motivierten Tat gesehen hatte, wusste Sultana, dass sie nicht länger schweigen konnte.

Ein Bekannter bot ihr an, auf einer Demo in Erfurt zu sprechen. Familie, Freunde und Lehrer hatten Angst und beschworen sie, es nicht zu tun. Was, wenn sie danach selbst bedroht oder angegriffen würde? Sultana setzte sich über alle Bedenken hinweg. Als sie ans Mikro trat, sprach sie über die Angst und ihre Wut und auch über Hoffnung: "Ich möchte, dass wir den Rassisten nicht unseren Hass schenken und erst recht nicht unsere

Angst." Sie sprach davon, dass dieser brutale Schläger nicht für alle in der Gesellschaft stehe. Sie erzählte von ihren deutschen und ausländischen Freunden und erklärte, dass diejenigen, die irgendwann nach Deutschland kamen und hier leben, lernen und arbeiten, keine Gäste seien. "Wir sind die Gesellschaft, und wir lassen uns nicht auseinanderdividieren!", rief Sultana den Demonstrierenden zu. "Wir alle gehören zu dieser Welt. Zu Europa. Zu Deutschland. Zu Erfurt." Am Ende ihrer Rede forderte sie einen Aufstand. Einen Aufstand für Mitgefühl und Respekt.

Ihre Worte trafen den richtigen Ton, mehr noch, sie trafen einen Nerv. Danach erhielt sie viel Zuspruch und lernte beim Verein "Jugendliche ohne Grenzen" andere junge Leute und deren Migrationsgeschichten kennen. Bei ihren Treffen teilen sie nicht nur Erfahrungen über alltäglichen Rassismus, sondern auch Probleme mit der Ausländerbehörde, Duldungsfragen und Schwierigkeiten, respektiert zu werden. Seither wird Sultana oft zu Workshops und Diskussionen eingeladen. Sie ist eine Sprecherin für junge migrantische Perspektiven geworden. Für viele mit einer ähnlichen Biografie ist sie ein Vorbild, wie Kommentare auf ihren Social-Media-Kanälen zeigen. Aber der Verklärung ihrer Geschichte zum migrantischen Erfolgsmodell entzieht sie sich. Dafür hat sie zu schmerzhaft erfahren, dass es auch ganz anders ausgehen kann.

Sultana war gerade in der Schule, als sie die schreckliche Nachricht erhielt. Ihre Verwandten hatten sich von Griechenland aus auf den gefährlichen Weg über das Mittelmeer nach Italien gemacht. In der Nacht vom 5. Oktober 2022 kenterte ihr Boot. Sultanas Tante hat überlebt, ihr Onkel nicht. Die Angst und der Horror, nahe Angehörige zu verlieren, seien wahr geworden,

"Wir hören nicht auf, laut zu sein, bis wir die Utopie einer besseren und gerechteren Welt wahr werden lassen!"

Sultana Sediqi

erzählt Sultana. "Lähmung und Ohnmacht" habe sie empfunden. Danach reisten einige Familienmitglieder auf die griechische Insel Kythira. Die Familie identifizierte den Leichnam des Onkels, Sultana trauerte mit ihnen bei der muslimischen Beerdigung in Griechenland. "Ich habe versucht, Solidarität aufzubauen", erinnert sich Sultana an die Zeit danach. Sie startete eine Spendenaktion, erzählte in Interviews vom Tod ihres Onkels und organsierte mit einer Unterstützergruppe eine große Informationsveranstaltung in Erfurt: "Ein Meer voller Tränen". Da erzählten sie den vielen Interessierten an diesem Abend, wie es ist, Angehörige auf dem Mittelmeer zu vermissen – und wie es ist, sie zu verlieren. "Es gab viel Raum für geflüchtete Menschen, ihre Geschichte zu erzählen",

sagt sie. Ungewöhnlich viele waren gekommen, um zuzuhören. Einige sprachen Sultana danach an und sagten, sie wollten jetzt auch selbst etwas tun. Bei allem Schmerz war es ein Abend der Hoffnung. "Einmalig für Erfurt", sagt Sultana.

Seitdem ist viel passiert. Rechte Gewalt nimmt zu. Europa schottet sich immer stärker gegen Geflüchtete ab. Vieles von dem, wovor Sultana warnt, wird derzeit schlimmer, nicht besser.

Ein lauer Abend in Berlin. Am Kanzleramt hat sich eine Menschentraube zumeist junger Leute zu einer Kundgebung von "Jugendliche ohne Grenzen" gegen die europäische Asylpolitik versammelt. Einige halten Transparente. Selbst gemalte Schilder fordern "Solidarität statt Brutalität". Auf der Ladefläche eines roten Lastwagens tritt Sultana ans Mikrofon: "Ihr Lieben, ich bin Sultana." Noch nie habe sie eine "so schmerzhafte Ohnmacht und Hilflosigkeit" verspürt. Einen Tag zuvor ist vor der griechischen Küste ein Schiff mit vielen Familien und Kindern an Bord gekentert. Mehr als 500 Menschen kamen dabei ums Leben. Überlebende haben schwere Anschuldigungen gegen die griechische Küstenwache erhoben. In der Woche vor dieser Katastrophe hat die EU beschlossen, Schutzsuchende künftig verstärkt in Lagern an den Außengrenzen Europas aufzuhalten.

Vor dem Kanzleramt kann und will Sultana ihre Wut nicht zügeln. Sie prangert die "Entwürdigung" von Menschen an, "die vor Krieg und Folter fliehen". Diese seien "uns weniger fremd als wir glauben". Scharf kritisiert sie die allgemeine Gleichgültigkeit gegenüber dem massenhaften Sterben auf den Wegen nach Europa. Eindringlich spricht sie über "strukturelle Isolation" in Lagern: "Dieses vegetierende Leben macht die Leute krank. Nicht physisch, sondern seelisch." Sultana erinnert daran, dass Kinder unter diesen Verhältnissen ganz besonders leiden, weil solche Sammellager Gewalt förderten. Sie weist auf einen Widerspruch hin. Einerseits würden derzeit in aller Welt Fachkräfte angeworben. Andererseits begegne man hierzulande Menschen, die unter großen Mühen versuchen, sich eine Existenz aufzubauen, mit Ausgrenzung und Repression. Zwischendurch bricht kurz ihre Stimme weg. Ihre Rede endet mit einem kämpferischen Appell, die Menschenrechte zu achten und die Demokratie zu verteidigen. "Wir geben nicht auf!", ruft sie. "Wir hören nicht auf, laut zu sein, bis wir die Utopie einer besseren und gerechteren Welt wahr werden lassen!" Trotz mischt sich an diesem Abend mit dem Mut der Verzweiflung.

Als die junge Erfurterin unter lautem Jubel vom Wagen klettert, kommen Gleichgesinnte und nehmen sie in den Arm. Sultana wirkt, als sei eine große Last von ihr abgefallen. Sie strahlt. Als sich wenig später die Demo mit einigen Hundert Teilnehmenden vom Kanzleramt in Richtung Hauptbahnhof in Bewegung setzt, läuft



Sultana Arm in Arm mit einer Freundin. Aus Lautsprechern schallt fröhliche Musik. Einige in dem Demo-Zug bewegen sich tanzend im Rhythmus der Musik weiter. Die jungen Leute protestieren nicht nur, sondern sie feiern sich auch dafür, dass sie ihre Wut und Wünsche auf die Straße tragen. Doch sie bleiben unter sich. Bis zur Abschlusskundgebung nehmen nur wenige Passanten überhaupt Notiz von ihnen. Auf der anderen Seite der Spree sitzen Touristen und Büroleute in den Liegestühlen einer Bar und genießen im weichen Abendlicht bunte Cocktails. Sultana und die anderen bleiben eine Randerscheinung. Aber das ist ihr egal. "Solche Demos dienen erst mal dazu, die Community zu stärken und füreinander da zu sein", erklärt sie.

"Da geht es gar nicht darum, Zuspruch von außen zu bekommen." Trotz aller Hiobsbotschaften der jüngsten Vergangenheit ist sie nach der Demo geradezu euphorisch. Sie ist nicht allein, auch wenn die große Mehrheit nichts von ihren Sorgen und Forderungen wissen will.

Am nächsten Morgen sitzt Sultana in einem Stuhlkreis. Der Verein "Jugendliche ohne Grenzen" hat zur Jahreskonferenz in ein kleines Berliner Theater eingeladen. Die Wut vom Abend ist verflogen, das Kämpferische großer Nachdenklichkeit gewichen. Bevor sie sich auf verschiedene Workshops verteilen, sprechen sie in großer Runde über die Demo und die aktuelle politische Lage. Sultana bekommt einen warmen Applaus für ihre Rede. Offenbar hat sie vielen aus der Seele gesprochen. Sie sagt, sie sei "überwältigt von dem Zusammenhalt und der Solidarität" hier in Berlin. "Wir feiern uns mit Musik. Das nehme ich auf jeden Fall mit nach Erfurt." Danach übersetzt sie für einen schüchternen 24-Jährigen, der wie sie aus Afghanistan kommt und seine Gefühle ausdrücken möchte. Er habe sehr viel Angst gehabt, heute herzukommen. Nun sei er froh, da zu sein: "Zum ersten Mal habe ich das Gefühl, eine Stimme zu haben."

Es dauert nicht lange, und sie landen doch wieder beim Thema Rassismus. Ein junger Mann aus Osnabrück berichtet, wie jemand auf der Straße gleich zweimal nach ihm gespuckt habe. Das hat ihn schockiert. Nicht so sehr die Tat selbst. Von Älteren habe er schon mal zu hören bekommen: Alle Schwarzhaarigen seien Terroristen. Aber der spuckende Mann war nach seiner Einschätzung erst Mitte zwanzig. Solchen Hass hat er unter jungen Deutschen nicht vermutet. Die Jugendlichen im Stuhlkreis hören sich gegenseitig zu, sprechen sich Mut zu, diskutieren Strategien. Einer schlägt vor, eine Resolution an den Bundestag zu schreiben, um auf die Probleme junger Geflüchteter aufmerksam zu machen. Sie diskutieren, ob Workshops und Podien mit rassistisch eingestellten Menschen sinnvoll sind oder nicht. Der Moderator wirbt dafür, sich auf diejenigen zu konzentrieren, die offen genug sind, eigene Vorurteile zu korrigieren. Überzeugte Rassisten könne man nicht ändern. Sie sammeln Ideen und Erfahrungen, aus denen in Hamburg, Nürnberg und Erfurt neue Projekte werden könnten. Als sich dann im großen Theatersaal alle ein Hütchen aufsetzen und für ein Jubiläums-Foto posieren, wirkt es für einen Moment, als seien sie in diesem Deutschland angekommen.

Am Montag nach dem Wochenende in Berlin lässt Sultana zum Interview in Erfurt auf sich warten. Als sie nach einer Weile eintrifft, entschuldigt sie sich für die Verspätung. Eben noch hat sie eine alleinerziehende Mutter aus Afghanistan, die dringend mehr Wohnraum benötigt, zu einer Wohnungsbesichtigung begleitet. Manchmal hilft es, wenn sie bei solchen Terminen dabei ist. Heute hat es leider nicht mit einem Mietvertrag geklappt. Der Alltag hat sie wieder: helfen, vernetzen, aktiv bleiben – auch und gerade in schwierigen Zeiten. In Kürze will sie mit einer Freundin auf die Insel Kythira fliegen, um in Griechenland eine Erinnerungsveranstaltung vorzubereiten zum Jahrestag des Unglücks, bei dem ihr Onkel starb. Ein Lehrer habe mal zu ihr gesagt: "Du musst einsehen, dass du die Welt nicht verändern kannst." Sultana versucht, jede Gelegenheit zu nutzen, um zu beweisen, dass er sich irrt. Mögen die Veränderungen auch noch so klein und unbedeutend erscheinen.

#### Michael Kraske

"Solche Demos dienen erst mal dazu, die Community zu stärken und füreinander da zu sein."

Sultana Sedigi

#### Auszeichnung mit dem "Menschenrechtspreis"

Die Stiftung Pro Asyl hat im September den "Menschenrechtspreis" an den VBRG verliehen. Namentlich ausgezeichnet wurden Sultana Sediqi, VBRG-Geschäftsführerin Heike Kleffner sowie Ibrahim Arslan, Überlebender und Hinterbliebener des rassistischen Brandanschlags am 23. November 1992 in Mölln, der sich unter anderem für das Empowerment von Betroffenen einsetzt.

#### Menschenverachtende Gewalt gegen die Schwächsten

Im Bundesverband VBRG e. V. haben sich die spezialisierten Beratungsstellen der fünf ostdeutschen Bundesländer sowie die von Berlin, Hamburg, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein zusammengeschlossen, um Betroffenen von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt niedrigschwellige Hilfe anzubieten und entsprechende Taten zu dokumentieren. Wer etwa aufgrund seiner Hautfarbe oder Religion angegriffen wird, findet in den professionellen Beratungsteams vielerorts Bezugspersonen, die juristischen oder psychologischen Beistand organisieren.

Der Verband geht bei rechten Delikten von einer hohen Dunkelziffer aus. Einerseits fehlt Opfern mitunter das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden, um Straftaten anzuzeigen, andererseits mangelt es in Behörden und bei Lehrkräften oftmals an Wissen um rassistische oder antisemitische Tatmotive. "Kinder und Jugendliche sind besonders **VULNERABEL** und müssen daher auch besonders geschützt und unterstützt werden", betonen Heike Kleffner und Robert Kusche für den VBRG.

Die gestiegenen Fallzahlen seit 2015/16 zeigen ihnen zufolge eine erschreckende Normalisierung von rechten, antisemitischen und rassistischen Diskursen. Diese würden durch Debatten, in denen Geflüchtete als kriminell stigmatisiert und ihrer Menschlichkeit beraubt würden, vorangetrieben und maßgeblich über soziale Medien verbreitet. "Dadurch sinkt die Hemmschwelle sogenannter rassistischer Gelegenheitstäter:innen", so Kleffner und Kusche. Die Radikalisierung eines Teils der Gesellschaft bekommen Heranwachsende also schmerzhaft zu spüren: "Kinder und Jugendliche of Color machen leider die Erfahrung, dass es für sie keine sicheren Orte gibt." Beleidigt und angegriffen werden Minderjährige demnach von Nachbarinnen und Nachbarn, auf dem Weg zur Schule, auf Spielplätzen, beim Sport und in der Schule.

"Angriffe finden ausschließlich in ALLTAGSSITUATIONEN statt", bestätigt Kati Becker, Leiterin des Berliner Registers, einer Melde- und Dokumentationsstelle für Fälle von Diskriminierung. Betroffen sind nach deren Erhebungen unter anderem Schwarze Kinder, Sinti und Roma, muslimische Kinder und solche aus der Ukraine. Erwachsene Männer, die Kinder auf Spielplätzen attackieren, seien häufig alkoholisiert, berichtet Becker. Das einzig erkennbare Muster bei Täterinnen und Tätern sei "eine rassistische Ideologie". Rassistische Mobilisierungen führten "ganz klar zu einem Anstieg rassistischer Gewalt". Die Bestätigung flüchtlingsfeindlicher Aussagen aus den Reihen der demokratischen Volksparteien legitimierten Gewalttaten, warnt Becker. Nach ihren Erfahrungen dauert es üblicherweise sechs Monate, bis rassistische Debatten, die in der Öffentlichkeit geführt werden, in Gewalt umschlagen.

Die Verfolgung dieser menschenfeindlichen Delikte wird in der Praxis nicht nur durch Unwissenheit, sondern auch durch weit verbreitete Vorurteile erschwert. "Leider erleben wir allzu oft eine rassistische TÄTER-OPFER-UMKEHR durch Polizei und Justiz", kritisiert das VBRG-Duo. Nach den Erfahrungen der Opferberatungen werden nicht selten junge Menschen, die Herabwürdigungen und körperliche Gewalt erfahren, bei Ermittlungen als das eigentliche Problem betrachtet oder als "Nestbeschmutzer" oder Provokateure angefeindet, weil sie Missstände sichtbar machen. Abhilfe könnten Rassismus-Beauftragte bei Polizei und Justiz schaffen, um eine größere Sensibilisierung innerhalb der Sicherheitsbehörden zu erreichen. Auch gibt es bundesweit noch nicht überall flächendeckend spezialisierte Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften, die Erfahrung mit ideologischen Tatmotiven haben. Rassismus kann nach einer Reform des Paragrafen 46 StGB vor Gericht strafverschärfend gewertet werden - vorausgesetzt, er wird von Staatsanwaltschaften überhaupt ermittelt und festgestellt. Neben juristischem Personal sollten nach Überzeugung vieler Expertinnen und Experten auch Lehrkräfte umfassend geschult werden, um das vermutete Dunkelfeld bei rassistischen Gewalttaten zu erhellen.

Denn die Folgen für Kinder und Jugendliche, die attackiert werden, sind gravierend. Jede und jeder reagiert anders darauf. Aber die Opferberatungen beobachten durchaus erhebliche Auswirkungen wie den Abfall schulischer Leistungen, Entwicklungsstörungen und Posttraumatische Belastungsstörungen. Einige entwickeln Symptome wie Schlafstörungen oder Panikattacken. Gerade in ländlichen Regionen und da, wo es keine geschulten Opferberatungen gibt, ist der Weg zu professioneller Hilfe weit und kompliziert. Umso wichtiger ist es, pädagogisches Personal in Kitas und Schulen für das Thema zu sensibilisieren und weiterzubilden. Heike Kleffner und Robert Kusche weisen für den VBRG darauf hin, dass zu den Erfahrungen mit rassistischer Diskriminierung und Gewalt bei vielen Betroffenen noch Ängste um den Aufenthaltsstatus der eigenen Familien kommen. "Kinder und Jugendliche stehen mitunter EXTREM UNTER DRUCK", sagen die beiden. Ein Zustand permanenter Angst und Unsicherheit verhindert bei zu vielen eine unbeschwerte Kindheit und Jugend.

Seit Jahren fordern Opferberatungen ein Bleiberecht für Betroffene rassistischer und antisemitischer Gewalt. Dafür müsste der Paragraf 25 des Aufenthaltsgesetzes geändert werden. Als klares Bekenntnis des Staates, die Opfer zu schützen – und als Signal an die Täter, dass sie mit menschenverachtender Ideologie und Brutalität keinen Erfolg haben.

Michael Kraske

# Ein erkämpftes Leben

Als Kind wuchs sie im Heim auf. Als Erwachsene deckte sie Medikamentenversuche in deutschen Kinderheimen auf. Jetzt hat Sylvia Wagner aus ihren Erlebnissen und Ergebnissen ihrer Recherche einen Roman gemacht.

Sylvia Wagner wird 1964 in einem Säuglingsheim im Ruhrgebiet geboren. Ihre Mutter darf sie noch fünf Tage lang stillen, dann wird sie von ihrer Tochter getrennt. Sylvia selbst wird das erst viele Jahre später erfahren. Ihr Leben ist in den ersten Jahren vor allem eins: fremdbestimmt. Sie wächst erst im Kinderheim auf, später in einer Pflegefamilie. Und doch wird Sylvia Wagner erreichen, was vielen anderen Kindern des Heimsystems verwehrt bleibt.

Sie schreibt ihre Lebensgeschichte selbst. Sie erkämpft sich ihren Platz in der Gesellschaft, die Heimkinder bis heute oft verleugnet und das Unrecht, das ihnen angetan wurde, relativiert.

Als Pharmazeutin und promovierte Wissenschaftlerin weist sie systematische Medikamentenstudien in deutschen Kinderheimen bis in die 1970er-Jahre nach: Kindern wurden dort tausendfach ohne Zustimmung Medikamente, unter anderem neuartige Psychopharmaka mit schwersten Nebenwirkungen, verabreicht. Eine zynische Praxis: An wehrlosen Kindern wurde teilweise getestet, wie Medikamente wirken. Oder sie wurden mit überdosierten Spritzen ruhiggestellt. "Betonspritzen" seien sie genannt worden, berichtet Wagner. Die Kinder seien danach tagelang wie gelähmt gewesen. "Kotzspritzen" war eine andere Form: Danach erbrachen sich die Kinder unkontrolliert.

Wagner findet auch Belege für Versuche mit neuen Impfstoffen an Säuglingen und hirnchirurgische Eingriffe an Kindern. Ehemalige KZ-Ärzte waren an der medizinischen Gewalt beteiligt. Sie deckt den größten Skandal von Medikamenten-Versuchen der Bundesrepublik auf.

Wie es ist, als Betroffene und Expertin zugleich diese Taten aufzuarbeiten, beschreibt Sylvia Wagner in ihrem im CORRECTIV-Verlag erschienenen Roman "heimgesperrt". Es ist das Buch einer Befreiung; über missbrauchte Heimkinder, eine menschenverachtende Pharmaindustrie und den geglückten Versuch, das alles ans Licht zu bringen.

Sylvia Wagner hat sich dieses Leben nicht ausgesucht. "Es ergab sich so. Es brach auch in mein Leben ein", sagt die Protagonistin Hannah im Buch, und so hat sich auch Wagner immer wieder gefühlt. Auch wenn sie betont, dass sie nicht die Romanfigur Hannah sei. Das Buch "heimgesperrt" beruht auf den wissenschaftlichen Arbeiten Wagners und ihren Gesprächen mit ehemaligen Heimkindern. Deren Einzelschicksale wurden miteinander vermischt, fiktionalisiert und verwoben mit eigenen Erlebnissen der Autorin. "Die Geschichten haben sich nicht wie beschrieben zugetragen, hätten sich aber so ereignen können", schreibt Wagner im Vorwort.

Alles, was Sylvia Wagner über ihre frühe Kindheit weiß, hat sie selbst über Jahre Stück für Stück zusammengetragen. Es ist ein unvollständiges Mosaik aus kindlichen Erinnerungen, bürokratischen Schreiben, wenigen vergilbten Fotos und den Erzählungen anderer. Dazwischen klaffen Lücken, gefüllt mit Fragen.

Diese Ungewissheit, die sie mit vielen Heimkindern teilt, beschreibt auch die Protagonistin Hannah im Roman: "Kein Mensch kann sich an seine frühe Kindheit erinnern. Aber die meisten Menschen haben doch Fotos von sich als Baby. Wie sie von ihrer Mutter oder dem Vater auf dem Arm gehalten werden, wie sie im Bettchen liegen, im Kinderwagen sitzen, die ersten Gehversuche machen. Aber all das haben diejenigen, die im Säuglingsheim waren, in der Regel doch nicht. Es gibt keine Erinnerung an die Zeit, keine Fotos, die das Gedächtnis ersetzen könnten, niemanden, der einem verrät, welches Wort man als erstes gesprochen hat. Es ist die prägendste Zeit im Leben eines Menschen. Das Fundament. Es ist zerbrechlich."

Sylvia Wagner wurde Mitte der 60er-Jahre in Essen geboren und verbrachte selbst ihre ersten Lebensjahre in einem Säuglingsheim und einem Kinderheim. Mit diesem Hintergrund war es nicht selbstverständlich, dass sie aufs Gymnasium ging und Abitur machte. Doch sie hatte sich geweigert, eine andere Schule zu besuchen. Als junge Frau studierte sie Pharmazie und arbeitete anschließend in verschiedenen Apotheken. Als sie vor etwa zehn Jahren anfing, sich näher mit ihrer eigenen Biografie zu befassen, stieß sie auch auf das Thema der Arzneimittel in den Erziehungseinrichtungen. 2019 promovierte sie zu dieser Problematik. Als Pharmaziehistorikerin forscht sie heute weiter dazu.

In dem autobiografischen Roman "heimgesperrt – Missbrauch, Tabletten, Menschenversuche: Heimkinder im Labor der Pharmaindustrie" hat sie ihre eigene Geschichte mit ihren wissenschaftlichen Ergebnissen verwoben. Das Buch ist im Correctiv-Verlag in Essen/ Ruhr erschienen, hat 251 Seiten und kostet 20 Euro.

#### Sie wusste kaum etwas über sich

Sylvia Wagner ist 13, als sie in den Schränken ihrer Pflegeeltern heimlich nach diesem Fundament sucht. Sie will mehr über sich wissen als die Schnipsel, die sie hier und da aufgeschnappt hat. Wenn mal wieder die Frau vom Jugendamt über sie spricht statt mit ihr oder ihre Pflegemutter Briefe über Sylvia öffnet, die sie selbst nicht lesen darf. "Ich habe immer schon recherchiert und gesucht. Das hat sich durch mein Leben gezogen", sagt sie rückblickend. Auf den wenigen, rötlich vergilbten Fotos, die sie aus dieser Zeit besitzt, trägt Sylvia Schlaghose und Cordhemd. Sie ist größer als ihre Klassenkameradinnen. Aus der letzten Reihe blickt sie mit einem herausfordernden Lachen direkt in die Kamera.

In einem Schrank ihrer Pflegeeltern entdeckt Sylvia schließlich einen Aktenordner, gefüllt mit Dokumenten ihres Lebens. Das erste Mal hält sie ihre Geburtsurkunde in der Hand. Erfährt, wo sie geboren wurde. "All diese Informationen wurden mir richtig verheimlicht", sagt Sylvia Wagner und schiebt nach: "Obwohl es ja mein Leben war und ist". Die Deutungshoheit über ihr Leben ist bis heute keine Selbstverständlichkeit.

Foto: Ivo Mayr / Correctiv



Den nächsten Versuch, die Lücken im Mosaik ihrer Kindheit aufzufüllen, unternimmt sie erst nach ihrem 18. Geburtstag: "Ich wusste, dann habe ich ein Recht auf Akteneinsicht." Sie fährt zu der kirchlichen Organisation, die sie mit sechs Jahren in die Pflegefamilie vermittelt hatte. "Die Mitarbeiterin hat mir ein paar Seiten hingelegt. Davon war ganz viel geschwärzt", erinnert sich Wagner. "Das kann doch nicht meine ganze Akte sein, habe ich gesagt." Doch die Mitarbeiterin weigert sich, mehr herauszugeben. Über das Jugendamt bekommt Sylvia Wagner schließlich doch die kompletten Dokumente zu sehen. Zwei dicke Aktenordner, in denen ihre Kindheit festgehalten war – aus Sicht des Heims und des Jugendamtes.

Sie sieht das erste Mal die Unterschrift ihrer Mutter. In einem anderen Brief, verfasst wenige Tage nach Sylvias Geburt, steht in Schreibmaschinenschrift "Der Mündel bleibt im Kinderheim". Es geht in Behördensprache weiter. Amtsgericht. Vormundschaft. Kindesmutter.

Sylvia sei ein "zartes, aber gesundes, widerstandsfähiges Mädchen", schreiben die Nonnen. Aber auch, dass sie manchmal schwierig sei, "ein richtiger kleiner Draufgänger". Auffälliges Verhalten lasse sich "durch geschicktes Dirigieren der Erzieher verringern". Es klingt, als seien die Kleinkinder wilde Tiere, die von Dompteurinnen gezähmt werden.

#### Mit Gewalt weggesperrt

Die Berichte des Kinderheims wecken Erinnerungen. Nach manchen Seiten fühlt sich die 18-jährige Sylvia bestätigt. Situationen, die bisher nur in ihrem Kopf waren, finden sich in den Berichten der Nonnen wieder. Sie hat es sich nicht eingebildet. Andere Dokumente widersprechen ihrer Erinnerung. An eine Kennenlernzeit mit den Pflegeeltern kann sie sich nicht erinnern.

In Briefen ans Jugendamt steht, es habe mehrere Vorabtreffen gegeben. "Das ist eine glatte Lüge. Da stand auf einmal diese fremde Frau vor mir. Ich habe die nie vorher gesehen. Das weiß ich doch heute noch. Ich habe mich ja tierisch gewehrt mit Händen und Füßen. Ich habe sie gekratzt, gebissen, die hat mich rausgezerrt aus dem Heim. Ich kannte die nicht. Und ich wollte doch nicht einfach mit einer wildfremden Frau mitgehen", beschreibt Wagner ihr erstes Zusammentreffen mit der Pflegemutter. Je düsterer die Erinnerungen werden, desto öfter schaut Sylvia Wagner aus dem Fenster. Das Sprechen fällt dann leichter.

"Gerade weil ich betroffen bin, konnte ich das Thema aufarbeiten, weil ich eben ein besonderes Interesse daran hatte. Wahrscheinlich wäre es bis heute nicht aufgearbeitet, wenn ich es nicht gemacht hätte."

Sylvia Wagner

Die 18-jährige Sylvia erzählt niemandem von den neuen Erkenntnissen über ihr Leben. Sie ergänzt ihr Lebensmosaik und beginnt damit, ein eigenes Fundament darauf zu gießen. Sie zieht aus dem Haus ihrer Pflegeeltern aus, macht eine Ausbildung und studiert Pharmazie. Doch ganz kann sie ihre Vergangenheit nicht ablegen.

In ihrem Pass steht noch immer der Name der Pflegeeltern. "Die haben durchgedrückt, dass ich ihren Namen kriege. Das war für mich grauenhaft. Das schnitt mich noch mehr von meiner eigenen Identität ab", sagt Wagner rückblickend. Jahrelang versuchte sie, die Namensänderung rückgängig zu machen. "Ich bin mehrfach umgezogen. Jedes Mal bin ich als Erstes zum Standesamt in der neuen Stadt und habe versucht, meinen Namen zu ändern." In der vierten Stadt klappt es, kurz vor dem Ende des Studiums. Auf dem Zeugnis und der Approbationsurkunde steht ihr neuer alter Name. "Das war mir sehr wichtig, denn es war mein Verdienst, dieses Studium. Meine Pflegemutter hat immer so getan, als ob ich ganz dumm wäre. Die wollte auch auf keinen Fall, dass ich aufs Gymnasium gehe oder studiere." Noch heute freut sich Sylvia Wagner, wenn sie mit ihrem zurückgewonnenen Namen angesprochen wird.

#### Medikamentenversuche wurden heruntergespielt

Nach dem Studium arbeitet sie als Pharmazeutin und ahnt nicht, dass das Thema ihrer Kindheit schon bald wieder präsenter werden wird. Ende der 2000er-Jahre stößt sie durch Medienberichte mehrfach auf das Thema der ehemaligen Heimkinder. "Ich fand das toll, wie die sich organisiert haben, was die auf einmal für eine Power hatten, dass man nicht allein war. Ich war ja sonst immer allein mit meinem Schicksal."

Bei einem Ehemaligentreffen hört sie das erste Mal von Betroffenen, die sich an Medikamente, schmerzhafte Therapien und verstörende Versuche in Heimen erinnern. Viele bitten sie, als Pharmazeutin dazu zu recherchieren. "Wenn ehemalige Heimkinder erzählt haben, dass sie Medikamente bekamen, wurde das immer abgetan", erinnert sich Wagner.

Die Versuche waren näher, als sie damals ahnte. "Ich bin mehrfach da so dran vorbeigeschrammt. Ich habe gerade eben noch Glück gehabt, dass ich nicht im Behindertenheim gelandet bin, nicht für schwachsinnig erklärt worden bin. Dass ich mich durchsetzen konnte, aufs Gymnasium zu gehen. Es war aber immer irgendwie knapp, das hätte auch alles ganz anders passieren können."

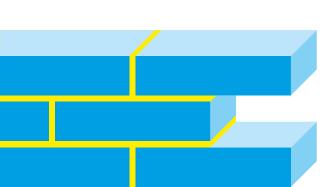
Noch 2010 stellte der vom Bundestag beauftragte "Runde Tisch Heimerziehung" in seinem Abschlussbericht fest: "Ehemalige Heimkinder berichteten, dass sie im Heim Psychopharmaka einnehmen mussten, und drangen darauf, diese Problematik im Rahmen des Runden Tisches zu behandeln. Trotz intensiver Bemühungen konnten dazu jedoch nur begrenzte Erkenntnisse gewonnen werden."

Medikamentenstudien wurden ohne Einwilligung erstellt. Sylvia Wagner lässt das Thema nicht los. Auch sie veröffentlicht erste wissenschaftliche Texte zu Arzneimittelstudien an Heimkindern. Neben viel Anerkennung hört sie über Dritte auch Kritik. Als Betroffene könne sie das Thema nicht wissenschaftlich und neutral aufarbeiten, heißt es. "Gerade weil ich betroffen bin, konnte ich es aufarbeiten, weil ich eben ein besonderes Interesse daran hatte", widerspricht Wagner. Ihre Stimme wird dabei lauter. "Wahrscheinlich wäre es bis heute nicht aufgearbeitet, wenn ich es nicht gemacht hätte."

Ihr ist klar, sie muss ihre Recherchen absichern. "Es musste wissenschaftlich fundiert werden." Deshalb entscheidet sie, im Rahmen einer Doktorarbeit an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf weiterzuforschen. Sie durchforstet medizinische Fachzeitschriften, Unterlagen von Pharmaunternehmen, Archive und Dokumente von Heimkindern. Bis sie schließlich nachweisen kann: Es hat bis Mitte der 1970er-Jahre umfangreiche Medikamentenstudien an deutschen Heimkindern gegeben – ohne Einwilligung der Sorgeberechtigten.

Die Gruppe der möglichen Betroffenen ist riesig. Etwa 700.000 bis 800.000 Kinder und Jugendliche lebten in der Zeit von 1949 bis 1975 in Heimen in Deutschland.

"Nicht nur, dass man die Versuche gemacht hat, sondern man hat die Betroffenen auch heute noch als unglaubwürdig dargestellt. Das ist wieder ein Schlag ins Gesicht", sagt Wagner. "Ich konnte zeigen, dass es das doch gegeben hat. Andere Wissenschaftler konnten das bestätigen. Wenn Betroffene wegen einer Entschädigung klagen, wird das immer mehr mitberücksichtigt. Die Aufarbeitung kommt also tatsächlich direkt einigen Betroffenen zugute. Es kann nicht mehr abgestritten werden. Und das gibt mir natürlich Kraft."



#### Die Idee zum Roman

Doch zur Wahrheit gehört auch: Die jahrelange Recherche hinterlässt Spuren, besonders für sie als Betroffene. Sylvia Wagner kann nachts oft nicht schlafen, fühlt sich ausgelaugt und erschöpft. "Ich wollte innerlich Abstand von dem Thema haben", erinnert sie sich. Am liebsten würde sie mit dem Thema Heim abschließen. "Der Doktorhut saß auf meinem Kopf. Zeitungen und Hörfunk berichteten über die Medikamentenversuche an Heimkindern, die ich aufgedeckt hatte. Eigentlich wollte ich die Sache nun hinter mir lassen. Urlaub machen, im Meer schwimmen. Aber es ließ mich nicht los", schreibt sie im Vorwort ihres jetzt erschienenen Buches.

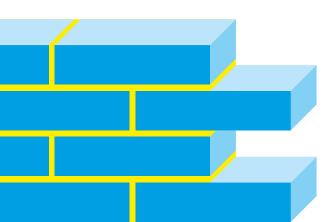
"Noch immer saßen die Geschichten in mir, hielten mich besetzt." Wie ein Hamster mit vollgefressenen Backen habe sie die Last in sich gespürt, sagt Wagner. "Der sitzt da und bewegt sich nicht mehr." Es ist viel zusammengekommen. "Durch die Recherchen, was ich alles gelesen habe in den Archiven, was mir Betroffene erzählt haben, und meine eigene Geschichte. Das ist einfach ganz viel, was sich in mir aufgestaut hatte. Die nüchterne Sprache einer wissenschaftlichen Arbeit transportiert nicht die Emotionen, nicht das Leid, nicht die Wut der Betroffenen."

Sylvia Wagner entschließt sich zu einem ungewöhnlichen Weg: Sie will sich den Hamster vom Leib schreiben. Es soll ein Buch werden, das ihr die Freiheit gibt, auch Gefühle zu beschreiben und gleichzeitig über Rechercheergebnisse zu berichten, die in ihrer Doktorarbeit keinen Platz mehr fanden.

Mit dem faktenbasierten Roman "heimgesperrt" verbindet sie ihre Arbeit als Expertin und Wissenschaftlerin mit den Emotionen der Betroffenen. Viele Jahre hat sie versucht, diese zwei Seiten sorgfältig zu trennen. "Mit dem Buch führe ich beides das erste Mal zusammen." In ihrem Roman macht sich die Protagonistin Hannah auf die spannende und emotionale Suche nach der Wahrheit und deckt schließlich nach und nach die Medikamentenversuche auf. Das Schreiben empfand Sylvia Wagner als befreiend. "Nach jedem abgeschlossenen Kapitel hatte ich ein Glücksgefühl. Die Worte flossen wirklich fast so aus mir raus."

"Ich habe das Gefühl, das Thema jetzt abgeschlossen zu haben. Ich fühle mich befreit."

Sylvia Wagner



## Wie gehen wir mit verletzlichen Gruppen um?

"Der Hamster ist jetzt weg", schreibt Sylvia Wagner, als ihr Buch fertig ist. "Dahingeflossen mit den Worten. Es fühlt sich gut an und leicht." Ein Stück von ihm stecke in jedem Kapitel.

Sylvia Wagners größte Hoffnung: Eine größere Leserschaft zu erreichen als mit einer rein wissenschaftlichen Veröffentlichung. "Es leben viele Heimkinder in der Gesellschaft, mitten unter uns, ohne sich zu outen. Es waren ja Zigtausende Betroffene und diese Menschen werden immer noch zu wenig gehört und nicht ernst genommen. Viele leben bis heute in Armut. Sie brauchen Unterstützung, aber wenn sie einen Antrag auf Opferentschädigung stellen, werden sie abgewimmelt und abgewiesen."

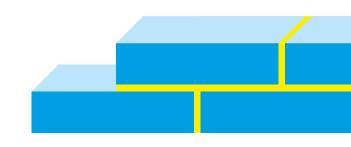
Spätestens wenn ältere Menschen betreut werden, sei das Thema jedoch für alle relevant. "Auch wenn man nicht im Heim war, steht man irgendwann vor der Frage: Komme ich ins Altersheim und werde vielleicht ruhiggestellt mit Medikamenten? Das betrifft nicht nur ehemalige Heimkinder. Es ist ein gesellschaftliches Thema. Wie gehe ich mit Mitmenschen um, die keine Lobby haben, die vulnerabel sind? Die Heimkinder sind nur eine Gruppe davon."

Für diese Gruppe ist Sylvia Wagner an ihre eigenen Grenzen gegangen, hat sich jahrelang durch Berge von Akten gewühlt, sich die Lebensgeschichten unzähliger Betroffener angehört und nun einen Roman geschrieben. "Unterschiedliche Aspekte der Erfahrungen ehemaliger Heimkinder fügen sich zusammen zu einem umfassenderen Bild der Heimgeschichte. Es ist ein Bild der Betroffenen", schreibt sie über ihr Buch.

Ein Mosaik aus vielen Tausenden Teilen. Auch wenn Lücken bleiben. Sylvia Wagners eigene frühe Kindheitsgeschichte wird ebenfalls unvollständig bleiben. Zu viele Dokumente fehlen, zu viele Menschen können ihre Geschichte nicht mehr erzählen. Mehr als vier Jahrzehnte nach ihrer Zeit im Heim hat Sylvia Wagner vor Kurzem doch noch eine ehemalige Betreuerin gefunden, die sich an sie erinnern kann. "Wie war ich eigentlich so als Kind?", hat sie die Frau gefragt. "Du warst sehr durchsetzungsfähig und hast dich immer für die anderen eingesetzt und die Schwächeren verteidigt. Da mussten wir immer schon aufpassen, dass du nicht unsere Erziehung hintertreibst", antwortete die Seniorin.

Es ist eine der seltenen Erinnerungen, die perfekt ins Mosaik passen. "Im Prinzip habe ich mit der wissenschaftlichen Arbeit und nun dem Roman genau das getan: Anderen geholfen und das System hintertrieben, indem ich die Vertuschung der medizinischen Gewalt aufgedeckt habe", sagt Sylvia Wagner. Sie ist sich treu geblieben und hat diesem Kampf viele Jahre ihres Lebens gewidmet. "Nach der wissenschaftlichen Arbeit fehlte noch etwas. Mit dem Roman sind auch die Emotionen der Betroffenen dargelegt. Ich habe das Gefühl, das Thema jetzt abgeschlossen zu haben. Ich fühle mich befreit."

#### Cristina Helberg



Transparenzhinweis: Dieser Text ist zuerst auf der Internetseite des gemeinnützigen Recherchebüros Correctiv veröffentlicht worden (www.correctiv.org). Der WEISSE RING hat Correctiv im Jahr 2021 bei dem Projekt "Menschen – Im Fadenkreuz des rechten Terrors" unterstützt (https://correctiv.org/menschen-im-fadenkreuz).

## #WRstory – Recherche für die Ohren







Die Recherchen und Reportagen aus der Redaktion des WEISSEN RINGS gibt es jetzt auch zum Hören: Mit #WRstory erzählen wir Kriminalitätsgeschichten aus Opferperspektive, nachzuhören bei allen gängigen Streamingdiensten wie Spotify,

Deezer und Apple Podcast oder unter www.forum-opferhilfe.de/hoeren. Wir wollen mit diesem Audioangebot zu einem sensibleren Umgang mit Betroffenen beitragen und erreichen, dass sich ihr Schutz verbessert.



Alle #WRstory-Folgen: www.forum-opferhilfe.de/hoeren











Wir rücken relevante Opferschutzthemen in den Fokus. Neben unseren journalistischen Recherchen (#WRstory) sowie Porträts (#Ehrensache) informieren wir auf forum-opferhilfe.de aktuell über neue Gesetze, Statistiken und Nachrichten.

## Danke

#### Hoher Erlös bei Versteigerung

Der Erdinger Künstler Harry S. wählte am Weltfrauentag 2023 einen ungewöhnlichen Ort, um an seinem Gemälde "bluelight" zu arbeiten. Am Rande eines Vortrags von Dr. Adrienne Weigl zum Thema "Muss frau Paulus böse sein – sind die Paulusbriefe tatsächlich frauenverachtend?" vollendete er das Kunstwerk mitten in der Stadtpfarrkirche St. Johannes in seinem Heimatort. Im Anschluss stellte er das Gemälde für eine Versteigerung zur Verfügung. Stolze 1.850 Euro kamen schließlich dank eines anonymen Käufers zusammen. Die Summe ging vollständig an den WEISSEN RING. Diana Steinle, Mitarbeiterin im Landesbüro Bavern-Süd, und Dominika Andryszczak-Bury, Außenstellenleiterin in Erding, nahmen den Spendenbetrag entgegen, bedankten sich bei Harry S. und betonten den Wert der außergewöhnlichen Idee: "Wir sind sehr dankbar für diese tolle Aktion. Mit dem Geld können viele Kriminalitätsopfer aus dem Landkreis Erding unterstützt werden."



Der Erdinger Künstler Harry S. vor dem noch unvollendeten Bild "bluelight" · Foto: Landratsamt Erding

#### Ausstattung für Präventionsarbeit

Die Sparkasse Holstein hatte auch 2023 gemeinnützige und mildtätige Vereine, Verbände und Institutionen aus ihrem Einzugsgebiet dazu aufgerufen, sich an der Aktion, 30.000 Euro für 30 tolle Projekte" zu beteiligen. Die Außenstelle des WEISSEN RINGS in Ostholstein folgte dem gerne und bewarb in einem kreativen Video das eigene Engagement zum Thema "Kriminalprävention in Holstein" und erläuterte die Notwendigkeit weiterer Investitionen, um die Arbeit noch weiter ausbauen zu können. Zur großen Freude des gesamten Teams gehörte das Projekt der Außenstelle am Ende zu den 30, die jeweils 1.000 Euro für ihre Arbeit erhielten. Dank dieser Summe konnten ein Notebook, ein Beamer und eine Leinwand angeschafft werden, die fortan bei Vorträgen unter anderem über die Themen Schockanrufe, Cybermobbing, Stalking oder Enkeltrick eingesetzt werden.



Holger Dabelstein, Außenstellenleiter Ostholstein, nimmt dankend den Scheck von Simon Lorenz, Filialleiter Sparkasse Timmendorfer Strand, entgegen • Foto: WEISSER RING

#### Daddeln und Gutes tun

Beim Online-Gaming-Event "StruggleThon" geht es darum, bekannte Spiele für Konsolen und PC möglichst schnell durchzuspielen und dies mit großem Unterhaltungsfaktor einem zuschauenden Publikum zu präsentieren. Seit 2018 unterstützen Teilnehmende und Zuschauende dabei per Spenden die Arbeit des WEISSEN RINGS. Bei der diesjährigen Veranstaltung im Frühjahr kamen stolze 8.889,89 Euro zusam-

men. Das Event, bei dem vor allem Retro-Spiele im Fokus stehen, wird über die Gaming- und Streaming-Plattform Twitch im Internet ausgestrahlt, so dass das Publikum den Zockern beim Spielen zusehen kann. Seit 2019 sind bereits über 30.000 Euro an Spenden für den WEISSEN RING zusammengekommen. "Wir freuen uns, [...] die wertvolle Arbeit des WEISSEN RINGS zu unterstützen", betonen die Veranstalter.



Die Zocker, die Spenden für den WEISSEN RING erspielten · Foto: StruggleThon

#### Wertschätzung auf Rügen

Die Drogeriekette "dm" feierte 2023 ihren 50. Geburtstag. Das Jubiläum wurde unter dem Motto "Lust auf Zukunft" begangen und an einen guten Zweck geknüpft. Im Rahmen einer Aktionswoche durften sich in jedem Markt jeweils zwei soziale Projekte mit ihrer Arbeit vorstellen, per Abstimmung wurde dabei entschieden, wer mit einer Spendensumme gefördert wird. Im "dm"-Markt Bergen auf Rügen beteiligte sich die Außenstelle des WEISSEN RINGS an der Aktion und stellte das Engagement des Vereins einem breiten Publikum vor. Am Ende reichte es nicht für den ersten Platz, Außenstellenleiter Martin Stemmler durfte sich aber über eine Spende in Höhe von 400 Euro freuen. Bei der Übergabe bedankte er sich beim Marktteam für den sozialen Einsatz.



Martin Stemmler und Mitarbeiterinnen des "dm"-Marktes Bergen · Foto: WEISSER RING

#### Acht Tore und eine Spende

Zu einem fußballerischen Schlagabtausch kam es im Frühjahr in Frankfurt: Im Nachwuchsleistungszentrum der Eintracht trafen die Mannschaften der Hessischen Justiz und des Hessischen Landtags aufeinander. Sportlich ging es munter hin und her, unter dem Strich stand ein 4:4. Während es auf dem Platz damit keinen klaren Sieger gab, durfte sich der WEISSE RING als großer Gewinner fühlen. Der Verein erhielt von den Mannschaften eine Spende über 770 Euro. Im Anschluss trafen sich alle Beteiligten zum stimmungsvollen Austausch.

#### Ein Tag des Dankes

Seit 2012 gibt es den Internationalen Tag der Wohltätigkeit am 5. September. Auf Initiative der Vereinten Nationen stehen an diesem Tag weltweit alle im Mittelpunkt, die sich für andere engagieren. Jede kleine Tat kann viel bewirken, beispielsweise im Ehrenamt. In Deutschland sind mehr als 30 Millionen Menschen freiwillig im Dienste anderer aktiv. Den Internationalen Tag der Wohltätigkeit nimmt auch der WEISSE RING zum Anlass, sich herzlich zu bedanken: Bei allen Menschen, die sich im Verein engagieren, beispielsweise in den Außenstellen. Aber auch bei denen, die durch ihre finanzielle Unterstützung die Arbeit des Vereins überhaupt erst möglich machen.

> Der WEISSE RING dankt ausdrücklich für alle Spenden! Leider kann die Redaktion nicht alle Aktionen veröffentlichen.

Weitere Spendengeschichten finden Sie auf

spenden.weisser-ring.de

# Ihre Spende hilft uns zu helfen **E**

Liebe Leserinnen und Leser,

wer in Deutschland Opfer von Kriminalität wird, kann sich auf den
WEISSEN RING verlassen – und zwar
seit 1976. Unsere ehrenamtlichen
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
durchlaufen eine professionelle
Ausbildung und haben bis heute
mehrere hunderttausend Menschen
in schwierigen Zeiten unterstützt.
Die Hilfe erfolgt auf vielfältige
Weise. Zum Beispiel vermitteln wir
an rechtliche oder therapeutische
Beratungsstellen.

Wir helfen, wenn Betroffene nach einer Straftat in finanzielle Schwierig-keiten geraten. Wir sind bei Gerichtsverhandlungen eine Vertrauensperson an der Seite der Opfer, wenn sie dies wünschen. Kurzum: Wir begleiten Betroffene auf ihrem individuellen Wegzurück ins Leben und hören ihnen zu.

Foto: Christian I. Ahlers

Der Verein setzt sich darüber hinaus aber auch für ganz grundlegende Verbesserungen für Opfer ein und gibt ihnen auf politischer Ebene eine starke Stimme, etwa bei den Themen Entschädigungsrecht und Mord an Frauen durch ihre (Ex-)Partner. Das gelingt uns nur, weil der WEISSE RING unabhängig ist und keinerlei staatliche Förderung erhält. Damit wir uns weiterhin so intensiv für Kriminalitätsopfer einsetzen können, benötigen wir Ihre Unterstützung: Ihre Spende hilft uns zu helfen.

Ihr Dr. Patrick Liesching Bundesvorsitzender WEISSER RING

SEPA-Überweisung/Zahlschei																									Für Überweisungen ir Deutschland, in ander EU-/EWR-Staaten und in die Schweiz in Euro				
		_							_														_		. 35 S	tellen	_		1
	W	E	, I	!	S	S	Ε	R		R	Т	N	G		е		V				1	1				4			ı
		AN																											
	D	Ε	0	5	3	7	0	2 0	5	0	0 0	0 0	0	7	2 3	3 4	3	0	2	r	ï			ī	ī.			4	ı
	ВІ	C de	s Kı	redi	tinst	itut	s/Za	hlung	gsdie	nstle	ister	S (8 c	der 1	1 Stel	len)		\A/:	. la	عاد	1	/		-114			£			Īш
	В	F	. 9	S . V	W	D	Ε	3	3	X	X	X					VVI	r ne	етте	en r	Krir	nır	iaiii	at:	sop	feri	1.		
			•	-	_		_			-	_	_					₽ Ве	trag	: Eur	o, C	ent					_			
		O	W	ElS	SE	RF	RIN	G																					z
									er Na																				ш
	W	R	-	.	M	а	g	а	z	i	n		0	3	/	2	3										4		
	PL	Z ur	nd S	traß	e de	es S	pend	ders:	(max	c. 27	Stell	en)																	<b>Q</b>
		L	L		ı								l		l	l	l		L	ļ.	L	Ţ	Į.		ı.	1	L	1	S
	Ar	igab	en z	um	Kor	itoir	hab	er/Za	hler	Nam	ne, V	orna	me/F	irma	Ort	(max	27 S	tellen	, kein	e Stra	ıßen-	oder	Postf	achai	ngabe	n)		÷	,
		Ĭ	1	1	-1			Ι	1	Ι.	Ĺ		Ι		1	Ĺ	Ι	Γ	1	1	1	1	1	1	T	T	1	1	ı
	IB	ΔN																						'n	_	-	-	_	4
	D				П														Π	Τ	Τ	Т	Ţ	ı				06	
					_																	+		-					
	Da	tum	l							Unt	ersc	hrift(	en)																

#### Ausgabe 03/2023

Forum Opferhilfe ist die offizielle Mitgliederzeitschrift des WEISSEN RINGS. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

#### Herausgeber

WEISSER RING Gemeinnütziger Verein zur Unterstützung von Kriminalitätsopfern und zur Verhütung von Straftaten e.V.

#### Bundesvorsitzender

Dr. Patrick Liesching

#### Bundesgeschäftsstelle

Weberstraße 16, 55130 Mainz Telefon: 06131 8303-0 Telefax: 06131 8303-45 E-Mail: info@weisser-ring.de Internet: www.weisser-ring.de

#### V.i.S.d.P.

Bianca Biwer

#### Redaktion

Christian J. Ahlers, Christiane Fernbacher, Karsten Krogmann und Nina Lenhardt

#### Kontakt zur Redaktion

Sabine Schäfer

Telefon: 06131 8303-4000 Telefax: 06131 8303-4004

E-Mail: redaktion@weisser-ring.de

www.forum-opferhilfe.de

Redaktionsschluss für die kommende Ausgabe ist der 16. Oktober 2023. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung auszuwählen und zu kürzen.

#### Titelbild/Illustrationen

Alexander Lehn

#### Layout und Satz

3st kommunikation GmbH, Mainz

#### Lektorat

Britta Hübener, Torben Rosenbohm

#### Druck

Offsetdruck Ockel GmbH, Kriftel

ISSN 2627-051X





Der WEISSE RING auf Facebook:







Der WEISSE RING auf YouTube: www.youtube.de/weisserringev





Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post





## Werde Opferhelfer/in!

Mehr Informationen unter: ehrenamt.weisser-ring.de

